

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementpreis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 RM, monatlich 1,10 RM,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 RM frei pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Verzeich-
 nisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Ostpreußen 2 RM,
 für das übrige Ausland 3 RM,
 für Postabonnements nehmen
 an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interaktions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonien-
 zeile oder deren Raum 50 Pf., für
 halbtägige und gewöhnliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (jeit-
 gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlos-
 seltener-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 29. Juni 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Kieler Abfälle.

Berlin, 28. Juni. Der „Deutsche Reichs-
anzeiger und Königlich Preussische Staatsanzeiger“
teilt mit:

Seine Majestät der König haben Allergnädigst
geruht: dem Staats- und Finanzminister Dr. Frei-
herrn v. Rheinbaben unter Belassung des Ranges
und Titels eines Staatsministers die nachgesuchte Ent-
lassung aus seinem Amt zu erteilen und den Ober-
bürgermeister Dr. Penke in Magdeburg zum Staats-
und Finanzminister zu ernennen.

Der Kaiserliche Botschafter in Paris, Fürst
von Radolin, hat seinen Abschied erbeten und
ist unter Verleihung der Brillanten zum Kreuz der
Großkomture des Hohenzollernschen Hausordens in
den Ruhestand versetzt worden. Als Nachfolger des
Fürsten Radolin in Paris ist der Staatssekretär des
Auswärtigen Amtes, Freiherr von Schoen, in
Aufsicht genommen, der in der Leitung des Aus-
wärtigen Amtes durch den bisherigen Gesandten in
Bukarest, von Kiderlen-Wächter, ersetzt
werden wird.

In Kiel feiert Wilhelm II. große Feste. Der kaiserliche
Yachtclub veranstaltet seine glänzenden Regattafahrten und aus
In- und Ausland versammelt sich, was hoffentlich ist, in der
Nähe des Monarchen. In das glänzende Hoflager zur See
kommt auf ein paar Tage auch der langweilige Herr v. Beth-
mann, in seiner Begleitung Valentin v. Segelstorf ver-
sehen sie wenig. Ihre Anwesenheit wird nur störend
empfunden. Die Störung dauert glücklicherweise nicht lange.
Und sobald die beiden Herren wieder in Berlin sind, erfährt
das deutsche Volk, erfahren die Parlamente Deutsch-
lands und Preußens, daß wieder Minister fort-
geschickt, andere an ihre Stelle getreten. Ein paar Unter-
schriften zwischen zwei Regattafahrten und alles ist erledigt.

Die Kieler Feste nehmen jetzt ungehörten Fortgang.
Was kümmert es auch die in Kiel sich Vergnügenden, daß
die schwierigste und verantwortungsvollste Aufgabe, die heute
einem europäischen Staatsmann zufallen kann, die Leitung
der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches, einem neuen
Manne übertragen wird, daß das Finanzministerium des
größten deutschen Bundesstaates in andere Hände übergeht?
Was ist ein Ministerwechsel gegen den Reiz einer Weltfahrt?

Wilhelm II. ist ein trefflicher Erzieher. Kann man
stärker und auffälliger dem deutschen Volke die Tatsache vor
Augen führen, daß der Wechsel in den Ämtern, die uns stets
als so bedeutend und wichtig geschildert werden, daß nur der
erleuchtete Sinn eines Monarchen von Gottes Gnaden die
richtige Auswahl unter den Berufenen treffen könne, in Wirk-
lichkeit nicht mal die Unterbrechung einer Segelweltfahrt
lohn? Und braucht das deutsche Volk ein Ereignis ernst
zu nehmen, das der Herrscher, der es herbeiführt, höchstens
als unangenehmes Intermezzo eines Sportfestes
empfindet oder vielleicht als angenehmen Rißel
seiner Macht, die den Ministerpräsidenten und Kanzler
an seinen Hofstaat zwingt, um dort die Weisungen entgegen-
zunehmen, welche Männer die Politik des deutschen Volkes
leiten sollen?

In den Ländern mit parlamentarischem Regierungssystem
sind die Minister die Vertrauensmänner der Parteien, die
die Majorität des Volkes repräsentieren. Sie sind der Nation
bekannt, in deren Händen es liegt, den Parteien
die Macht zu geben oder zu nehmen. In Deutschland liegt
die Ernennung und Entlassung der Minister in den Händen
eines Monarchen, dessen Personenkenntnis vielleicht eine un-
übertröpfliche sein mag — dies ist dann ein glücklicher Zufall
— oder auch verfallen mag, gleichfalls ein Zufall. Aber wie
dem immer sei, das Interesse an den Kieler Festen scheint
das an der Befegung der Ministerposten zu überwiegen. Es
fällt uns nicht bei, mit dieser Tatsache rechnen zu wollen, aber
ist dies wirklich das einzige System, das der politischen Reife
des deutschen Volkes entspricht?

Man komme uns nicht mit dem Einwand, daß ja Herr
v. Bethmann die Verantwortung für die Entlassungen und
Ernennungen trage. Es wäre ja fast weniger überraschend ge-
wesen, wenn Wilhelm II., statt Rheinbaben gehen und
Bethmann bleiben zu heißen, umgekehrt entschieden hätte.
Die Verantwortlichkeit des Herrn Reichskanzlers ist ja nur
eine Farte, nichts als eine von niemandem ernst genommene
Deckung des Absolutismus. Es hätte auch anders kommen
können und Parlament und Volk hätten es ebenso hinhemmen
müssen. Und deshalb sind die Formen, in denen sich bei
uns der Ministerwechsel vollzieht, so bedeutsam. Der Form
entspricht der Inhalt und nichts kann den Jammer
unserer Verfassungszustände besser enthüllen als
dieser politische Abfall von den Kieler Festen.

Die Lektion über deutsche Verfassungszustände wird noch
eindränglicher, wenn man das Ergebnis des Ministerwechsels
betrachtet. Herr v. Bethmann ist also gelungen, was
dem Fürsten Bülow stets mißlungen war: Herrn
v. Rheinbaben, den ernsthaftesten Konkurrenten um
das Reichskanzleramt nicht nur, sondern den Politiker,

der die preussische und Reichspolitik stets selbst
machen wollte, zu beseitigen. Die Entlassung Rhein-
babens kommt überraschend, weil er der Vertrauens-
mann der Konservativen in der Regierung
war und weil man wußte, daß die Junker ihn stützten. Es
ist auch sicher nicht bloßer Zufall, daß Rheinbabens Entlassung
erst bekannt gegeben wurde, als die Junker in Herrn
v. Dallwitz einen in politischer Beziehung vollwertigen
Ersatz erhalten hatten. Seine Beseitigung hat deshalb auch
nichts mit einer Aenderung der Regierungs-
politik zu tun. Sie war nur das persönliche Ver-
durstnis Bethmanns, den ihn gänzlich verdunkelnden endlich
los zu werden. Daß er bei Wilhelm II. keinen Widerstand
fand, ist nicht verwunderlich. Als Bülow in den
Novembertagen den Kampf gegen das persönliche Regiment
nicht befeuern konnte, da suchte er die eigene
Stellung zu stärken und bezog das preussische Staats-
ministerium, sich mit ihm solidarisch zu erklären
und sein Verhalten zu billigen. In der offiziellen
Presse ist damals ausdrücklich gegenüber aufstrebendem
Zweifel festgestellt worden, daß auch der Vizepräsident
des Staatsministeriums, Herr v. Rheinbaben, auf
Seite Bülows stehe. Seit der Zeit konnte man sicher
sein, daß Herr v. Rheinbaben an dem Kaiser keinen Halt
finden werde.

Herr v. Bethmann ist in dem Kampf um die Behauptung
seiner Macht ein gelehriger Schüler Bülows. Die Bülow
sucht er Persönlichkeiten, die gefährlich werden können, bei-
zeiten unschädlich zu machen. Vergebens war Herr v. Rhein-
babens Eifer bei der Durchdringung der Zivilliste, Herr von
Bethmann hat ihn trotzdem gefällt. Bei diesem Streit ist
diesmal das Volk der lachende Dritte. Herr v. Rheinbaben
war ein rücksichtsloser Vertreter agrarischer Interessen, der
bedenkenlos die Verfechter junkerlicher Politik. Daß er ein
fanatischer Gegner der Sozialdemokratie gewesen, würden wir
ihm nicht zum Vorwurf machen; das ist bei einem preussischen
Minister selbstverständlich. Aber bei Herrn v. Rheinbaben
haben wir nicht den Eindruck gehabt, daß wir es mit
einem ehrlichen Gegner zu tun haben. Kein Argument
war ihm zu schlecht, wenn es Eindruck verhielt, und selbst die
gründlichsten Widerlegungen ignorierte er, um immer aufs
neue seine falschen und irreführenden Zahlenzusammen-
stellungen vorzutragen. Die Reichsverbandsmänner seiner
Kolemf ist von uns so oft gekennzichnet worden, daß wir
uns ein näheres Eingehen heute sparen können. Auch der
Ruhm des Finanztechnikers Rheinbaben, den ihm die rea-
ktionäre Presse so reichlich gespendet hat, ist zuletzt arg zerzaust
worden. Es war noch nicht das schlimmste, wenn Herr v. von
Bwiner ihm im Herrenhaus Mangel an finanzwissen-
schaftlicher Einsicht vorwarf. Noch schlimmer war der Nach-
weis des Direktors der Deutschen Bank, daß dem Finanz-
minister auch die nationalökonomische Einsicht für die Be-
urteilung der Konjunktur fehle und daß seine falschen Dispo-
sitionen bei der Verteilung der Staatsbestellungen den Staat
um Millionen schädigte.

Nachfolger Rheinbabens, der an Stelle Schorlemers als
Oberpräsident nach der Rheinprovinz geht, wird der Magde-
burger Oberbürgermeister Penke. Er gehört dem äußersten
rechten Flügel der Nationalliberalen an, der von den Frei-
konservativen nicht mehr zu unterscheiden ist. Er paßt also in
das Ministerium Bethmann vortrefflich, das den schwarzblauen
Blod durch die Heranziehung der sich nationalliberal nennen-
den Scharmacher stärken will.

War Rheinbabens Entlassung eine neue Überraschung,
so war man auf die Ersetzung Herrn v. Schoens durch Herrn
v. Kiderlen-Wächter schon lange vorbereitet. Herr
v. Schoen hat im großen und ganzen eine ruhige und
besonnene auswärtige Politik gemacht und sich
erfolgreich um die Besserung uneres Verhältnisses zu Fran-
reich bemüht, das durch die sinnlose und gewissenlose
Marokkopolitik kritisch geworden war. Man sagt ihm nach,
daß er auch einer Verständigung mit England
über die Seeräubungen nicht prinzipiell ablehnend gegenüber-
stand. Freiherr v. Schoen hat deswegen die rüdesten Angriffe
der Chauvinisten über sich ergehen lassen müssen und es ist
nicht unwahrscheinlich, daß er deswegen den Wunsch gehabt
hat, das Staatssekretariat mit dem Pariser Botschafterposten
zu vertauschen. Sein Nachfolger hat während der Debatten
in der Novemberkrise im Reichstage recht unglücklich debütiert.
Der „Herr in der gelben Weste“ hat damals durch eine un-
geschickte Verteidigung des Auswärtigen Amtes Stürme der
Heiterkeit geweckt. Doch wäre es ungerecht, den neuen Mann
allein danach zu beurteilen. An der Beendigung des Marokko-
streites hat er, der damals Herrn v. Schoen vertrat, ein
unleugbares Verdienst. Es muß abgewartet werden, ob er
in der auswärtigen Politik die imperialistischen und chauvi-
nistischen Versuchungen, die eine Gefahr für den Frieden und
die Wohlfahrt des deutschen Volkes sind, mit der nötigen
Entschiedenheit abweisen wird.

Herr v. Bethmann, versichern die Offiziösen, kommt,
in seiner Stellung gestärkt, aus Kiel zurück. Wir meinen,
daß der Versuch, mit neuen Männern die alte, schlechte
Politik fortzusetzen, dem Ehrgeizigen nicht viel nützen wird.
Das Urteil über den Feind des gleichen Wahldreites bedarf
keiner Revision. Der Kurs des Herrn v. Bethmann bleibt
der alte und ebenso der Wille des Volkes, das System der
Reaktion, das Herr v. Bethmann so resillos verkörpert, zu
brechen, koste es, was es wolle.

Die Presse und der Ministerwechsel.

Die Entlassung Rheinbabens ist merkwürdigerweise zuerst durch
die sonst nicht sehr aktuelle „Kreuzzeitung“ kundgetan worden. Das
Blatt behauptet, „daß der Rücktritt dem eigenen Wunsch
des Freiherrn v. Rheinbaben entspricht und daß sein Entschluß
zu dem Entlassungsgefuße ohne Vorwissen des Reichs-
kanzlers und Ministerpräsidenten gefaßt worden ist. Jener
Wunsch des Ministers ist sicherlich begründet, wenn man berück-
sichtigt, daß er seit 10 1/2 Jahren dem Staatsministerium angehört
und noch zweijähriger Tätigkeit als Minister des Innern seit über
neun Jahren das arbeits- und verantwortungsreiche Amt des
Finanzministers in politischen Lagen verwaltet hat, die stets
wechselnde politische Schwierigkeiten boten.“ Die Behauptung, daß
Herr v. Bethmann von nichts gewußt, ist doch zu sonderbar,
um Glauben zu finden. Dies um so weniger, als Herr v. Rhein-
baben in einem Interview im Gegenteil versichert, daß er im
vollkommenen Einverständnis mit dem Reichs-
kanzler, der ihn noch länger habe halten wollen, aus dem Amte
schiede. Wir glauben weder das eine noch das andere. Im übrigen
loben die konservativen Organe mit gutem Grund ihren Rhein-
baben über den grünen Klee. Ramentlich der „Deutschen Tages-
zeitung“ ist die Ueberraschung erschöllig unangenehm. Herr Dr.
Penke wird von dem Bündlerorgan mit „sehr verdächtiger
Sympathie begrüßt.“

Der „Reichsbote“ erklärt, daß Herr v. Bethmann noch
etwas leisten will, und weder an Rücktritt noch daran denkt,
liberale Politik zu machen. Dann wird eine neue Finanz-
reform angeündigt: „Die nächsten Tatsachen scheinen auf dem
Gebiete der Finanzreform zu liegen, weil die Resultate
der Finanzreform für die Bedürfnisse des
Reiches nicht ausreichen.“

Die „Germania“ ist sehr zufrieden. Der Erfah Schor-
lemers durch Rheinbaben im Oberpräsidium der Rheinprovinz ist
ihre offensichtlich angenehm. Sie schreibt:

„Daß die Rheinprovinz keinen katholischen Oberpräsidenten
wiedererhält, somit überhaupt jetzt kein einziger Oberpräsident
in Preußen Katholik ist, bedauern wir. Wenn aber nun einmal
ein Nichtkatholik als oberster Leiter der Rheinprovinz in das
Koblenzer Schloß einziehen sollte, so kann man nur seine Freude
darüber aussprechen, daß Freiherr von Rheinbaben, der 10 1/2
Jahre lang als Minister Tüchtigkeit bewies und sich wohl-
verdientes Ansehen erworben hat, dazu ausersehen ist. Die
Katholiken Rheinlands dürfen hoffen, daß er in seiner neuen
Stellung auch ihnen gegenüber die Objektivität und Unbefangen-
heit zeigen wird, die ihn sonst ausgezeichnet haben.“

Das „Berliner Tageblatt“ erwartet von dem Wechsel
so gut wie nichts. Es sagt:

„Daß sich Herr v. Rheinbaben selbst für den Mann
der Stunde hielt, ist gewiß. Sein Rücktrittsgesuch sollte wohl
die Entscheidung erzwingen. Er hat sich geirrt. Herr v. Bethmann
Hollweg, in großen Dingen so klein, war ihm im Intrigenkampf
überlegen. So geht Rheinbaben, während Bethmann, wenn auch
nur vorläufig, bleibt. Von einer Homogenität des Staats-
ministeriums braucht deshalb freilich noch lange nicht die Rede
zu sein. Im Gegenteil; in den heutigen Kurs paßt niemand
besser als Herr v. Rheinbaben. Nichts als Kleinliche Reibereien
und Ambitionen haben bei dem jetzigen Wechsel im Finanz-
ministerium mitgepredigt. . . . Man kann . . . nicht erwarten,
daß unter dem Regime Bethmanns gute Finanzpolitik gemacht
wird. Und sobald höchstens läßt sich sagen, daß mit Herrn
v. Rheinbaben eine der stärksten Säulen der reaktio-
nären preussischen Politik beseitigt worden ist. Fast sieht es so aus,
als ob auch noch andere demnächst stürzen
werden.“

Dieser Erwartung geben auch andere Organe Ausdruck. Als
reif zum Fallen werden Herr v. Sydow und auch Herr von
Tirpitz bezeichnet. Offiziös werden aber weitere Verände-
rungen natürlich abgelehnet.

Ähnlich wie das „Berliner Tageblatt“ urteilt auch die
„Vossische Zeitung“, die zum Schluß schreibt:

„Allmählich müde geworden?“ Sie und da munkelt man,
er sei nicht müde, sondern vorsichtig, wolle nicht in das von
ihm geahnte Schicksal des Ministeriums Bethmann Hollweg mit-
gezogen werden, wolle sich für die Zukunft aussparen. Die
Zeit wird es lehren.“

Die Urteile der übrigen Presse bewegen sich im allgemeinen
zwischen den wiedergegebenen. Herr v. Schoen wird von den
„nationalen“ Organen sehr schlecht behandelt.

Zum Schluß sei eine allgemeine Betrachtung der „Berliner
Neuesten Nachrichten“ wiedergegeben. Das Blatt wendet sich scharf
gegen Bethmann. Sie halten seine Regierungskunst für außer
verderblich und glauben nicht, daß das Reich und Preußen
sie noch lange ohne weithin sichtbare Krankheits-
erscheinungen aushalten werde. Das Blatt wendet sich
gegen die Art und Weise, wie man bei uns Minister ernannt und
entläßt, indem es schreibt:

„Aber die ganze Art, wie Minister ernannt und weg-
gejagt, wie die Ressorts in Unruhe gehalten, das Staats-
leben dauernd gestört, die Staats- und Reichskasse nicht
insolge zwingender Notwendigkeiten, sondern insolge wechselnder
Stimmungen und schwankender Entschlüsse mit ungeheuren
Aufgehälfen für die noch kurzer Verlaufszeit abgefaßten
„Probekandidaten“ belastet werden; die Art, wie das Kapital
an Stetigkeit, Ansehen und Vertrauen in An- und Auslande
durch diese von innerer Unruhe getriebene Politik fortwährend
gemindert wird, fordert zur ersten Kritik heraus. Während
die Nation im Innern durch den wütenden Parteihader zerrissen
wird, gibt die Regierung ein Schauspiel der Zer-
setzung, wie es schlimmer kaum gedacht werden
kann.“

Anzweideutige Politik.

Paris, 27. Juni. (Fig. Ber.) Zu den verschiedenen Paraden, die die Regierung der Republik dem Völkergott vorgeführt hat, ist heute eine Kammerrede Briands gekommen. Briand sollte den Kritikern der Regierungserklärung antworten, insbesondere den Radikalen die von ihnen geforderte Klarheit über seine Stellung zu den Linksparteien geben. Er ist über die Gemeinplätze der Erklärung nicht hinausgegangen, wird aber trotzdem von den durch den Wahlausfall vollkommen desorganisierten Radikalen sein Vertrauensvotum bekommen. Das parlamentarische Chaos ist soweit gebrochen, daß Briand, mit seinem scharfen, die Schwachen Steifen des Gegners erspähenden Blick selbst anstößt, den von den Radikalen ihm entgegengesetzten Spieß umdrehen und von ihnen Klarheit fordern konnte: „Alles oder nichts — entweder Ihr ganzes Vertrauen oder gar keines!“ waren seine Schlussworte. Man hätte fast vergessen, daß man es mit einem Minister der „Anpassung“ zu tun hat. . .

Zu einem Punkt aber erlaubt Briands Politik wirklich keinen Zweifel. Welches Verhältnis zur Arbeiterklasse sie versucht, zeigt das blutige Wort, das sie gestern der Regierungserklärung vorausgeschickt hat. Die Weigerung an der Spitze der Flandre gehört zu den schlimmsten Gewalttaten, die unter der dritten Republik an demonstrierenden Arbeitern begangen worden sind. Das Leichenbegängnis von Polizisten bei einem Konflikt mit streikenden Arbeitern tödlich verwundeten Tischlers Cler hätte trotz der ungeheuren Beteiligung der Gewerkschaften — vielleicht 40.000 Menschen waren im alten Revolutionsquartier des Faubourg St. Antoine zusammengeströmt — friedlich enden können. Wohl kam es auf dem Marsch zum Friedhof zu Demonstrationen vor einer Polizeiwachstube und einer vom Zustand betroffenen Tischlerei sowie zu einer Prügelei mit provozierenden Streikbrechern, denen der Sarkurs wild dreinschlagender Polizisten zuteil wurde, aber die Kundgebung wäre ruhig ausgegangen, hätte nicht die Polizei an der Stadtumwallung einen Angriff auf die vom Friedhof zurückmarschierenden Arbeiter vorbereitet. Weil das mit Trompeten gegebene Kommando zum „Auseinandergehen“ nicht sofort befolgt wurde, fielen Dragoner, Polizisten und republikanische Gardien, die da in Schlachtorbnung aufgestellt waren, sofort mit scharfen Hieben über die Demonstranten her. Den Plünderungen setzten sie in Cafés nach und drangen selbst in Privatwohnungen ein. Die Berichte der bürgerlichen Presse selbst lassen keinen Zweifel darüber, auf welcher Seite die Mordtaten und die Herausforderung war. Die Panik war so groß, daß viele Frauen und Kinder aus den von der Ordnungsmacht erfüllten Häusern zum Fenster hinausprangen. Sogar im Ballgraben wurden Plünderer niedergeschlagen. Die Zahl der Verwundeten aus dem Publikum, unter denen sich viele an der Kundgebung ganz Unbeteiligte befanden, ist sehr groß und viele der Wunden sind sehr schwer. Da sich die Demonstranten in ihrer Not zur Wehr setzten, so gut es ging, gibt es auch unter den Polizisten Verwundete, und die Polizeipräfectur ist natürlich bemüht, durch sorgfältige Notierung jedes Hantlers ihre Zahl möglichst anschwellen zu lassen. Jetzt sollen es gar schon 41 sein. Auch ist sie bestrebt, den berühmten „Bürger Browning“ eine möglichst große Rolle bei dem Zusammenstoß spielen zu lassen. Mit welchem Recht — geht daraus hervor, daß auch der offizielle Bericht von keinen Schwunden der Polizisten spricht. Die Teilnahme anarchistischer Jugendgruppen an dem überfallenen Zug ist wohl eine Tatsache, aber sicher ist, daß diesmal die — von Unbekannten abgegebenen — Revolverschüsse gefehlt haben, die dies unter dem Ministerium Clemenceau angerichtete Mafiater von Villeneuve-St. Georges rechtfertigen sollten. Das gestern vergossene Blut ist einzig nur darum geflossen, weil die Polizei den Demonstranten in jedem Fall, und nötigenfalls mit Gewalt auseinanderzupringen wollte, trotzdem die Pariser Arbeiter doch erst vor vier Wochen auf dem Père Lachaise gezeigt haben, daß sie imstande sind, Kundgebungen würdig durchzuführen.

Briand allerdings findet die Polizeitaktik durchaus in Ordnung, und die bürgerlichen Parteien haben ihn heute in der Kammer klärend zugestimmt. Regierung und Parlament verstehen einander in dem einen Kapitel vollkommen. . . Es wird weiter regiert — gegen die Arbeiterklasse. Der „Temps“ beglückwünscht sich heute „ohne Vorbehalt zu der Richtung, die offenbar an der leitenden Stelle zur Geltung kommt“. Und da auch der bulgarische Ferdinand der bürgerlichen Republik attestiert hat, daß sie ein Regime der Freiheit, der Gerechtigkeit und des sozialen Fortschritts ist, so ist alles Mänonieren sozialistischer Kritiker als böswillige Anschwärzung strafender Staatsweisheit gerichtet.

Liberale Not im Saarrevier.

Aus dem Saarrevier wird uns geschrieben: Wie ich aus ganz zuverlässiger Quelle erfahre, hatte der Vorstand der nationalliberalen Partei für den Wahlkreis Saarbrücken dem Abgeordneten Wassermann für die kommende Reichstagswahl die Kandidatur angetragen. Aber Wassermann hat abgelehnt, und zwar weil der rechte Flügel, die Vertreter der Großindustrie, sich entschieden gegen seine Kandidatur erklärten. Sein hauptsächlichster Gegner war der Landtagsabgeordnete Dr. Köchling, Mitbesitzer der Völklinger Hütte und der „kommende Mann“ der Scharfmacher an der Saar. Ebenso wollen Bopelius und andere Scharfmacher nichts von Wassermann wissen, der gegen ihren Willen und aus der Hand der Jungliberalen das Mandat nicht annehmen will.

Der Versuch, die beiden Richtungen im saarabischen Nationalliberalismus auf eine Kompromißkandidatur zu vereinigen, ist also vorläufig mißlungen. Es wird sich nun fragen, welche Richtung die andere in der Kandidatenfrage besiegt. Schon bei der letzten Reichstagswahl hat sich unter den Liberalen an der Saar eine starke Strömung gegen den freisensativen Geist der Stumm-Hilger-Richtung geltend gemacht, die bis dahin die Partei so vollständig beherrschte, daß die Kandidatenfrage einfach im Kasino erledigt wurde. Der Hauptwahlredner, Herr Landtagsabgeordneter Dr. Maurer, forderte damals, daß die Wahl von 1907 für Saarabien ein „Auch nach links“ bedeuten müsse. Er forderte seine Parteifreunde, die Grubenverwaltung und die Stättenbesitzer auf, endlich mit dem saarabischen System zu brechen und den Arbeitern das Koalitionsrecht zu gewähren, und sagte auf Herrn Köchling anspielend: „Ich kann schon verstehen, daß ein großer Fabrikant keine organisierten Arbeiter dulden will, daß er seinen Arbeitern das Koalitions- und Versammlungsrecht raubt, aber das ein solcher Mann noch der nationalliberalen Partei und gar noch dem Vorstand angehört, gegen deren Grundzüge und Programm er verstoßt, das kann ich nicht verstehen.“ Diese Worte fanden in der 4000köpfigen Versammlung stürmischen Beifall und Herr Köchling schweigend, aber auch die Herren Weisdorf und Bopelius und die Vergärte schwiegen, blieben Mitglieder der nationalliberalen Partei und — mehrregelt organisierte Arbeiter weiter. Gegen den

„Auch nach links“ stemmten sich die Großindustriellen, während die Kaufmannschaft ebenso fleißig arbeitete, die Oberherrschafft der Stumm-Hilger-Geißes zu befestigen. Das ist ihr bei der Aufstellung der Landtagskandidaturen im Jahre 1908 auch gelungen. Zwar fand sie noch nicht den Mut, gegen die Kandidaturen der Herren Köchling und Schubert zu opponieren, aber den dritten Kandidaten forderten sie für sich, wiesen die Kandidatur des vom Vorstand auf den Schild gehobenen Vergart Giani zurück und stellten dafür den Führer der Jungliberalen, eben den Dr. Maurer auf. Das erweiterte die Kluft zwischen den beiden Richtungen im nationalliberalen Lager, was zur Folge hat, daß man sich bis jetzt noch über keine Kandidatur zum Reichstag einigen konnte. Die Scharfmacher wollen Dr. Köchling zum Kandidaten, die Jungliberalen Dr. Maurer auf den Schild heben, und da die ersteren Dr. Maurer nicht schlafen, wiesen die letzteren Köchling ebenso entschieden zurück und wünschen, daß der Kandidat von auswärts geholt werde. Da nun Wassermann abgelehnt hat, geht der Kampf von neuem los. Sollte Herr Köchling Sieger bleiben und auf den Schild gehoben werden, so ist der Wahlkreis für die Nationalliberalen verloren. Die Empörung, hauptsächlich unter den „königlichen“ Vergleuten, ist so allgemein und so stark, wie sie seit 1889 nicht mehr gewesen ist, und sie richtet sich gegen Dr. Köchling noch ganz besonders wegen seines Landtagsreden gegen die Vergleute, die von der Zentrumspresse sehr geschickt unter die Leute gebracht wurden. Welchen Grad die Empörung schon angenommen hat, das zeigt die Tatsache, daß Mitglieder des „christlichen“ Gewerksvereins, welche diesem fünf Jahre angehört, zum Vergarbeiterverbande übertreten und mehr noch, daß in letzter Zeit Versammlungen des Verbandes in Wiebelskirchen, Neunkirchen, Sulzbach und Friederichshof stattfanden, die sämtlich überfüllt waren, während noch vor einem Jahr kein „königlicher“ Vergemann sich in eine „sozialdemokratische“ Versammlung getraute. Die Empörung, die die Hungerpolitik in den Vergleuten gemehrt hat, überwindet die Furcht und sie fangen an, den Maßregelungen zu trotzen. Wirte bieten dem Verbandslokale an, das saarabische System mannt, und was durch den Hilger-Krämer-Projekt nicht erreicht wurde, der schwarze Bloß der Ritter und Geiligen hat es mit seiner Politik fertig gebracht. Die Nationalliberalen können den Kreis nur noch mit einer linksliberalen Kandidatur behaupten, während er mit der Kandidatur Köchling ans Zentrum verloren geht.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Juni 1910.

Die ungeheuliche Verfolgung der Arbeiterturnvereine.

Leipzig, 28. Juni. Das Reichsgericht hat die Revision der Staatsanwaltschaft gegen das Urteil des Landgerichts I Berlin vom 28. Oktober 1909, wodurch der Redakteur des „Vorwärts“ Hans Weber und der Redakteur der „Arbeiterturn-Zeitung“ Wildung in Stötteritz von der Anklage der Aufforderung zum Ungehorsam gegen eine Regierungsverordnung freigesprochen worden waren, verworfen.

Damit ist vom höchsten Gericht anerkannt, daß die behördlichen Verfügungen, die den Arbeiterturnvereinen den Turnunterricht an Jugendliche verbieten, der gesetzlichen Grundlage entbehren!

Wir werden die Konsequenzen dieser wichtigen Entscheidung noch näher darlegen!

Zentrums-Schwindel.

Auf dem Verbandstag der Windthorstbünde, der am 25. Juni in Bochum stattfand, sprach der Landtagsabgeordnete Partsch über die Wahlrechtsvorlage. Der Herr wagte es, nach einer zugunsten des Zentrums gefärbten Darstellung des Verlaufs der Wahlrechtsverhandlungen zum Schluß folgendes zu sagen:

„Diese Wahlrechtsvorlage ist tot, aber die Wahlfrage bleibt lebendig, solange bis sie im Sinne der Wünsche des Volkes gelöst ist. Wir haben jetzt unsere Freiheit wieder und unsere Parole wird immer lauter: Wir fordern auch für Preußen das Reichstagswahlrecht!“

„Lebhafter, langanhaltender Beifall“ bezeichnet der Bericht. Was haben die Zentrumsredner doch für ein leicht zu befriedigendes Publikum!

Der Zollkonflikt.

Die Erschließung Frankreichs durch die plötzliche Aufhebung der Zollermäßigung für Schaumweine und Liköre ist gegen den besseren Rat des Auswärtigen Amtes erfolgt. Die „Straßb. Post“ bemerkt darüber:

Der Vorwurf der Ueberrumpfung trifft das Auswärtige Amt nicht. Gerade das Auswärtige Amt suchte die Beibehaltung der herabgesetzten Zölle durchzusetzen, drang aber mit seinen Vermählungen nicht durch, weil das Reichsfinanzamt mit aller Entschiedenheit auf der Heraushebung der Zölle bestand. Da es infolge dieser Meinungsverschiedenheit aber fast bis zum Tage der Entscheidung ungewiß blieb, wie diese ausfallen würde, konnte die französische Regierung unmöglich vorher schon über die Aufhebung der Zollermäßigungen unterrichtet werden. Was diese selbst betrifft, so machte die französische Regierung nach den Bestimmungen des deutschen Schaumwein- und Branntweinsteuergesetzes genau darüber unterrichtet sein, daß die Ermäßigung nur einen Ausnahmezustand darstellte, der fortfallen mußte, wenn der Bundesrat nicht zeitig genug seine Verlängerung beschloß; die französische Regierung hätte daher wohl ein Interesse daran gehabt, beizzeiten in Berlin dahin zu wirken, daß dies geschehe, zumal sie sich bei der Erregung, die ihre Zolltarifnovelle in deutschen Handels- und Industriekreisen hervorgerufen hatte, sagen mußte, daß in Deutschland eine gewisse Reizung, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, vorhanden war. Es entspricht auch nicht dem ursächlichen Zusammenhange der Ereignisse, wenn der Minister des Auswärtigen sagte, Frankreich wisse sich in die Zwangslage versetzt sehen, Repressalien auszuüben, und damit durchblicken ließ, daß Deutschland den ersten Anlaß zu handelspolitischen Bestimmungen gegeben hätte. Die Entscheidung des Bundesrats war nur die Antwort auf die jüngsten Zolltarifveränderungen Frankreichs und wurde vom Reichsfinanzamt gerade als Ausgleich für die Deutschland aus dem neuen französischen Zolltarif erwachsenen Nachteile gefordert. Deutschland war also wirklich nicht das Karnickel, das angefangen hatte. Vor allem aber handelt es sich um eine rein finanzpolitische Maßnahme, die aus keinen Fall mit politischen Gründen erklärt werden darf. Ja, die Tatsache, daß das Auswärtige Amt sich gegen die Aufhebung der Ermäßigungen ausgesprochen hat, beweist sogar, daß die politische Rücksicht auf Frankreich bis zum Widerstande gegen die Finanzpolitik des eigenen Reiches geföhrt hat. Day die Zahlen schließlich doch den Ausschlag geben, ist bei der nicht gerade glänzenden Finanzlage des Reiches nicht überraschend.

Dieser Kommentar ist recht wenig geschickt. Denn wenn die Aufhebung der Zollermäßigung eine Antwort auf die jüngsten Zoll-

tarifänderungen“ ist, so ist es eben keine „rein finanzpolitische Maßnahme“. Wichtig ist aber nur, daß das Auswärtige Amt selbst die Schädlichkeit dieser engherzigen fiskalischen Maßnahme eingesehen hat. Hoffentlich hat der Nachfolger Herrn v. Schoens dieselbe Meinung und sorgt mit dem nötigen Nachdruck dafür, daß der dumme Fehler der deutschen Regierung wieder gut gemacht wird.

Die Reichseinnahmen im Mai.

Für die Reichseinnahmen ist der zweite Monat des neuen Etatsjahres etwas besser verlaufen als der erste. Allerdings haben die Zölle wieder einen Ausfall gegenüber dem Vorjahre und dem Etatsloß gebracht, und auch die Verbrauchsabgabe für Brauntwein zeigt einen Rückgang; aber die anderen Hauptertragsquellen haben durchweg größere Erträge als im Vorjahre gebracht, die allerdings zum Teil auf die Steuererhöhungen zurückzuführen sind. Der Monatsanteil am Staatsanschlag wird bei den meisten Einnahmen nicht erreicht. Durch besonders große Einnahmen zeichnen sich im Mai die Börsensteuer, der Grundstücksübertragungsstempel und die Erbschaftsteuer aus.

Im einzelnen sei folgendes bemerkt: Die Zölle brachten eine Einnahme von 46,56 Millionen Mark gegen 48,07 Millionen Mark im Mai v. J., zeigen also einen Rückgang um 1 1/2 Millionen Mark. In den ersten beiden Monaten sind 91,06 Millionen Mark eingebracht, während der Anteil von zwei Monaten an der Anschlagsumme des Etats 105,82 Millionen Mark, also 14,77 Millionen Mark mehr beträgt. Die Tabaksteuer brachte 0,81 gegen 0,72 Millionen Mark, die Zigarettensteuer 1,95 gegen 1,92 Millionen; es kommt hierbei aber die Zollerhöhung in Betracht. Die Zuckersteuer, die im April hinter der vorjährigen um 1 1/2 Millionen Mark zurückgeblieben war, weist jetzt eine Zunahme um mehr als 2 Millionen Mark auf (15,42 gegen 13,26 Millionen Mark). Aus der Salzsteuer sind 4,52 Millionen Mark eingebracht gegen 4,41 Millionen im Mai vorigen Jahres. Die Verbrauchsabgabe von Brauntwein hat nur 8,52 Millionen Mark eingebracht gegen 10,18 Millionen im Vorjahre. In den beiden Monaten sind erst 20 Millionen Mark eingekommen, während der Anteil am Staatsanschlag 30 Millionen Mark beträgt. Aus der Brauststeuer sind 8,73 Millionen Mark eingekommen gegen 8,90 Millionen Mark im Vorjahre. Die ersten beiden Monate haben nur 14,35 Millionen Mark ergeben, das ist 4,28 Millionen Mark weniger, als der Anteil am Staatsloß beträgt. Die Schaumweinsteuer hat 0,63 Millionen Mark eingebracht gegen 0,87 Millionen Mark im Vorjahre, die Verdoppelung ist also nicht erreicht. Aus der Wechselstempelsteuer, die wesentlich erhöht ist, sind 1,56 Millionen Mark eingekommen gegen 1,26 Millionen Mark im Vorjahre. Von den Börsensteuern hat der Emissionsstempel 4,24 Millionen Mark ergeben gegen 2,46 Millionen Mark im Vorjahre, der Anschlag 2,46 gegen 1,70 Millionen Mark. Der Anteil am Staatsloß ist damit wesentlich überschritten. Der Lotteriestempel hat 4,14 Millionen Mark eingebracht gegen 4,28 Millionen im Vorjahre. Die Erbschaftsteuer hat den hohen Betrag von 4,11 Millionen Mark erreicht gegen 2,40 Millionen im Vorjahre. Der Monatsanteil am Staatsanschlag beträgt 2,88 Millionen Mark. Der Frachturkundenstempel hat 1,92 Millionen Mark eingebracht gegen 1,20 Millionen im Mai v. J., der Fahrkartenstempel 1,08 gegen 1,59 Millionen Mark. Der Kraftfahrzeugstempel liegt ebenfalls mit 0,29 Millionen Mark über dem vorjährigen, der 0,21 Millionen Mark betragen hat. Der Zantienstempel brachte 0,75 Millionen Mark gegen 0,70 im Vorjahre. In den beiden ersten Monaten ist bereits mehr als die Hälfte des ganzen Staatsloßes eingegegangen (1,98 von 3,92 Millionen Mark). Von den ganz neuen Steuern hat die Leuchtmittelsteuer 0,74 (der Monatsanteil am Staatsanschlag beträgt 1,25 Millionen), die Hundwarensteuer 1,06 (1,25) Millionen, der Scheckstempel 0,28 (0,31), der Grundstücksübertragungsstempel 4,01 (2,12) Millionen Mark ergeben. Der Ausfall der ersten drei Steuern gegenüber dem Staatsanschlag wird also weitgemacht durch den Ueberlaß der letzten. Der Talonstempel, dessen Staatsloß im Anschlage leider mit dem Emissionsstempel zusammengefallen ist, hat 0,83 Millionen gebracht gegen 0,80 Millionen im April. Die Reichspost- und Telegraphenverwaltung hat im Mai d. J. 46,41 Millionen Mark eingebracht gegen 44,82 im Mai 1909 und 42,71 im Mai 1908. Die Zunahme war mit 8,6 Proz. bei weitem nicht so groß wie im April, in dem sie 7,2 Proz. betragen hatte. Die Reichseisenbahnverwaltung hat 10,61 Millionen Mark vereinnahmt gegen 10,00 Millionen Mark im Vorjahre.

Meister der Lüge.

Die „Germania“ antwortet heute auf unsere erneute Annelung ihrer trochen Fälschungen in Sachen des badischen Verhältniswahlgesetzes mit neuen Lügen, die so dumm sind, daß wir nicht weiter darauf einzugehen brauchen. Natürlich aber verschweigt das ehrenwerte Blatt weiter seinen unglücklichen Lesern, daß es sie froch angelegt hat, als es ihnen erzählte, daß die badische Sozialdemokratie das Verhältniswahlsystem niemals vorher gefordert habe und daß die französischen Sozialisten gegen dieses System sind. Es sind wirklich ehrenwerte Leute, die Redakteure dieses Organs für „Wahrheit, Freiheit und Recht!“

Die Nachwahl in Frankfurt a. O. Lebus.

Am Montagabend hat die Sozialdemokratie die Wahlkampagne mit einer großen, stark besuchten Versammlung in Frankfurt a. O. eröffnet.

Die Referate des Genossen Stadthagen und des Kandidaten Genossen Faber fanden begeisterte Aufnahme. Mit lautem Beifall wurde von der Versammlung die Mahnung begrüßt, dafür zu sorgen, daß der Wahlkreis im ersten Gange erobert werde, und die Stichwahl, in der sich die feindlichen Brüder, Konservative und Nationalliberale, gegen die Sozialdemokratie zusammenfinden würden, unnötig zu machen.

Inzwischen warten die Wähler des Kreises noch immer vergeblich auf die Auseraumung des Wahlkreises! Am 30. Mai starb Reichstagsabgeordneter Detto. Heute, vier Wochen später ist die Nachwahl noch nicht angelegt. Will der neue preussische Minister des Innern nicht dafür sorgen, daß in Preußen die Verpflichtungen, die der Reichslanzler durch den Mund des Staatssekretärs Delbrück im Reichstage eingegangen ist, eingelöst werden? Will er nicht dafür sorgen, daß in Preußen ebenso wie in Württemberg und Sachsen diese Verpflichtungen und der Sinn des Wahlgesetzes beachtet werden? Will Herr v. Dallwig die Nachwahl in Frankfurt a. O. Lebus weiter verschleppen lassen, nachdem die in Pflorau-Parienberg, wo das Mandat am selben Tage frei wurde, wie in Frankfurt a. O. Lebus, schon vor mehreren Tagen angelegt wurde? Oder legt er Wert darauf, seine Amtstätigkeit sogleich mit einem Skandal zu beginnen, um zu zeigen, daß er ein echter Junkerminister ist? Was aber sagt denn der preussische Ministerpräsident dazu, der derselbe Reichslanzler ist, der sich im Reichstage verpflichtete, die Verschleppung der Nachwahlen zu verhindern?

Das amtliche Wahlergebnis in Friedberg-Wädigen.

Friedberg (Hessen), 28. Juni. Nach dem amtlichen Wahlergebnis erhielten bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Friedberg-Wädigen am 24. Juni Parteisekretär Wulford (Soz.) 11.643 und Reichsanwalt Dr. v. Helmolt (Bund der Landwirte) 6.114 Stimmen. Das amtliche Resultat weicht nur mit wenigen Stimmen von dem in unserer Sonnabendnummer gemeldeten ab. Für Wulford waren in diesem 11.643 Stimmen abgegeben, für v. Helmolt 6.113.

Zweifach verlassen.

Aus dem Wahlkreis Borken-Redlinghausen (Westfalen) wird uns geschrieben:

Hier dürfte die nächste Reichstagswahl besonders interessant werden. Der jetzige Vertreter des Wahlkreises, Zentrumsabgeordneter Schiffer, Zentralvorsitzender des christlichen Textilarbeiterverbandes, soll, wie man sich in eingeweihten Kreisen erzählt, bei dem Parteivorstand sowohl wie bei der Masse der Wähler in Ungnade gefallen sein, so daß seine Wiederwahl sehr fraglich erscheint. Die katholische Geistlichkeit hat es Schiffer offenbar nicht vergessen, daß er den Bischöfen in der Abwehr ihrer Einmischung in die christliche Gewerkschaftsbewegung das Wort: „Bis hierher und nicht weiter!“ zurief, obgleich Herr Schiffer hinterher mancherlei getan, um das Wort abzuschwächen und seinen Gehorsam für die Kirche zu beteuern.

Die Arbeiterchaft aber nimmt es dem Abgeordneten sehr übel, daß er bei den Steuerdebatten zugunsten der Arbeiter gänzlich versagte. Es ist daher nicht verwunderlich, daß in einer im April in Essen stattgefundenen vertraulichen Zentrumsvertrauensmänner-Versammlung (Augustinusberein) die Aufstellung eines Fabrikanten für den obengenannten Wahlkreis vorgeschlagen wurde. Der Vorschlag ist inzwischen weiter besprochen worden und hat natürlich die Billigung der Fabrikanten gefunden. Die Arbeiterchaft aber wird inzwischen hoffentlich zu der Ueberzeugung gelangt sein, daß ihr Interesse nur dann gewahrt wird, wenn die rote Fahne über dem Wahlkreise flattert.

Ein freisinniger Arbeiterfreund.

Herr Carstens, Reichstagsabgeordneter für den 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreis, der Couleur nach freisinnig spielt sich gern als großer Arbeiterfreund auf und hat diesen Versuch auch schon im Reichstage unternommen. In der „Schleswig-Holst. Volkszeitung“ sowohl wie in der „Ameise“ ist jedoch seine Arbeiterfreundlichkeit schon öfter gebührend gewürdigt worden. Das war dem Herrn natürlich sehr unangenehm. Durch den Inhalt des Jahresberichts des Elmshorner Gewerkschaftskartells, der in der „Schleswig-Holst. Volksztg.“ abgedruckt wurde, fühlte er sich beleidigt und ließ zum Abdruck in dem Bericht über die Zustände in der Porzellanfabrik der Firma H. C. Carstens, deren Mitinhaber der Herr Reichstagsabgeordnete ist, scharf kritisiert und als schamlos und standlos bezeichnet. Besonders wurde gerügt, daß in der Fabrik ein unerträgliches Spionagesystem an der Tagesordnung sei und anonyme Zuträger ein williges Ohr bei der Direktion fänden.

Der verantwortliche Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volksztg.“, Genosse Hermann Breccour, hatte sich am Donnerstag auf die Klage vor dem Elmshorner Schöffengericht zu verantworten. Drei Zeugen: der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells, ein Dreher, der früher in der Fabrik beschäftigt war, und ein Maler, der noch jetzt dort beschäftigt ist, bestätigten durch ihre Zeugenaussagen im wesentlichen den Inhalt des Artikels, besonders soweit das Spionagesystem in Frage kam. Der Dreher sagte aus, daß der Reichstagsabgeordnete Carstens einmal selbst zu ihm gesagt habe, er könne auf das Spionagesystem nicht verzichten. Am 13. November 1908 hat Herr Carstens im Reichstage eine Rede gehalten, in der er auch ausführte, daß die Porzellanarbeiter seines Betriebes beschlossen hätten, daß jeder den Teil des Wochenverdienstes, der über 88 M. hinausgehe, an die Streikliste abliefern solle. Der Zeuge sagte nun aus, daß ein Arbeiter, der eine Erklärung zu dieser Rede veröffentlichte, entlassen wurde. Das Gericht sah eigentümlicherweise den Wahrheitsbeweis nicht für erbracht an und verurteilte trotzdem den Angeklagten zu 150 M. Geldstrafe oder 30 Tagen Gefängnis. Eine so raffinierte Beleidigung, so führte der Vorsitzende aus, müsse hart bestraft werden. Das Gericht sei sich darüber einig, daß der Autor des Artikels mindestens sechs bis acht Wochen Gefängnis bekommen würde, wenn er gefast worden wäre. Doch könne der Redakteur nicht so hart bestraft werden, wie der Autor bestraft werden würde, weil er ja von den Genossen gezwungen werde, den Artikel aufzunehmen, und wenn er sich weigere, dann fliege er. Auf derselben Höhe wie die politischen standen auch die sozialpolitischen Anschauungen des Vorsitzenden. Während der Beweisaufnahme führte er nämlich aus, daß eine von den Arbeitern eines Betriebes über diesen verhängte Sperre nur dann gerechtfertigt sei, wenn dem Unternehmer nach der Beschlußfassung und nach der Publikation der Sperre noch 14 Tage Bedenkzeit gelassen werden. Wenn das aber nicht geschehe, dann können die Zeugenaussagen über das Spionagesystem nicht als Wahrheitsbeweis gelten, dann sei der Unternehmer im Recht, wenn er sich über die Maßnahmen der Arbeiter auf irgend eine Weise zu orientieren suche.

Weisse Raben.

In Wiesbaden haben zwei Lehrer der dortigen Volksschule die ihnen bei ihrer Pensionierung zugesagte Ordensverleihung abgelehnt. Sie folgen damit dem Beispiel von drei ihrer Kollegen, die am 1. April in den Ruhestand traten.

Dementi. Die „Nordd. Allgem. Zig.“ erklärt die Nachricht, daß Wilhelm II. an den Kronprinzen von Rumänien ein Telegramm gerichtet, worin er den Ueberfall auf den rumänischen Kaiser „Imperatru Trojan“ im Vindus als eine schwere Beleidigung des gesamten Herrscherhauses Hohenzollern bezeichnet, als erfunden. Der Kaiser hat zu dem rumänisch-griechischen Zwischenfall in keiner Weise Stellung genommen.

Oesterreich.

Obstruktion im Reichsrate.

Wien, 28. Juni. In seiner Antwort auf die vom südslawischen Hochschulkolleg des Abgeordnetenhauses der Regierung übermittelten Wünsche wies der Ministerpräsident Freiherr v. Wienert auf den bereits dem Parlament unterbreiteten Vermittlungsvorschlag hin, durch den bei der Beratung über den dauernden Standort der italienischen Reichshochschule ausreichende Bürgschaft für die Wahrnehmung der Interessen der südslawischen Parteien gegeben werde. Die Regierung müsse daher beanspruchen, daß die gegenwärtige Vorlage, welche ohnehin für die italienischen Staatsangehörigen nur einen Ersatz des eingebühten Besitzstandes darstelle, für sich und ohne Verknüpfung mit anderen Hochschulwünschen verhandelt werde. Die Regierung sei zwar von Wohlwollen gegenüber allen kulturellen Bestrebungen der Südslawen erfüllt, könne aber die nähere Erwägung ihrer Wünsche erst jenen Zeitpunkt vorbehalten, wo die Vorlage für die italienische Fakultät einer gesetzlichen parlamentarischen Lösung zugeführt sein werde.

Wien, 28. Juni. Wegen Ablehnung ihrer Hochschulforderungen seitens des Ministerpräsidenten Wienert hat die südslawische Union heute im Abgeordnetenhause mit der Obstruktion begonnen. In parlamentarischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Regierung die Obstruktion mit der Schließung des Reichsrates beantworten wird.

Belgien.

Belebung der Wahlrechtsbewegung.

Brüssel, 28. Juni. Nachdem die Arbeiter auf ihrem letzten Kongresse beschlossen haben, eine lebhafteste Campaigne zugunsten der Wahlreform in die Wege zu leiten, wird eine besonders lebhafteste Tagung anlässlich des Wiederzusammentritts der Kammer zu gewärtigen sein. Auch die Liberalen sind entschlossen, in diesem Sinne zu arbeiten und die Regierung bezüglich ihrer Absichten über die Wahlen von 1912 und über die Erhöhung der Zahl der Abgeordneten zu befragen. Die Debatte wird eine sehr aufgeregte und das Ergebnis ein sehr zweifelhaftes

werden, da die Regierung nur noch 6 Stimmen Mehrheit besitzt.

Spanien.

Proteste gegen den Vatikan.

Madrid, 28. Juni. Die Republikaner und Sozialisten planen für Sonntag in Madrid und anderen Hauptstädten Spaniens Massenkundgebungen zugunsten der Kulturfreiheit. Der christlicher Verein Gallos wird einen in sehr heftigen Worten gehaltenen Aufruf veröffentlichen. Die Antwort des Vatikans auf den Protest der Prälaten wird wegen ihrer energischen Sprache günstig aufgenommen.

Portugal.

Auflösung des Parlaments.

Lissabon, 27. Juni. Der König hat ein Dekret betreffend die Auflösung der Deputiertenkammer unterzeichnet. Das Datum für die Neuwahlen ist noch nicht festgesetzt, doch werden die Cortes am 23. September wieder zusammentreten.

Lissabon, 28. Juni. Die Neuwahlen zur Deputiertenkammer sind auf den 28. August festgesetzt worden.

England.

Als Nachfolger Garding's.

London, 27. Juni. Sir Arthur Nicolson ist zum permanenten Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes ernannt worden. Er wird der Nachfolger Garding's. Nicolson hat sich um das Zustandekommen des Einvernehmens mit Rußland bemüht. Er gilt nicht gerade als ein deutschfreundlicher Politiker.

Die Aenderung der Eidesformel.

London, 28. Juni. In der heutigen Sitzung des Unterhauses brachte Premierminister Asquith den angeforderten Gesetzentwurf ein, durch den die Erklärung des Königs bei der Thronbesteigung geändert wird. Nach der Vorchrift dieses Gesetzes bekennt sich der König als treues Mitglied der protestantischen reformierten Kirche und verspricht, nach besten Kräften und dem Befehle entsprechend für eine protestantische Thronfolge Sorge zu tragen. Der Premierminister erklärte, die Regierung glaube, in dem Befehle alle Bürgerpflichten vorzusehen zu haben, die nach menschlichem Ermessen gefordert werden könnten. Balfour schloß sich den Ausführungen des Premierministers an. Redmond erklärte die Vorlage für einen Akt späterer Gerechtigkeit gegenüber Millionen von Untertanen des Königs. Darauf wurde der Gesetzentwurf in erster Lesung mit 383 gegen 42 Stimmen angenommen.

Die Iren gegen die Regierung.

London, 28. Juni. Wie „Daily Chronicle“ erfährt, hat die Irische Partei beschlossen, gegen das Budget zu stimmen, wenn sie nicht die Sicherheit erhalte, daß mit der Opposition kein Kompromiß in der Abstimmung geschlossen werde.

Dänemark.

Eröffnung des Reichstags.

Kopenhagen, 28. Juni. Die außerordentliche Session des Reichstags ist heute eröffnet worden.

Argentinien.

Ein Anarchistengesetz.

Buenos Aires, 28. Juni. Die Deputiertenkammer hat aus Anlaß des Bombenanschlags im Theater von Colon in besonderer Sitzung einen Gesetzentwurf angenommen, der Anarchisten den Aufenthalt im Lande vollkommen untersagt und für Urheber von Bombenanschlägen, denen Menschen zum Opfer fallen, die Todesstrafe festsetzt.

Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

Sitzung am Dienstag, den 28. Juni 1910.

Zu dem Abschnitt über die

Beiträge

Haben die Sozialdemokraten den Antrag gestellt, dem Versicherten zu gestatten, sich in einer höheren Lohnstufe als derjenigen zu versichern, die nach seinem Verdienste für ihn maßgebend sein würde. In diesen Fällen ist der auf den Arbeitgeber entfallende Teil des Beitrags, sofern nicht die Versicherung in der höheren Lohnstufe von dem Arbeitgeber und dem Versicherten vereinbart ist, nicht nach der höheren, sondern nach der für den Versicherten maßgebenden Lohnstufe zu bemessen. In Konsequenz der früheren Kommissionsbeschlüsse schlagen die Sozialdemokraten noch den Zusatz vor: Die Satzung kann diese Versicherung in einer höheren Lohnstufe so weit beschränken, daß das Krankengeld des Mitgliedes den Durchschnittsbetrag des täglichen Arbeitsverdienstes nicht übersteigt.

Genosse Hoch wies darauf hin, daß eine ähnliche Bestimmung für die Invalidenversicherung schon besteht. Es liege kein Grund vor, zu verbieten, daß sich ein Arbeiter auf seine Kosten ein etwas höheres Krankengeld sichert. Außerdem sei die Annahme des Antrages notwendig, damit endlich eine schwere Ungerechtigkeit beseitigt werde. Sie trifft den Arbeiter, der viele Jahre hindurch bereits versichert war und seinem Verdienste entsprechend die Beiträge bezahlt hat, aber infolge unglücklicher Geschäftsgänge vorübergehend einen geringeren Verdienst hat.

Um einen Mißbrauch mit dieser Bestimmung auszuschließen, schlugen die Sozialdemokraten auf einen Einwand des Ministerialdirektors Caspar den weiteren Zusatz vor, daß die Satzung für die Fälle, in denen der Versicherte nicht schon bisher in der höheren Lohnstufe versichert war, das Krankengeld der höheren Lohnstufe erst dann gewähren kann, wenn bereits 6 Monate lang die Beiträge der höheren Lohnstufe bezahlt worden sind.

Auch diese Anträge stimmte das Zentrum zusammen mit den Konservativen, Nationalliberalen und der Wirtschaftlichen Vereinigung nieder und begnügte sich mit der Bestimmung, daß die Versicherung in der höheren Lohnstufe nur für die gestattet wird, die vorübergehend einen geringeren Lohn beziehen und daß es der Satzung überlassen bleibt, ob die Versicherung in der höheren Lohnstufe erlaubt sein soll oder nicht. Diese Abmilderung des sozialdemokratischen Antrags wurde angenommen.

Für solche Betriebe, deren Arbeiter viel häufiger krank sind als die anderen Arbeiter, können nach der Vorlage höhere Beiträge festgesetzt werden. Auf Anregung des Abg. Dr. Mugdan wird diese Erhöhung auf den Anteil des Arbeitgebers beschränkt.

Nach der Vorlage können Familienangehörige von den Versicherten mit Familienangehörigen einen Zusatzbeitrag erheben.

Die Sozialdemokraten beantragten, den Grundgedanken der Bestimmung dahin zu erweitern, daß Familienangehörige in der Höhe von 6 Proz. des Grundlohnes und mehr erheben, zur Gewährung von Mehrleistungen von den Versicherten einen Zusatzbeitrag erheben können. Die Beschlüsse hierüber sind von den Arbeitervertretern allein zu fassen.

Genosse Mollenhuth wies darauf hin, daß die Erhöhung der Beiträge über 6 Proz. des Grundlohnes unter allen Umständen von der Zustimmung der Arbeitgebervertreter abhängt. Hieran scheiterte nur zu oft die Erhöhung der Beiträge.

Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittler abgelehnt.

In die Vorlage ist auch die Bestimmung des geltenden Gesetzes übernommen worden, daß die Beiträge über 4 1/2 Proz. des Grundlohnes nur zur Deckung der Regelleistungen oder auf übereinstimmenden Beschluß der Arbeitgeber und Versicherten im Ausschusse erhöht werden können.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Grenze für die Erhöhung der Beiträge bei 6 Proz. festgelegt wird. Das sei die unvermeidliche Folge davon, daß die Leistungen der Krankenkassen verbessert werden sollen. Auch dieser Antrag wurde niedergestimmt.

Eine ausgedehnte Debatte entstand über den Paragraphen der bei Landkrankenkassen dem Gemeindeverband, bei Betriebskrankenkassen dem Arbeitgeber, bei Innungs- und Berufsvereinigungen der Innung die Verpflichtung auferlegt, die erforderliche Beihilfe aus eigenen Mitteln zu leisten, wenn bei diesen Kassen die Beiträge in der Höhe von 6 Proz. des Grundlohnes nicht zur Deckung der Kosten der Regelleistungen ausreichen.

Dazu hatten die Konservativen beantragt, daß den Zuschuß an Stelle leistungsunfähiger Gemeindeverbände der Staat leisten soll. Mit dem Gedanken dieses Antrages erklärten sich die Nationalliberalen und die Abgeordneten des Zentrums einverstanden. Aber die Durchführung erschien so schwierig, daß die Konservativen schließlich ihren Antrag zurückzogen. Dagegen beschloß die Kommission zufolge einer Anregung des Abg. Erzberger, dem Reichstage zu empfehlen, die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, in Erwägung einzutreten, inwiefern für leistungsunfähige Gemeindeverbände die Ausgaben in derartigen Fällen auf anderweitige Weise gedeckt werden können.

In dem Abschnitt über

Rassenverbände

besagt die Vorlage, daß die Krankenkassen sich durch Aberein-stimmenden Beschluß ihrer Ausschüsse zu einem Rassenverbande vereinigen können, wenn sie ihren Sitz im Bezirke des selben Versicherungsamtes haben.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die in den letzten Worten enthaltene Bedingung gestrichelt wird. Es gäbe Bezirke, in denen die Kassen, die nicht ihren Sitz im Bezirke desselben Versicherungsamtes haben, bei vielen Aufgaben zweckmäßig zusammenwirken können.

Gegen diesen Antrag machten die Regierungsvertreter den Einwand geltend, daß es dann schwierig sein würde, die Aufsichtsbehörde für den Rassenverband zu bestimmen.

Die Sozialdemokraten antworteten, daß diese Schwierigkeit sehr leicht durch eine besondere Bestimmung beseitigt werden könne. Dagegen machte der Einwand einen so großen Eindruck auf den Abg. Erzberger, daß er auch hier wieder mit dem Abschlagsantrag kam, die Rassenverbände sollen in dem Bezirk der Oberversicherungsämter mit Genehmigung des Oberversicherungsamtes zugelassen werden. Dieser Antrag wurde, nachdem der Antrag der Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittler abgelehnt worden war, einstimmig angenommen.

Der Kreis der Aufgaben, mit denen sich die Rassenverbände beschäftigen dürfen, ist in der Vorlage sehr eng gezogen.

Die Sozialdemokraten traten in erster Linie dafür ein, daß die Rassenverbände volle Freiheit haben sollen, sich gemeinsam allen Aufgaben zu widmen, die den Krankenkassen durch das Gesetz zugewiesen sind. Da aber die Mehrheit der Kommission dafür nicht zu haben war, machten die Sozialdemokraten mehrere Vorschläge, um den Aufgabenkreis der Rassenverbände zu erweitern. Den Rassenverbänden sollte danach gestattet sein, die fachliche Fortbildung der Rassenangehörigen zu fördern und eine einheitliche Krankenstatistik in bestimmten Bezirken durchzuführen.

Dagegen wendeten sich außer den Konservativen und den Nationalliberalen auch das Zentrum. Abg. Erzberger befürchtete, daß die Kassen die Mittel für die fachliche Fortbildung nicht für diesen Zweck, sondern für die Ausbildung der Angestellten zu sozialdemokratischen Agitatoren verwenden würden. Abg. Weder erklärte, so viel Angst habe er vor der Sozialdemokratie nicht, dagegen liege gar kein Bedürfnis für die fachliche Fortbildung der Angestellten vor und überdies könnten ungewöhnliche Einrichtungen geschaffen werden. Dagegen wollte er für die Aufnahme der Statistik in den Aufgabenkreis stimmen. Jedoch stimmten die anderen Zentrumsabgeordneten auch gegen diesen Antrag, so daß beide Anträge gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittler abgelehnt wurden.

Angenommen wurde nur ein Antrag des Zentrums, der den Rassenverbänden die Befugnis gibt, die Ausgaben für bestimmte Arten von Krankheiten oder für bestimmte Erkrankungsfälle ganz oder teilweise zu übernehmen.

Außerdem wurde auf Antrag des Abg. Mugdan die Ziffer 5 gestrichen, weil nach der Versicherung des Abg. Mugdan die Ärzte zu ihrer wissenschaftlichen Fortbildung der Hilfe der Kassen nicht bedürfen.

Fortsetzung Montag. Nach Erledigung des Abschnittes über die Rassenverbände soll die Arztfrage behandelt werden.

Die Freie Volksbühne gegen die Luitbarkeitssteuer.

In der gestrigen Generalversammlung der „Freien Volksbühne“ referierte Reichstagsabgeordneter Dr. Uib. Sudel um über die Vorlage des Magistrats über die Erhebung einer Luitbarkeits- und Willkürsteuer. Er legte treffend die Kulturfeindschaft dieser Vorlage dar und führte aus, daß sie das Todesurteil für den Verein darstelle, wenn sie angenommen werde, wie sie vorgelegt sei. In Ansehung der Kulturaufgaben, die die „Freie Volksbühne“ zu lösen habe und schon gelöst habe, sei der Verein nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, entschiedenen Protest einzulegen. Diese Vorlage habe als charakteristisches Merkmal die brutale Unterdrückungslosigkeit, mit der sie alle auch nur irgendwie unter den schwankenden und schillernden Begriff der Lustbarkeit fallenden Veranstaltungen zu treffen sucht.

Rechtstimmte die zahlreich besuchte Versammlung den Ausführungen des Redners zu.

Im Anschluß an den Vortrag wurde die schon im „Vorwärts“ veröffentlichte antwortliche Erklärung verlesen, welche bedeutende Vertreter der Wissenschaft und Literatur Deutschlands dem Vorstand der „Freien Volksbühne“ für die ausführliche Denkschrift haben zugehen lassen, die zur Begründung einer Petition gegen die Luitbarkeitssteuer der Stadtverordnetenversammlung zugehen wird. Es sind inzwischen noch mehr hervorragende Namen hinzugekommen. Außerdem sind noch Briefe bedeutender Männer der Literatur dem Vorstand der „Freien Volksbühne“ zugegangen.

Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die am 28. Juni im „Gewerkschaftshaus“ tagende Generalversammlung der „Freien Volksbühne“ wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die die Existenz des Vereins bedrohende Luitbarkeitssteuer des Berliner Magistrats. Sie fordert alle Freunde volkstümlicher Kunstbestrebungen auf, die „Freie Volksbühne“ in der Abwehr der sie bedrohenden Gefahr zu unterstützen. Sie wirt sich in der entwürferten Jurisprudenz dieses kulturfeindlichen Steuerprojekts mit der ungeheuren Mehrheit der Berliner Bevölkerung einig und spricht die Erwartung aus, daß schließlich auch in der Berliner Stadtverordnetenversammlung das Kunstinteresse des Volkes und der bestimmte Wille der Bürgerschaft über engherzige fiskalische Erwägungen den Sieg davontragen wird.“

Gewerkschaftliches.

Ein Kompromißvorschlag im österreichischen Gewerkschaftstreit.

In einer Broschüre „Krieg oder Frieden in den Gewerkschaften“, die Genosse Otto Bauer soeben im Wiener Parteiverlag erscheinen läßt, untersucht er die Möglichkeiten eines Kompromisses. Nach überzeugender Darstellung der unverantwortlichen Schädigung der Arbeiter durch den Gewerkschaftstreit in der Zeit des Wiederanbrechens der günstigen Konjunktur umgrenzt Bauer den unerläßlichen Generalisimus: Wirkungsbereich der Gewerkschaft ist das ganze Rechts- und Wirtschaftsgebiet, über Lohnkämpfe entscheidet für das ganze Reich die internationale Gewerkschaft, die Arbeiter des ganzen Reiches sorgen für Unterstützung der kämpfenden, Arbeitslosen- und Reisemittelstützung ist Reichssache. Es sei also, um die Separatisten, die der Streit zu lange gedauert hat und die Verbitterung irreparabel ist, in die Zentralverbände zurückgeführt werden unter solcher Erweiterung der nationalen Autonomie in den Verbänden, daß die aus der geschichtlichen Entwicklung zu begreifenden Empfindlichkeiten der Tschechen nicht mehr verletzt werden. In dem Organisationsentwurf Bauers wird bestimmt, daß der Verbandsvorstand vom unverändert bleibenden Verbandstag durch Verhältniswahl ernannt wird. Die Verbandsexekutive besteht aus den am Verbandssitz wohnenden Mitgliedern des Vorstandes. Die anderen haben in jeder ordentlichen Eregulierung Sitz und Stimme, aber wenn sie kommen, trägt ihre nationale Sektion die Kosten; während die Kosten der Teilnahme an den mindestens vierteljährlichen Gesamtvorstandssitzungen der Verband trägt. Die Sekretäre der Zentrale werden nicht von der Exekutive, sondern vom Verbandsvorstand oder vom Verbandstag gewählt. Andere Unterstützungsorgane, als Streik-, Arbeitslosen- und Reisemittelstützung, können den Unterabteilungen des Verbandes überlassen werden. Den zur Mehrheit tschechischen Verbänden wird empfohlen, den Sitz in tschechische Städte zu verlegen.

Der Verband gliedert sich in Kreise — meist entsprechend der Provinz. In Böhmen sollen ein tschechischer und ein oder mehrere deutsche Kreise gebildet werden. So das Land einen Verein bildet, teilt er sich in zwei nationale Sektionen. Organe des Kreises sind der Kreisrat, dessen Kreisratsschluß das vom Verband erhaltene und besetzte Kreissekretariat. Sind dem Kreise Unterstützungsorgane zur Regelung überlassen, so bedarf er zur Einhebung von mehr als ein Viertel der Verbandsbeiträge der Genehmigung des Verbandstages, in dringenden Fällen wenigstens des Vorstandes.

Die nationalen Sektionen des internationalen Reichsverbandes sind gebildet von allen Ortsgruppen der betr. Nationalität. Sprachlich gemischte Ortsgruppen gehören den betr. Sektionen an und führen die Sektionsunterlagen im Verhältnis der Mitgliederzahl der Nationen ab. Der Sektionsrat tritt unmittelbar vor dem Verbandstag zusammen; er wählt den Sektionsauschuss und bestimmt dessen Sitz. Das dortige Reichssekretariat ist zugleich Sektionssekretariat, weshalb die Sektion zu den Kosten beiträgt und ein Witterungsrecht für den Sekretär hat. Die Sektion gibt das betr. Fachblatt heraus und stellt im Einvernehmen mit dem Verbandsvorstand den Redakteur an. Bezeichnend ist Bauers Vorschlag, daß der Redakteur verpflichtet werde, alle Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes und der Verbandsexekutive zu veröffentlichen. Die Sektionen haben auch das Verhältnis zur Partei zu regeln, Subventionen für Parteizwecke zu gewähren. Auf internationalen Kongressen usw. vertritt jede Sektion durch ihre Delegierten den ganzen Verband. Die Sektion hebt Anzeigen ein.

Ähnlich soll die Gesamtorganisation aufgebaut werden. Von den Sekretären der Gewerkschaftskommission soll einer ein Deutscher, einer ein Tscheche sein. Die Landessekretariate sollen in Fragen der Lohnkämpfe der Generalkommission, in solchen der Bildungsarbeit der nationalen Sektion und in solchen der lokalen Agitation der Landesgewerkschaftskommission unterstellt sein. Die Gesamtorganisation bildet ebenfalls nationale Sektionen, die sich aus den nationalen Sektionen der Einzelverbände zusammensetzen. Die nationalen Gewerkschaftskonferenzen können nationale Exekutiven wählen, die das Gewerkschaftsorgan in ihrer Sprache herausgeben, das Bildungswesen regeln und die gewerkschaftliche Gesamtbewegung gegenüber der politischen Partei regeln. Sie können Sektionsumlagen einheben.

Bauer gibt sich keinen großen Hoffnungen hin, wenn sein Plan von den Streikenden als Grundlage einer Diskussion angesehen wird, genügt ihm das. Die Leser werden schon aus diesem Plan sehen, mit welchen, und schier unahnbaren Schwierigkeiten die österreichische Arbeiterbewegung unausgesetzt zu kämpfen hat.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Bauklemperer.

Am Montag wurde die Debatte über den Tarifentwurf fortgesetzt. Ein Antrag Rehberrg, dem Paragraphen 3 folgende Fassung zu geben, wurde gegen wenige Stimmen angenommen: „Der Mindestlohn beträgt mit Abschluß des Tarifs 77 1/2 Pf. pro Stunde, vom 1. April 1911 80 Pf. pro Stunde, und vom 1. April 1912 82 1/2 Pf. pro Stunde. Für Jungausgelernte kann der Lohn geringer sein, jedoch im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit nicht unter 65 Pfennig usw.“ Ein weiterer Antrag Rehberrg, den Paragraph 8, der den Transport des Werkzeuges betrifft, ganz zu streichen, wird gegen ungefähr 10 Stimmen angenommen. Den übrigen Punkten stimmte die Versammlung debattelos zu. Als Ersatz für ein ausgeschiedenes Mitglied der Agitationskommission wird Weingärtner gewählt.

Die streikenden Schmiede

versammelten sich am Dienstagmorgen wieder bei Voelker in der Weberstraße. Siering stellte sofort fest, daß die Berichte in den bürgerlichen Zeitungen mit dem Sachverhalt nicht übereinstimmen. In der Sonntagsversammlung bei Freher waren etwa 1000 Schmiede anwesend, die große Mehrzahl derselben waren Innungs-gesellen, wie es sich bei diesem Streik überhaupt nur um die bei Innungsmeistern beschäftigten Gesellen handelt. Am ersten Tage des Streiks gewann die Bewegung weiteren Umfang, indem es in verschiedenen Betrieben gelang, die Arbeitenden herauszulassen. Wieder meldeten mehrere Meister bei dem Verbandsrat, daß sie die Forderungen bewilligen und die verlangte Unterchrist leisten wollen.

Eine Schmiedemeisterversammlung, zu der die Meister in starker Zahl erschienen waren, fand am Montagabend bei Meister in der Köpenicker Straße statt. Die Meister beratschlagten eifrig, wie der Streik zu beenden sei. Die einzelnen Meister sollten vor allen Dingen die Zahl der Streikenden angeben (1906 wurden sogar die Namen der Streikenden verlangt). Eine Aussparung wurde ebenfalls vorgeschlagen, aber abgelehnt. Die größte Sorge war, sich die Kunden zu erhalten. Ein Vorschlag ging dahin, daß der eine Meister dem andern die Gesellen borgen sollte. Der Generalsekretär Rasse war anwesend und gab beruhigende Erklärungen ab, die sich aber mit den Ansichten, die er den Vertretern der Arbeiter gegenüber geäußert hatte, nicht decken. Ganz im Ernst wurde darüber beraten, wie die Innung alle Gesellen verlagern könnte. Der folgende Brief an einen Streikenden zeigt, wie die Meister sich das denken:

Herrn R. R.!

Erzuche Sie hierdurch, entweder morgen früh bei mir zur Arbeit anzutreten oder sich Ihre Papiere und Sachen abzu-

holen. Bemerte aber hierbei, daß diejenigen Gesellen, welche einmal ihre Arbeit bei mir niedergelegt, auf eine Einstellung bei mir niemals mehr zu rechnen haben, mag der Streik ausfallen wie er will.

Achtungsvoll
Gustav Fischer.

P. S. Sollten Sie sich Ihre Papiere abholen, so wollen Sie gefl. gleich die W. 3,300 o r i s i b l i c h e n T a g e s h o n o r a r, welche ich laut Gewerbeordnung berechnigt bin von Ihnen zu fordern, dafür, daß Sie ohne genügenden Grund heute früh der Arbeit ferngeblieben sind, mitbringen, anderenfalls ich diesen Betrag einlagern möchte.“

In der Versammlung der Streikenden wurde dieser Brief mit stürmischer Heiterkeit aufgenommen.

Siering machte noch darauf aufmerksam, daß auch die Zeugnisse, die manche Meister mit dem Vermerk ausgestellt haben, daß der Geselle wegen Streikens entlassen sei, gesetzlich nicht zulässig sind.

In bürgerlichen Zeitungen werden Schmiede, natürlich als Streikbrecher, gesucht, auch aus Ostpreußen und Schlesien will man Arbeitskräfte heranziehen. — Einstimmig sahen die Meister in ihrer Versammlung den Beschluß, sich auf keine Unterhandlungen mit der Organisation einzulassen, obgleich der Bericht über die Arbeitsvermittlung in der Mulackstraße recht lässig ausgefallen war und manche Meister nicht wissen, wie sie sich behelfen sollen. Der eine ließ sogar einen Soldaten, der auf Urlaub nach Hause gekommen war, als Streikbrecher arbeiten. — Jedenfalls sind die Schmiedegesellen gelassen, den Kampf energisch fortzuführen.

Den Streikenden wurde von der Zeitung geraten, sich sofort bei der Innungskrankenkasse als freiwilliges Mitglied anzumelden, um in einem Krankheitsfalle die Unterstützung nicht zu entbehren.

Ein Tarifvertrag der Zuschneider der Herrenkonfektion.

Am Jahre 1907 kam in der Herrenkonfektion Berlins ein Tarifvertrag für die Zuschneider zustande, der nur unter der Bedingung hinbende Kraft erhalten sollte, daß bis zum September desselben Jahres ein bestimmter Prozentsatz der Firmen ihn unterschrieben anerkannt hatten. Da damals ein allzu großer Teil der Zuschneider den Wert der Organisation noch nicht erkannt hatte, gelang es nicht, die nötige Zahl von Unterschriften zusammenzubringen, und somit scheiterte das Bestreben, eine allgemeine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchzuführen. Allzu viele Zuschneider hatten sich dem Wahn hingeegeben, daß sie sich in gesicherter Lebensstellung befänden und auf Grund ihrer persönlichen Tüchtigkeit auch ohne Tarif immer einen auskömmlichen Lohn verdienen würden. Als jedoch bald darauf die wirtschaftliche Krise hereinbrach, die von Arbeitgebern zu Lohndrückereien ausgenutzt wurde, da kamen die Zuschneider mehr und mehr zu der Erkenntnis, daß es doch besser gewesen wäre, wenn sie beizeiten für einen festen Tarifvertrag gesorgt hätten. Inzwischen haben sie sich in größerer Zahl als je der Organisation, dem Schneiderverband angeschlossen, um zu günstiger Zeit das damals verfallende nachzuholen. Dieser Zeitpunkt schien jetzt gekommen, und die Tatsache, daß die Herrenkonfektionsschneider in diesem Jahre mit ihrer Lohnbewegung recht gute Erfolge und ansehnliche Lohnsteigerungen erzielten, war für die Zuschneider umso mehr ein Ansporn, nun einmal mit voller Kraft vorzugehen. Wählten sie, die nicht nur das Schneiderhandwerk gelernt hatten, sondern sich obendrein unter Aufwand von nicht geringen Opfern an Zeit und Geld eine Art akademischer Ausbildung verschaffen, doch damit rechnen, schließlich in ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen hinter den Konfektionsschneidern zurückzulassen. Vor etwa 14 Tagen hat die Branchenleitung der Zuschneider einer Reihe von Firmen einen Tarifentwurf vorgelegt, der dieselben Forderungen einhielt, wie der gescheiterte Tarif von 1907. Zwölf Firmen fanden sich zu gemeinsamen Verhandlungen mit der Kommission der Zuschneider bereit. Die Verhandlungen haben in der verflochtenen Woche stattgefunden und zum Abschluß eines Tarifvertrags geführt.

Am Montag fand bei Schulz am Königsgraben eine außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung der Zuschneider und Zuschneiderinnen statt, in der Verbandsvertreter Pirrus über die Verhandlungen und ihr Ergebnis berichtete. Die Arbeitgebervertreter hatten sich in der ersten Sitzung, am vorigen Dienstag, der geforderten Lohnsala gegenüber durchaus ablehnend verhalten. Sie erklärten wohl, daß 30 Mk. Wochenlohn das mindeste sein müsse, was man einem Zuschneider als Anfangslohn bieten könnte, wollten sich aber durchaus nicht verpflichten, nach 3 Monaten der Tätigkeit in der Branche 32 Mk., nach 6 Monaten 34 Mk., nach 1 1/2 Jahren 37 Mk. und nach 3 Jahren 39 Mk. als Mindestlohn anzuerkennen. Die Sitzung verlief ergebnislos. Die Zuschneider, die bei mehreren Firmen ihre Stellen schon gekündigt hatten, um wenn nötig die Arbeit einzustellen, kamen zusammen, berieten über die Lage und beschloßen einstimmig, die Forderungen aufrechtzuerhalten. Die Tarifverhandlungen wurden am Donnerstag fortgesetzt, und nun fanden sich die Arbeitgeber, wenn auch erst nach langem Widerstreben, bereit, die Lohnsala anzuerkennen, unter der Bedingung, daß man ihnen bei andern Punkten des Tarifs Entgegenkommen zeige. Die Löhne wurden also, wie oben angeführt, festgesetzt. Ferner wurde vereinbart, daß alle, die 39 bis 44 Mk. Wochenlohn haben, eine Lohnzulage von 2 Mk. erhalten, jedoch unter der Bedingung, daß, wo der Lohn seit Mitte Dezember 1909 erhöht worden ist, diese Lohnsteigerung von den 2 Mk. abgezogen wird. Diejenigen Zuschneider, die 45 Mk. oder höheren Lohn haben, sollen sich einzeln an ihre Chefs wenden und dann ebenfalls mit einer Aufbesserung bedacht werden. Für die folgenden Tarifjahre ist eine weitere Lohnzulage von jährlich 1 Mk. vereinbart. Die Arbeitszeit ist eine einstündige Pause einberechnet, auf 10 Stunden festgesetzt. Die eigentliche Arbeitszeit darf also auf keinen Fall mehr als 9 Stunden ausmachen, und wo schon eine kürzere besteht, darf sie nicht verlängert werden. Ueberstundenarbeit soll mit 1 Mk. die Stunde bezahlt werden. Sonntagsarbeit ist überhaupt nicht zulässig. Wer ein Jahr im Geschäft tätig ist, soll unter Fortzahlung des Lohnes mindestens 8 Tage Ferien im Jahre erhalten. Der Tarif soll mit dem 1. Juli dieses Jahres in Kraft treten und bis zum 1. Juli 1913 Geltung haben. Wird er nicht 3 Monate vorher gekündigt, so gilt er allemal auf ein weiteres Jahr. Zur Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Tarif wird ein Schiedsgericht von Vertretern beider Parteien eingesetzt. Zuschneidernuntersitzeln hat der Arbeitgeber unentgeltlich zu liefern.

Der Tarifvertrag ist bis jetzt von 14 Firmen anerkannt. Es gilt nun, ihn auch bei allen andern in Betracht kommenden Firmen zur Anerkennung zu bringen. Dabei kann natürlich nicht mehr mit den betreffenden Arbeitgebern über die einzelnen Positionen des Tarifs lang und breit verhandelt werden, sondern der Tarif muß überall so durchgeführt werden, wie er aus den Verhandlungen mit den Vertretern der Konfektionäre hervorgegangen ist, und als das mindeste dessen gelten, was zu bewilligen ist. Firmen, die sich weigern, den Tarifvertrag anzuerkennen, müssen auf Arbeitsniederlegung gesetzt sein.

Der ganze Verlauf der Versammlung betriebs, daß die Zuschneider Berlins diesmal alles aufbieten werden, um die allgemeine Anerkennung des Tarifs durchzusetzen. Sie sind dabei in vollem Maße der Unterstützung des Schneiderverbandes sicher. Vor Zugang von Zuschneidern nach Berlin muß vorläufig, solange die Lohnbewegung nicht beendet ist, gewarnt werden.

Achtung, Meister! Die Firma J. Schneider, Walsereigeschäft, Gölz-Bündental, führt zurzeit die Renovierungsarbeiten in der katholischen Kirche in Charlottenburg, Lühower Straße aus. Da obengenannte Firma die rechtserkennenden Bestimmungen nicht einhält, so ist dieselbe bis auf weiteres gesperrt.

Das Ortstarifamt der Kaiser Berlin.

E. Kruse H. Riech.

Obmann der Arbeitgeber. Obmann der Arbeitnehmer.

Deutsches Reich.

Die Breslauer Maurer, die ursprünglich wegen der geringen

vormittag in geheimer Abstimmung für Wiederaufnahme der Arbeit gestimmt.

In der englischen Gasanstalt zu Frankfurt a. O. d. N. e i m war in dem größten der drei Werke ein Abwehrstreik ausgebrochen. Veranlassung dazu gab die Vorkriegsregelung von fünf Arbeitern. Auf Veranlassung des Gemeinderates vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und der Entlassenen erklärte der Direktor Dr. o. r. n., daß er für niemand zu sprechen sei, setzte sich in seine Kutsche und fuhr davon. Daraufhin nahmen die Arbeiter des Werkes in einer überfüllten Versammlung zu der Angelegenheit Stellung. Alle Redner traten für die sofortige Arbeitsniederlegung ein. Am Sonntag früh legten dann von etwa 170 Beschäftigten bis auf 10 bis 12 ältere Leute sämtliche Arbeiter die Arbeit nieder. Die Verwaltung hatte inzwischen versucht, die Leute zu halten, der Direktor kam noch nachts 12 Uhr ins Werk gefahren. Es war aber alles vergebens, die Entrüstung der Arbeiter, die jahrelang durch Gewaltmaßnahmen eingeschüchert wurden, war zu groß.

Nachdem sich der Direktor Dr. o. r. n. vergeblich bemüht hatte, den Betrieb mit 40 Soldaten aufrecht zu erhalten, gab er nach. Die Zugeständnisse, die den Gewerkschaften gemacht werden mußten, sind sehr bemerkenswert. Der Arbeiterausschuss wurde anerkannt, dergleichen die freien Gewerkschaften und der christliche Verband als vertragschließende Parteien. Die Direktion hat auch zugestanden, daß spätestens am 1. Januar 1911 die achtstündige Arbeitszeit eingeführt werden soll. Am Sonnabend und an den Abenden vor Feiertagen wird eine Stunde früher geschlossen. Außerdem wurde eine sofortige Lohnzulage von 30 Pf. pro Schicht bewilligt. Bemerkenswert ist, daß auch die christlichen Arbeiter mit den freien Gewerkschaften Hand in Hand gegangen sind und sich allen Anordnungen gefügt haben.

Eine geborstene Ordnungssäule.

Dr. Wagner, kaufmännischer Direktor der berühmten Durbacher Hütte, Leiter der Werkskonsum-Einkaufsgenossenschaft, Gründer und Leiter des gelben Hüttenvereins und Stadtverordneter der Großstadt Saarbrücken, für den Stadtbezirk Durbach, ist plötzlich seines Amtes als Direktor entsetzt worden und hat auch sofort den saarabischen Staub von seinen Füßen geschüttelt. Lieber die Ursache, weshalb die Herren „Vroigeber“, die sämtlich im Auslande wohnen, ihren Direktor so knall und fall zum Teufel jagten, ist etwas Bestimmtes noch nicht bekannt, doch soll die Finanzgebarung Dr. Wagners den Anlaß dazu gegeben haben. Es geht das Gerücht, daß auch der Generaldirektor Weisbrock „fallen“ werde. Herr Dr. Wagner war der politische Drahtzieher der Durbacher Schachtmacher und stand auf dem Standpunkt des bekannnten Dr. Tille; er war ein tüchtender Bekämpfer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, wobei er keinen Unterschied zwischen „Christlichen“ und „Achristlichen“ machte. Manche scharfmacherischen Artikel in dem Durbacher und wohl auch in dem Böllinger Hüttenblättern hat er geschrieben und war dazu ein Mitarbeiter des Herrn — Rudolf Lebius! Dr. Wagner und Rudolf Lebius standen in direktem Briefwechsel, das belegt genug. Er hat einige Jahre Reichsverbandstagung betrieben und durch seine geistige Ueberlegenheit den Generaldirektor ganz beherrscht. Nun ist diese „Ordnungssäule“ geborsten, ist verduftet, vielleicht zu seinem Freunde — Rudolf Lebius.

Ausland.

Die österreichischen Gewerkschaften

und zwar die Zentralverbände haben 1909, in einem Jahre des Mitgliederverlusts für Reise-, Arbeitslosen- und Reisemittelstützung 2 270 000 Kr., für Streiks und Aussparungen 2 248 000 Kr., für Unterstützungen überhaupt 5 040 500 Kr. ausgegeben. Streikgelder müssen nach der österreichischen Gesetzgebung gesondert von der sogenannten „freien Organisation“ eingehoben und verwaltet werden. Außerdem existiert bekanntlich der Solidaritätsfonds der Gewerkschaftskommission zu dem jeder Organisierte 5 Heller pro Monat beiträgt, und der gegenwärtig 2,6 Millionen beträgt. — Insgesamt wurden 45 Proz. der Gesamteinnahmen für Unterstützungen (ohne Streik- und Gemahregelunterstützung) ausgegeben. 11,4 Prozent für die Fachpresse, 9,6 Proz. für Agitation und Organisation und 18,5 Proz. für persönliche und sachliche Verwaltungskosten. Zwei Verbände, die der Buchdrucker und Metallarbeiter, haben ein Vermögen von mehr als einer Million. Die Vereinnahmungen betragen pro Mitglied und Jahr zwischen 15,4 und 89 Kronen, die durchschnittliche Ausgabe pro Kopf und Jahr 19,89 Kronen. Die Mitgliederabnahme hat eine Zunahme des Durchschnittsvermögens um 2,84 Kronen auf 23,88 Kronen pro Kopf zur Folge gehabt.

Die Fachpresse umfaßt 50 deutsche, 85 tschechische, 10 polnische, 5 italienische, 3 slowenische und 1 ruthenische Fachblatt. Die deutschen Gewerkschaftsblätter haben eine Gesamtauflage von 318 700, die tschechischen von 118 380 Stück.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Bewegung im Baugewerbe.

Königsberg i. Pr., 28. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei den heutigen Tarifverhandlungen für das Baugewerbe in Ostpreußen weigerten sich die Unternehmer für Allenstein, Nassenburg, Hartenstein, Heilsberg, Braunsberg und Osterode, den Schiedspruch bezüglich der Lohnhöhe anzuerkennen.

Die Verhandlungen für diese Orte sind demnach gescheitert.

Die Wolffs Telegraphenbureau aus Hamburg und Leipzig erfahren haben will, wird auf Veranlassung des Reichsamts des Innern morgen nachmittag im Reichsamt des Innern unter Leitung des Herrn Geheimrat Dr. Wiebfeldt und des Gerichtsdirektors Dr. Brenner-München eine Besprechung mit sämtlichen Zentralvorständen über die Beilegung der noch schwebenden Differenzen stattfinden.

Stadtverordnetenwahlen.

Frankfurt a. M., 28. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei den heutigen Stadtverordnetenwahlen in den neu eingemeindeten Vororten hat die Sozialdemokratie von neuen Mandaten vier erobert. In 3 Bezirken stehen die Sozialdemokraten mit dem Freisinn im Stichwahl.

Fortsetzung der Interpellationsdebatte.

Paris, 28. Juni. (W. L. B.) Die Deputiertenkammer beendet heute die Beratung der Interpellationen über die allgemeine Politik. Präsident Brisson teilte darauf mit, daß mehrere Tagesordnungen eingegangen seien. Ministerpräsident Briand erklärte, die Regierung nehme nur die von Andre Hesse eingebrachte Tagesordnung an, in der es heißt: Die Deputiertenkammer, treu der traditionellen Politik der republikanischen Partei, billigt die Erklärungen der Regierung und hat das Vertrauen zu ihr, daß sie das Best der drei letzten Legislaturperioden fortsetzen wird. Verteiler sprach hierauf sein Bedauern darüber aus, daß der Ministerpräsident nicht die von ihm im Namen der beiden bedeutendsten Gruppen des Hauses vorgelegte Tagesordnung angenommen habe, die, ohne die Erklärungen der Regierung zu billigen, doch der Regierung das Vertrauen ausspreche. Redner sagte weiter, er und seine Freunde könnten nicht alle Erklärungen des Ministerpräsidenten billigen. Briand strede am Vorabend der Wahlen für die Generalräte den Progressisten, die das Best der Majorität bekämpften, die Hand entgegen.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Allgemeiner Fürsorgeerziehungstag.

Im großen Saale der Philharmonie trat am Montagabend der von der freien Konferenz der Berufsarbeiter und Freunde des Fürsorgeerziehungswesens einberufene allgemeine Fürsorgeerziehungstag zusammen.

Das vor zehn Jahren erlassene preussische Gesetz über die Fürsorgeerziehung ermöglichte es bereits einzugreifen, wo es sich um Verhütung der Verwahrlosten handelt, während die Anwendung des frühern Gesetzes eine bereits begangene Straftat zur Voraussetzung hatte.

An diesen sozialer Auffassung und gerechter Würdigung recht fernstehenden Vortrag schlossen sich eine Reihe weiterer Mitteilungen über den Stand der Fürsorgeerziehung in Mecklenburg, Rheinland und Hannover.

In der Sitzung am Dienstag begrüßte Ministerialrat Krause-Mecklenburg als Vertreter des Großherzoglichen Justizministeriums die Tagung. Bei der gesunden ländlichen Bevölkerung Mecklenburgs lämen Fälle von Verwahrlosung nur ganz vereinzelt vor.

„Unsere Wünsche zum Entwurf der Strafprozess- und Strafrechtsreform hinsichtlich der Fürsorgeerziehung“.

Er führte aus: Wenn gleich die Straffähigkeit der Jugend schon länger als ein nicht nur strafrechtliches, sondern vielmehr fürsorgeerziehliches Problem erkannt war, so war es doch nach der bisherigen Gesetzgebung den gegen kriminell gewordene Jugendliche erkennenden Richtern nicht möglich, in Konsequenz dieser Erkenntnis nun auch die strafrechtliche Behandlung der Gesetzübertreter in organische Verbindung mit der Erziehungs- und Fürsorge zu setzen.

Kleines feuilleton.

Dem edlen Rennsport. Was alle Jahre für die Tierlieberei herausgibt wird, die unter dem Namen Pferderennen Luxus- und Spielbedürfnisse dient, erfährt man aus dem Jahres-Kalender für Deutschland.

Der ganze Erfolg dieser verrückten Rennerei, zu deren Rechtfertigung immer die Verbesserung der Pferderassen durch Vollblutzuucht herhalten muß, ist — ein weiterer Rückgang der Vollblutzucht.

Ein neues Goldland in Kanada. In Kanada will man ein neues Goldland entdeckt haben. Die Nachricht wurde von einem in Toronto lebenden Berichterstatter der „Times“ nach London telegraphiert.

Über den Verfallungen im Erwerbsleben noch fehlt oder stark vermindert ist. Diese Forderung nach weiterem Hinauschieben der Strafmündigkeit kann zurückgestellt werden, wenn im Strafgesetzbuch eine möglichst treffende Umschreibung des Begriffs der strafrechtlichen Zurechnungsfähigkeit gewählt wird und die Bestimmungen des Entwurfs über die Abgrenzung von Strafe und Erziehung Gesetz werden.

Raffen die Arbeit niederlegten, um nach dem neuen Goldlande zu ziehen. Die Stadt Stewart selbst ist von ihren Bewohnern verlassen worden: sie haben sich alle zu dem Orte begeben, wo der goldhaltige Quarz gefunden worden ist.

Mahnahmen am Platze sind. Direktor Blum von der Erziehungsanstalt in Hamburg betonte nachdrücklich, daß die Staatsanwaltschaft diese Entscheidung gar nicht treffen könne und regte die Errichtung eines Erziehungsrates oder eines Erziehungsamtes an, das den Vormundschaftsgerichten anzuschließen sei und das dann die Entscheidung zu treffen habe.

Schließlich wurde die ganze Materie dem geschäftsführenden Ausschuss übergeben, der sie weiter verfolgen und die Wünsche des Erziehungsstages an geeigneter Stelle zur Sprache bringen soll.

Hierauf wurden drei von dem Vorstand vorgelegte Resolutionen angenommen. In der ersten fordert der allgemeine Fürsorgeerziehungstag seine Mitglieder und Freunde auf, für eine solche Verbesserung des Fürsorgeerziehungsgesetzes zu wirken, wie sie der preussische Minister des Innern im Herrenhaus in der Sitzung vom 31. Mai 1910 in Aussicht gestellt hat.

Heute geht voraussichtlich die Tagung zu Ende.

Frau von Schönebeck vor den Geschworenen.

(19. Verhandlungstag.)

Verdächtig bemerken wir zu unserem gestrigen Bericht, daß es in dem telegraphisch uns übermittelten Gutachten des Sanitätsrats Dr. Stoltenhoff heißen muß: Deshalb ist jedoch nicht jeder Homosexuelle als geistig krank zu betrachten.

Die Angeklagte hatte am Montagmorgen in ihrem Hotel einen schweren Krampfanfall. Auch in der Dienstag-Sitzung wurde sie wiederholt von Anfällen heimgesucht, die teilweise Bausen von einer halben und einer vollen Stunde erforderlich machten.

Zu Beginn der Sitzung teilt der Vorsitzende mit, daß der Oberstleutnant a. D. Böring, der bereits als Zeuge vernommen war, gebeten hat, den Gutachten und Klaidopers beizuhören zu dürfen. Die Verteidigung wendet sich dagegen. Der Vorsitzende betont, der Prozeß sei doch in psychologische Hinsicht für jeden, der sich für kriminalistische Fragen interessiert, von großer Bedeutung.

Ein Zeuge vom Hörensagen. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wird ein Rechtsanwalt Schöne aus Berlin über den Leumund der Zeugin Neubauer vernommen, wiewohl die Verteidigung dagegen protestiert, weil keine Tatsachen mitgeteilt sind, über die der Zeuge sich äußern soll.

es sich um die Erziehung ihrer Kinder handelt. Eines Tages — so berichtet der Gewährsmann des „Japan Magazine“ — weilte ich als Gast in einem elenden kleinen Dorfweitortsaufe. Der Gastwirt knüpfte mit mir eine Unterhaltung an und erzählte mir, daß er seine Kinder in England erziehen lasse.

Humor und Satire.

Hamburg und Longchamp.

Was wäzt das Volt? ... Das Pferdchen rennt! In Longchamp „Ruage“; in Hamburg „Orient“.

In Longchamp schlug unter Jubelgeheule Der gallische Gaul zwei britische Gänse.

Der Preis für Köffer, die so schlau sind? Hier hunderttausend, dort dreihunderttausend.

Ein Pyriker feuzt. Er fragt sich betrübt, Ob's eine Seelenwanderung gibt.

Künftig als Pferd auf die Welt zu kommen.

(Gottlieb im „Tag“.)

Notizen.

Theaterchronik. Im Lessingtheater wird die „Rajenerluft“ auch während des ganzen Juli aufgeführt.

Der italienische Astronom Schiaparelli, dem wir besonders Sternschnuppen- und Marsforschungen verdanken, ist in Mailand unter Lähmungserscheinungen schwer erkrankt.

Sulkanause in Sizilien. Auf Veranlassung der sizilianischen Abteilung des italienischen Alpenklubs wurden dieser Tage mehrere neue Vulkanpfeile, die sich während der letzten seismischen Erschütterungen und während des Ausbruchs des Vulkans auf Sizilien gebildet haben, feierlich gelauft.

der Neubauer und kenne sie seit Anfang 1908. Sie ist vorbestraft. Bei der Uebernahme der Vormundschaft bin ich vom Vormundschaftsrichter darauf aufmerksam gemacht, daß die Neubauer mit große Schwierigkeiten machen werde. Sie hatte Alimentationsansprüche gegen die Eltern eines Offiziers in Dispenz erlassen. Es war ein Vergleich zustande gekommen, den die Eltern aber nur deshalb abgeschlossen hatten, weil die Neubauer eidesstattlich versichert hatte, sie habe in der fraglichen Zeit nur mit dem betreffenden Offizier verkehrt. Der Vergleich war aber rechtsungültig, weil die vormundschaftsrichterliche Genehmigung fehlte. Der Prozeß ging verloren. Einmal setzte sie einem Leutnant ihr Kind vor die Tür und belästigte Offiziere vor der Kruppe. Sie wollte gegen einen andern Offizier klagen. Ich lehnte das ab. In der Hedemannstraße wohnte sie in einem Absteigergewerbehöflicher Sorte, in dem besonders homo-sexuelle, auch Offiziere, verkehrten. Als die Verteidigung hervorhebt, der Zeuge spricht ja nur vom Hörensagen, aber nicht aus eigener Wissenschaft, vergleicht die Staatsanwaltschaft auf das Zeugnis.

Gutachten des Dr. Strauch.

Auf Befragen: Göben war meines Erachtens bis zum 8. Januar 1908 geisteskrank. Das war der Tag, an dem er an Herrn Thier schrieb: Heute beginnt der Baum zu welken, heute muß ich glauben, daß sie mich überhaupt nicht geliebt hat. Das

Gutachten des Medizinalkollegiums in Königsberg

vom 25. November 1908 kommt zur Verlesung. Er gelangt zu folgendem Schlussergebnis: Bei Frau v. Schönbach sind zurzeit Zeichen einer organischen Erkrankung des Zentralnervensystems nicht nachweisbar. Vielmehr besteht bei ihr von Jugend an Hysterie, neben der deutliche psychische Störungen einhergehen, die zur Zeit der ihr zur Last gelegten Handlung, Ende 1907, einen solchen Grad erreicht hatten, daß sehr wahrscheinlich die Voraussetzungen des § 51 des Reichsstrafgesetzbuches zutreffen.

Das Ergebnis des Gutachtens über den Hauptmann von Göben geht dahin, daß dieser zwar in mancherlei Hinsicht als ein abnormer, mindertwertiger Mann anzusehen sei, daß er jedoch nicht geistig unzurechnungsfähig sei und daß deshalb der Schutz des § 51 St.-G.-B. auf ihn nicht zutreffen könne.

Professor Dr. Mayer-Königsberg

führt aus, dies Gutachten muß ich nicht nur aufrecht erhalten, sondern bin noch der vierwöchentlichen Verhandlung genötigt, noch darüber hinauszufragen, die Geisteskrankheit der Angeklagten ist bei mir zur Gewissheit geworden. Der Vater der Angeklagten war in Geisteskrankheit verfallen. Auch soll ein Vetter mütterlicherseits Selbstmord verübt haben. Sicher leidet die Angeklagte unter erblicher Belastung. Neurose und körperliche Störungen sind beobachtet und bekundet. Wenn in Anknüpfung an einen Bericht über eine Berliner Gerichtsverhandlung, in der epileptische Krämpfe vor Gericht simuliert sind, ein Geschworener gefragt hat, ob Krämpfe sich vordrängen lassen, so kann ich erklären: Vor Zeiten epileptische Krämpfe vorzumachen, ist nicht so sehr schwer. Ich kenne einen Fall, in dem jemand Seife in den Mund nahm, um Schaum vorzumachen. Hysterische Anfälle vorzutäuschen, ist aber ausgeschlossen, namentlich in Gegenwart von Ärzten. Wir haben ja die Anfälle gesehen. Es traten da Erscheinungen und organische Störungen ein, die sich nicht vortäuschen lassen. Was Herden in einem vielen bekannten Artikel über willkürliche Herbeiführung von Pulsbeschleunigung und Pulsstörung bei dramatischen Pöbeln schreibt, ist unzutreffend. Noch wichtiger als die körperliche Störung ist der Stimmungswechsel, die Reizung zu Ueberreizungen, die große Willensschwäche und die Beeinträchtigung der Angeklagten. Das Dr. Gerster eine Wachsuggestion mit ihr hat vornehmen können, spricht von einer ganz ungemeinen Beeinträchtigung ihres Willens. Die Ueberreizungen, das Spielen mit dem Selbstmord ist etwas Krankhaftes. Charakteristisch für die Unklarheit und den Stimmungswechsel und das Krankhafte der Angeklagten ist auch ein Brief, der in dem Schreibstisch ihres Mannes vorgefunden wurde. In fortwährenden Wiederholungen heißt es da: Ich bin unglücklich, ich bin wahnsinnig, wahnsinnig. Dann kommen einzelne Sätze, schließlich geht der Brief in Getrübtes über. Bei der Angeklagten handelt es sich um schwere Hysterie und schwere körperliche und seelische Störungen. Infolge dieser Störungen kommt der Verstand gar nicht mehr zum Wort. Sie ist ein Weib im Sinne. Auch das Sexualleben ist ein Glied in der Kette der hysterischen Krankheitserscheinungen. Auf Grund der Verhandlung, auf Grund vor allem der ärztlichen Aussagen möchte ich feststellen, daß begründete Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit der Angeklagten schon für die Zeit bestanden, als sie mit Hauptmann von Göben überhaupt noch nicht in Berührung gekommen war. Zur Zeit der Tat trat bei der Angeklagten dann noch die Person Göbens hinzu. Göben war nach meiner Ueberzeugung krank, aber nur vermindert zurechnungsfähig, nicht krank im Sinne des § 51 Strafgesetzbuches (unzurechnungsfähig). Das Zusammenreffen mit Göben brachte für die Angeklagte schwere seelische Erschütterungen und brachte sie völlig aus dem Gleichgewicht. Es lag eine Art Hypnose vor. Während das schriftliche Gutachten nur von einer Wahrscheinlichkeit einer Zurechnungsfähigkeit der Angeklagten spricht, muß ich jetzt mit voller Gewissheit auf Grund der Hauptverhandlung und der Verhandlungen der Ärzte zu dem Schluß kommen, daß die Angeklagte zur Zeit der ihr zur Last gelegten Handlung im Sinne des § 51 in einem Zustand krankhafter Störung der Geistestätigkeit befand, durch die ihre freie Willensbestimmung ausgeschlossen war. Nach meiner Ueberzeugung bedarf die Angeklagte dringend der Entmündigung und der Anstaltspflege. Auf Befragen erklärte der Sachverständige noch: Die Angeklagte halte ich auch jetzt noch für geisteskrank in demselben Sinne, wie vor dem Zusammenreffen mit Herrn v. Göben, so daß ihre strafbare Handlungen nicht zur Last gelegt werden können.

Professor Dr. Puppe-Königsberg: Vom ersten Schritt des heranwachsenden Mädchens an bis zu der Zeit kurz vor der Straftat zeigt sich als Gesamtbild etwas, was sich keineswegs zusammenfassen läßt zu dem Bilde einer schweren Hysterie. Nun ist die Frage: Besteht ein Unterschied zwischen der Zeit nach Kortau und der Zeit vor den Straftaten? Da muß ich sagen: es besteht kein Unterschied. Dieselbe Persönlichkeit mit denselben Anfällen und Zuständen tritt uns auch nach Kortau noch entgegen. Die Frage ist, ob dieser Zustand durch eine Erziehung im Elternhause oder durch Selbstsucht hätte gemindert oder vermieden werden können. Eine Beeinflussung durch Selbstsucht oder Erziehung ist bei solchen Zuständen außerordentlich schwer. Wir müssen uns davor hüten, in dem Zustand der Angeklagten etwas Selbstverschuldetes oder gar Selbstverderbliches zu sehen. Es steht eine Kranke vor uns, und wir müssen sie messen mit dem Maßstab des Arztes. Eine Kranke darf nicht gemessen werden mit dem Maßstab unserer Moral, sie muß gemessen werden, wie der Arzt sie wertet. In dieser Person kommt nun ein schwerer Psychoth. Göben war ein eigenartiger Mensch, und ich muß sagen, seine Persönlichkeit war die erschütterndste, die mir bis dahin überhaupt vor Augen gekommen ist. Obwohl er an der rechten Körperhälfte weniger entwickelt war, brachte er es durch seine enorme Energie ziemlich weit. Dieser Mensch begehrt nun am 25. Dezember die Tat. Er glaubt ein gutes Werk zu tun. Aber im Gefängnis bricht er unter der Wucht der Beschuldigungen zusammen. Auch Göben ist erdlich belastet. Wie oft erleben wir es, daß sich Personen, die von der Norm abweichen, geradezu wie Magneten gegenseitig anziehen. Eine solche Anziehung von psychopathischen Persönlichkeiten sehen wir auch hier. Aus der Vereinigung und aus der Gegenseitigkeit der beiden kommt nun etwas heraus, was nicht als gut und erwünscht anzusehen ist. Bei Göben sehen wir den besonders stark entwickelten Willen, Gesetze mit Phantasie. Er hilft anderen, aber er tut es nicht aus reiner Nächstenliebe, sondern er hilft damit einen Teil des Reizhungers, wie wir es bei Psychoth. oft finden. Es ist ihm ein psychisches Bedürfnis, wenn er Unbilligkeiten begehen kann. Für pseudologia phantastica habe ich bei ihm keine Anhaltspunkte. Auch wenn er einmal die Unwahrheit gesagt hat, ein pathologischer Lügner ist er deshalb noch nicht. Ein pathologischer Lügner liegt ohne Grund, das hat Göben nicht getan. Es ist nun psychologisch

außerordentlich interessant, zu sehen, wie die Annäherung der beiden Kranken erfolgt. Die Sucht Göbens, anderen zu helfen, ist für sie ein Anreizpunkt, sich an ihn zu wenden. Dafür dankt er ihr überschwänglich. Nun entwickelt sich die Liebe, aber es ist keine normale Liebe wie bei normalen Menschen, sondern es ist eine krankhafte Liebe. Die Liebe findet eine weitere Steigerung in den Befreiungsplänen. Es ist interessant, die Angestellte dabei zu beobachten. In dem einen Moment will sie etwas, und im nächsten Moment will sie es wieder nicht. Sie hat Gift in Händen, das genügt, um 250 Personen zu töten, aber sie benutzt es nicht zu der Tat. So sehen wir bei Göben die Haltlosigkeit des Psychoth. Ebenso am nächsten Tage. Auch am 31. Dezember sehen wir an ihr einen Zustand der Verwirrtheit, der einige Tage andauert. Am 15. Januar schreibt sie einen vernünftigen Brief, aber am nächsten Tage schon wieder kann sie keinen zusammenhängenden Satz mehr sprechen, und am 21. Januar muß sie als Geistesranke in die Irrenanstalt nach Kortau. Die Zurechnungsfähigkeit Göbens schloste sich nicht aus. Gewiß, er ist erheblich belastet, er ist irgendwo befehl. Aber ich bin der Ansicht, daß er sich bei der Begehung der Tötung des Majors v. Schönbach in einem Zustand befunden hat, den ich als Illusion bezeichnen möchte. Das ist der Kronkranke Göbens. Ich erachte ihn insbesondere auch deshalb nicht als geisteskrank im Sinne des § 51 des Strafgesetzbuches, weil sein ganzes bisheriges Leben ein Leben der Tat und im wesentlichen auch ein Leben des Erfolges war, ein Leben, bei dem keinerlei nervöse Störungen vorhanden waren. Er ist ein Mensch, den wir absolut als geschäftsfähig im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches ansehen müssen. Anders steht es mit der Angeklagten. In ihr sehen wir von vornherein eine Kranke, eine Person, die an einer schweren hysterisch-seelischen Störung leidet, eine Person, deren Gefühlsleben so entartet ist, daß keine hemmende Vorstellung dagegen aufkommen kann. Bei ihr erachte ich § 51 des Strafgesetzbuches für vorliegend.

Es haben schon die Ärzte darauf hingewiesen, daß sie den Aufenthalt in einer geschlossenen Anstalt bei ihr für notwendig halten. Auch Geheimrat Lieben, der Referent der wissenschaftlichen Deputation in Berlin, hat sie als geisteskrank im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches angesehen und sich dafür ausgesprochen, daß sie entmündigt wird. Auch ich möchte mich dafür aussprechen, daß die Entmündigung bei der Angeklagten Platz greift. Bei ihrer Willensschwäche muß sie geschützt werden. Daher muß die Entmündigung durchgeführt werden. Ich bedaure, daß das nicht geschehen ist. Man hat von sexueller Hysterie Göbens gesprochen. Das ist nicht richtig. Es liegt hier gegenseitige Hysterie vor oder deutlicher gesagt, eine Erregung über Erregung. Er ist ein Mann des Willens gewesen, also hat er den überwiegenden Einfluß gehabt, und sie sagte sich ihm, er erwiderte in ihr sein sexuelles Ideal und sie in ihm den Mann des Willens, der auf sie den Reiz ausübte. Das ist erheblich für die Frage der Zurechnungsfähigkeit. Diese ganze Zeit bis zur Einlieferung in Kortau fällt unter den Göbenschen Einfluß und damit unter den § 51. — Vert. R.-A. Wahn: Schließt sich der Herr Professor Mayer dieser zeitlichen Fixierung an? — Sachverh. Prof. Dr. Mayer: Jawohl.

Die Verhandlung wird hierauf am Donnerstag früh 9 1/2 Uhr vertagt, da morgen wegen des katholischen Feiertags (Peter und Paul) die Sitzung ausfallen muß.

Den Geschworenen werden vorwiegend nach folgende Haupt-schuldfragen vorgelegt werden: Anstiftung zum Mord, Anstiftung zum tätlichen Angriff auf einen militärischen Vorgesetzten mittels Waffe und mit Todeserfolg, Beihilfe zum Mord, Beihilfe zum tätlichen Angriff auf einen militärischen Vorgesetzten mittels Waffe und mit Todeserfolg, vorher zugelegte Begünstigung zum Mord, vorher zugelegte Begünstigung zum tätlichen Angriff auf einen militärischen Vorgesetzten mittels Waffe und mit Todeserfolg, unterlassene Anzeige vom Vorhaben des Mordes.

Aus der Partei.

Wahl von Delegierten zum Parteitag.

Nach § 7 des Organisationsstatuts der Partei richtet sich die Vertretung der Reichstagswahlkreise auf dem Parteitag nach der Mitgliederzahl, die vom Parteivorstand auf Grund der nach § 5 des Organisationsstatuts an die Zentralkasse abgeführten Beiträge festgesetzt wird. Der Parteivorstand hat zur Ausführung dieser Bestimmung bereits im November d. J. die Organisationen aufgefördert, ihre Kassierer zu veranlassen, daß sie vom 1. Januar d. J. ab bei jeder Ausführung von Beiträgen an die Zentralkasse das zu diesem Zwecke zugestellte Abrechnungsformular benutzen sollen. Das ist leider vielfach nicht beachtet worden; da ohne diese Unterlagen die Zahl der Parteitagdelegierten der Wahlkreise aber nicht festgestellt werden kann, werden die säumigen Organisationen dringend aufgefordert, die Aufrechnung über die vereinnahmten Beiträge schnellstens, spätestens bis zum 6. Juli dem Parteivorstand zuzustellen.

Delegationen zum Internationalen Kongreß.

Von der Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereines zu Kassel wurde in Uebereinstimmung mit den übrigen Kreisen des Kasseler Bezirkes Genosse Th. D. delegiert. Die Organisationen des Großherzogtums Hessen haben den Genossen Ulrich-Offenbach gewählt.

Zum Magdeburger Parteitag.

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereines Kassel wählte den Genossen Hauschild zum Delegierten.

Personalien. Genosse Paul Fricke tritt am 1. Juli als dritter Redakteur in die Redaktion der „Brandenburger Zeitung“ ein. Er war bisher Berichterstatter für das Blatt und wird auch ferner neben der Redigierung einzelner Provinzblätter die lokale Berichterstattung behalten.

Dokumente, Gerichtliches usw.

Die Halle'sche Rechtsjustiz.

Zur Verurteilung des Genossen Kasparek vom „Volksblatt“ für Halle zu 800 M. Geldstrafe wegen Unteroffiziersbeleidigung entnehmen wir dem Prozeßbericht unseres Partei-Blattes:

Auf Befehl des Kompaniechefs der 7. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 72 in Lorzgau sülchten sich sämtliche Unteroffiziere der Kompanie beleidigt durch eine Notiz, die im November d. J. im „Volksblatt“ erschien. In der Notiz war von einem spitzbübischen Unteroffizier die Rede, der in Gemeinschaft mit einem Ausleiter beim Tazieren der Hauptmannswohnung den Schreibtisch erbrochen und daraus 800 M. bares Geld entnommen und in Damentaschen verbuddelt haben sollte. An die Notiz, die einem bürgerlichen Blatte entnommen war, knüpfte die Redaktion des „Volksblattes“ die Bemerkung: „Ein netter Stellvertreter Gottes!“

In der Verhandlung wurde festgestellt, daß der Diebstahl zwar wie angegeben passiert, ein Unteroffizier aber dabei beteiligt gewesen sei, sondern zwei Musikiere, die wegen der Angelegenheit unterdessen militärgerechtigt bestraft worden sind. Die Zeitung, welche die irrtümliche Notiz zuerst gebracht hat, ist nicht angeklagt worden.

Der Staatsanwalt war der Meinung, daß es sich um eine mit voller Absichtlichkeit begangene Beleidigung handele. Durch die Ueberschrift und den Nachsatz sollte einem Angehörigen des deutschen Unteroffizierskorps gehörig etwas an Feige gestiftet werden. Nur durch eine Geldstrafe in Höhe von tausend Mark könne eine solche schwere Beleidigung gesühnt werden.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Müller betonte, daß ein bürgerliches Blatt, das die Notiz gebracht hat, nicht angeklagt

worden ist, in anderen Fällen würde es mit einer Verächtlichmachung abgetan sein. Man könne sich nicht des Eindrucks erwehren, daß hier nur deshalb eine so hohe Strafe beantragt worden ist, weil es sich um ein sozialdemokratisches Blatt handele. Die Richter könnten aber nicht dazu da sein, eine bestimmte Partei durch hohe Geldstrafen schädigen zu wollen. Wenn einem Redakteur der „Saale-Zeitung“ dieser Irrtum passiert wäre, so würden vielleicht 30 oder 50 M. als Bestrafung beantragt. Die Strafe sei schon deshalb viel zu hoch, weil der Angeklagte bei Aufnahme der Notiz erst einmal vorbestraft war.

Das nach kurzer Beratung gefällte Urteil machte sich vollinhaltlich die Argumentationen des Anklägers zu eigen und lautete auf 800 M. Geldstrafe wegen übler Nachrede. Der Umstand, daß der ganze Unteroffizierstand aufs schwerste mit voller Absicht beleidigt worden sei, lasse die hohe Geldstrafe angemessen erscheinen. Wenn auch die Vorstrafen des Angeklagten nur geringe seien, so lasse andererseits das Strafgesetz Strafen bis zu 1500 M. zu.

Wenn die Halle'sche Justiz glaubt, durch derartige unglaublich hohe Geldstrafen dem „Volksblatt“ beikommen zu können, so irrt sie ganz gewaltig.

Aus Industrie und Handel.

Kapitalistische Wirtschaft.

In welchen Widersinnigkeiten die Zollpolitik führt, zeigt sich zurzeit im deutschen Außenhandel. Weil die hohe amerikanische Zollmauer die Lebensmittel dort wahnstümmig in die Höhe getrieben hat, in Deutschland die Ausfuhrprämie von 50 M. pro Tonne Roggen die Ausfuhr zu einem lohnenden Geschäft macht, ist in der letzten Zeit in mehreren Sendungen deutscher Roggen nach Amerika abgegangen. Also Deutschland, das seine Getreidezölle erhöhte, um sich gegen die ausländische Konkurrenz zu „schützen“, exportiert auf Kosten der deutschen Konsumenten Getreide nach Amerika. Das nennt man: Schutz der nationalen Arbeit! Als interessante Wirkung der Zollpolitik ist weiter zu buchen, daß kürzlich größere Mengen Kaffee von Hamburg nach Amerika verkauft wurden, und England, das hauptsächlich aus Deutschland und Rußland Zucker importiert, erhebliche Quantitäten davon nach dem Lande des Zuckerrohrs abstoßen konnte.

Löhne und Reingewinn.

Die elende Lage der Textilarbeiter Oberfrankens ist der Quell enormer „Verdienste“ der Textilbarone. Wochensöhne gibt es nicht, da die Lohnzahlung noch vierzehntägig erfolgt. Und was verdienen die Arbeiter in vierzehn Tagen? 24 bis 35 Mark! Daß bei solchen Löhnen die Textilarbeiter an chronischer Unterernährung leiden, ist wohl ohne weiteres klar. Mühen sie doch kürzlich in Hof i. W. erst einen wochenlangen Streik führen, um einen Tageslohn von 2,50 Mark zu erlangen. Wie aber sieht es mit den Verdiensten der Textilbarone aus? Im Handelskammerbericht für Oberfranken werden von drei großen Hofer Spinnereien sehr interessante Angaben gemacht. Die Reuhofener Spinnerei beschäftigte im Jahre 1906 im Durchschnitt 472 Arbeiter, an die sie für 808 Arbeitstage 312 891,59 M. Arbeitslöhne ausbezahlte. Das macht im Durchschnitt auf jeden Arbeiter 662,46 M. pro Jahr. Hierbei ist in Betracht zu ziehen, daß die Reuhofener Spinnerei nicht die schlechtesten Löhne zahlt. Sie war dabei in der Lage, bei einem Reingewinn von 320 716,76 M. 10 Proz. Dividende zahlen zu können. Bei einem Arbeitslohn von 662,46 M. im Durchschnitt erzielte das Unternehmen pro Arbeiter im Jahre 1909 — 679,48 M. Reingewinn. Bei einem Aktienkapital von 1/2 Millionen Mark betrug für die Jahre 1905, 1906 und 1907 der Gesamtgewinn der Gesellschaft 1 292 405 Mark.

Die Vogtländische Baumwollspinnerei beschäftigte 1909: 1000 Arbeiter, die einen Reingewinn von 451 251 M. einbrachten, woraus 15 Prozent Dividende gezahlt werden konnten. Es kamen auf jeden Arbeiter 451 Mark Reingewinn. Diese Summe ist in Wirklichkeit bedeutend höher, da im Bericht ein Posten von 1 200 000 M. Betriebskosten enthalten ist, der keine Spezialisierung erhalten hat. Im Jahre 1908 erzielte die Firma einen Reingewinn von 874 210,25 M. oder pro Arbeiter und Jahr 874 M. In den Jahren 1905, 1906 und 1907 wurde ein Reingewinn von 2 334 793 M. herausgebracht, bei einem Aktienkapital von 1 200 000 M. In vorsorglicher Weise hat es die Firma unterlassen, die Löhne anzugeben, die sie ihren Arbeitern zahlte. Sie wird wohl Grund dazu haben.

Nicht fette Verdienste konnte auch die Neue Baumwollspinnerei und -Weberei Hof einheimen, die im Jahre 1909 durchschnittlich 1640 Arbeiter beschäftigte, und 20 Prozent Dividende gegen 24 Prozent im Jahre 1908 verteilte. Das Unternehmen schloß für das Jahr 1909 mit einem Gewinn von 1 268 709,66 M. ab. Es kommen also auf jeden Arbeiter im Durchschnitt 770,55 M. Gewinn. So hoch waren die Löhne jedenfalls nicht; die Firma machte darüber leider keine Angaben. Im Jahre 1908 erzielte das Unternehmen pro Arbeiter sogar 798,68 M. Gewinn. In den drei Jahren 1905, 1906 und 1907 brachte es die Gesellschaft bei einem nominellen Aktienkapital von 2 495 000 M. auf einen Reingewinn in Höhe von 4 078 730 M. Aus solchen Zahlen leuchtet deutlich das Wesen der kapitalistischen Produktionsweise hervor.

Städtebahn. Essen, 29. Juni. In der heutigen Sitzung der kommunalen Vereinigung für den Bau einer Rheinisch-Westfälischen Städtebahn wurde beschlossen, von dem ursprünglichen Projekt der Erbauung einer Schnellbahn mit 120 Kilometergeschwindigkeit abzusehen, dagegen eine beschleunigte Personenbahn auf eigenem Bahnlörper nach dem Projekt des Baurates Karich zu erbauen und die Stangebahn nachzuführen. Die Fahrtragschwindigkeit soll 80 Kilometer betragen. Der Kostenaufwand beträgt 100 Millionen Mark, die je zur Hälfte durch Obligationen und Aktien aufgebracht werden sollen.

Billige Hefe. Wahrscheinlich um vor Reugründungen abzuschrecken, macht das erst am 1. Oktober in Wirksamkeit tretende Hefensyndikat bekannt, daß von diesem Tage an der Preis für Hefe von 48 auf 30 Pf. pro Pfund herabgesetzt werde. Begründet wird die Herabsetzung in der Hauptsache mit der Verbilligung der Produktion durch Ausschaltung des Zwischenhandels. Offenlich passen sich nun auch die Vrotpreise den reduzierten Materialpreisen an.

Die internationale Automobilindustrie.

In den „Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik“ veröffentlicht Dr. Kreuzer eine Abhandlung über den Stand der internationalen Automobilindustrie. Die gewaltig die Steigerung der Produktion in den ersten Jahren des Jahrhunderts war, geht aus folgender Tabelle hervor. Es wurden Motorfahrzeuge hergestellt:

Jahr	Frankreich	England	Deutschl.	Belgien	Italien	Ver. Staaten
1902	23 711	6 253	4 738	1 700	850	314
1903	30 204	9 437	6 904	2 838	1 308	2 722
1904	37 822	14 170	11 870	5 020	8 080	11 274
1905	47 302	20 048	15 883	7 927	8 570	23 877
1906	55 000	28 000	21 000	12 000	9 000	60 000

Die Zahl der Automobilmfabriken betrug im Jahre 1906 in Frankreich 205, England 62, Deutschland 83, Belgien 18, Italien 80, Vereinigte Staaten 11, Oesterreich-Ungarn, Schweiz je 4 und Spanien 2.

Niemlich spät sind England und Deutschland in den internationalen Wettbewerb eingetreten, und zwar haben sich beide hauptsächlich dem von Frankreich stark vermauldeten Gebiete des Baues von Nutzwagen (Motordroschken, Omnibussen, Geschäftsk- und Lastwagen) zugewandt. Der Produktionswert der englischen Automobilindustrie betrug 1906 rund 100 Millionen Mark, die Ausfuhr 12,3 Millionen Mark. In Deutschland existieren gegenwärtig circa 90 Fabriken für Automobilbau. Bekanntlich erfährt die Automobilindustrie in Deutschland eine staatliche Unterstützung dadurch, daß der

Staat den Käufern gewisser Lastautomobile beim Ankauf 4000 Mark und 4 Jahre hindurch jährlich 1000 M. vergütet. Es geschieht dies unter der Bedingung, daß im Kriegsfall diese Automobile der Militärverwaltung zur Verfügung stehen. Der wachsende Verbrauch an Kraftfahrzeugen in Deutschland erhebt aus folgenden Ziffern:

1. Januar	1907	1908	1909
Personenfahrzeuge	25 815	34 244	39 475
Lastfahrzeuge	1 211	1 778	2 252
Zusammen	27 026	36 022	41 727

Soziales.

Das Reichsversicherungsamt gegen Heilverfahren.

Nicht genug damit, daß die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts von Jahr zu Jahr für die Arbeiterschaft ungünstiger wird, verlangt es jetzt sogar von den Versicherungsanstalten eine Einschränkung der vorliegenden Heilverfahren. Es hat an alle Vorstände der Landesversicherungsanstalten ein Rundschreiben gerichtet, in dem es heißt:

Nach dem Ergebnis einer Gesamtbilanz über Vermögen der Träger der Invalidenversicherung ist es dringend geboten, in Zukunft alles zu vermeiden, was die weitere Entwicklung der Vermögenslage der Versicherungsträger ungünstig beeinflussen kann. Zu diesem Zwecke ist auf tünlichste Beschränkung aller durch das Invalidenversicherungsgesetz nicht unmittelbar vorgeschriebenen Ausgaben Bedacht zu nehmen. Das gilt von den allgemeinen Verwaltungskosten sowie auch von den Kosten des Heilverfahrens. Letzteres ist im Laufe der Jahre von einer Anzahl von Versicherungsanstalten in weitem Umfang ausgedehnt worden. Bei einem Fortschreiten auf diesem Wege ist ernstlich zu befürchten, daß die Einnahmen der Versicherungsträger ihrem eigentlichen Zweck zu stark entzogen werden. — Insbesondere aber ist fortan regelmäßig dafür Sorge zu tragen, daß die Versicherungsanstalten bei Gewährung von Darlehen in allen Fällen, also auch bei solchen für gemeinnützige Zwecke, eine Verzinsung von mindestens 3/4 Prozent erzielen. Ein niedrigerer Zinssatz würde der gegenwärtigen Lage des Geldmarktes nicht mehr entsprechen.

Das Vermögen sämtlicher Landesversicherungsanstalten beträgt 1 1/2 Milliarden Mark.

Bisher waren erfreulicherweise bei den gesamten Versicherungsanstalten die Aufwendungen für Heilverfahren im ständigen Steigen begriffen. Als Ideal scheint dem Reichsversicherungsamt die Versicherungsanstalt für Oberbayern vorzuschweben, bei welcher von 1903 bis 1907 diese Kosten von 10,5 auf 5,7 Proz. der Einnahmen sanken. Im Interesse der Versicherten liegt eine solche Praxis nicht. Und den Versicherten sollen die Versicherungsanstalten doch schließlich dienen. Sie zahlen doch nicht nur die Beiträge, damit sie vielleicht einmal von den Zinsen derselben eine Hungerrente erhalten, sondern viel lieber dafür, daß ihre Arbeitskraft so lange als möglich durch die Mittel der Versicherungsanstalt ihrer Familie erhalten bleibt. Der „eigentliche Zweck“ der Versicherungsanstalten scheint aber nach dem Rundschreiben nicht die Fürsorge für Arbeiter, sondern die Aufspeicherung von Millionen zur Beschäftigung von Beamten zu sein. Bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung muß, wie wir schon bei der Besprechung des Schluppassus des Rundschreibens betonten, in dem das Reichsversicherungsamt sich gegen gemeinnützige Zwecke wendet, dem antisozialen Vorgehen des Reichsversicherungsamtes ein Riegel vorgeschoben werden.

Vermischtes.

Der wahre Grund.

Aus Kreisen, die mit dem Jachtisport sehr vertraut sind, wird uns über den jüngsten Ministerwechsel geschrieben:

„Allgemeines Aufsehen erregt der plötzliche Hinauswurf zweier Handlanger, von denen der eine, Kreuzwendedich von Rheinbaben, sich in Gedanken bereits als Präsumptor des philosphisch veranlagten Theobald sah. Jetzt, wo Rheinbaben und Schoen gebetmann-hollweg sind, stellen die Zeitungen tiefstimmige Betrachtungen darüber an, daß es Rheinbaben schon längst nach dem Oberpräsidentenposten an den Rhein ziehe und daß v. Schoens Verbleib ein Votschasterposten in Paris sei. Das alles sind natürlich faule Pfauen, darauf angelegt, die Ueberrückung der bürgerlichen Presse zu maskieren. Der wahre Grund ist vielmehr, daß man in Kiel höchst peinlich berührt davon ist, daß die politischen Sensationen der letzten Zeit ausschließlich von der Sozialdemokratie bestritten wurden, die mit ihren wiederholten Wahlerfolgen alle Welt in Spannung hält. Um nun den Sensationen der Sozialdemokratie wirksam entgegen zu treten, ist beschloffen worden, nach jedem Wahlsieg der Sozialdemokratie zwei Minister über die Klinge springen zu lassen. Das ist um so leichter durchzuführen, weil es sich ja nicht um Qualitäten, sondern ausschließlich um Quantitäten handelt, die in genügender Menge vorhanden sind.“

Verunglückte Reklamefahrt.

Nachdem an mehreren Tagen die angefordigten Passagierfahrten des Zeppelin-Luftschiffes „Deutschland“, das in Düsseldorf stationiert ist, wegen des schlechten Wetters unterbleiben mußten, stieg am Dienstagvormittag das Luftschiff mit einer Anzahl geladener Pressevertreter zu einer Rundfahrt auf. In langsame Fahrt, gegen einen kräftigen Wind ankämpfend, schlug das Passagierschiff die Richtung nach Köln ein. Später wurde es über Solingen und Lädenhausen geführt. Infolge eines Motordefekts scheint man dann die Führung über den Lenkballon teilweise verloren zu haben. Ein Telegramm aus Rattenvenne im nordöstlichen Westfalen meldet:

Rattenvenne, 28. Juni. Das Verkehrsluftschiff „Deutschland“ ist auf seiner Fahrt bis nach Rattenvenne getrieben worden und hat von dort den Rückweg nach Münster eingeschlagen. Die letzten Nachrichten besagen, daß das Luftschiff wieder nach Rattenvenne zurückgetrieben wird. Ueber Rattenvenne hinaus muß dann der Lenkballon östlich bis in die Provinz Hannover abgetrieben worden sein. Ein Telegramm aus Düsseldorf meldet:

Düsseldorf, 28. Juni. Das Luftschiff „Deutschland“ ist zwischen 5 1/2 und 6 1/2 Uhr bei Jburg im Teutoburger Walde gelandet. Es ist mit der Gondel in den Bäumen hängen geblieben und hat unwesentliche Beschädigungen erlitten. Das Unglück, das den Lenkballon „Deutschland“ getroffen hat, scheint doch schwerer zu sein, als diese letzte Nachricht annehmen läßt. Wie nämlich ein späteres Telegramm aus Vörlingh-Wellendorf besagt, ist die Landung eine durchaus unfreiwillige gewesen. Sie geschah infolge widrigen Windes. Der Ballon wurde aus einer Höhe von etwa 1500 Meter hinabgedrückt und verfiel sich dabei in den Bäumen. Anscheinend sind doch wesentlichere Beschädigungen eingetreten. Namentlich scheint vor den hinteren Propellern ein Durchbruch erfolgt zu sein. Es macht den Eindruck, als ob sehr weitreichende

Reparaturen notwendig wären. Militär ist zur Hilfeleistung von Os nabrück abgegangen und soeben hier eingetroffen.

Dortmund, 28. Juni. Nach einer hier eingetroffenen Privatdepesche haben alle Passagiere des Luftschiffes „Deutschland“, das selbe glücklich verlassen, keine Verletzungen erlitten.

Auch das noch!

Washington, 28. Juni. Der Kongress hat einen Antrag angenommen, dem Deutschen Kaiser als Gegengabe für die Statue Friedrichs des Großen eine Nachbildung des Steuben-Denkmal zu schicken zu machen.

Friedrich Wilhelm v. Steuben war ein geborener Magdeburger, der im siebenjährigen Kriege in preussischen Diensten stand. Er ging 1777, angewidert von den politischen Zuständen, nach Amerika. Dort beteiligte er sich als General hervorragend an dem Befreiungskampfe, den Amerika gegen das „ausgestammte“ englische Herrscherhaus führte.

Baufatastrophen.

Bei dem Neubau der Industrie-, Kredit- und Volksbank in Reckemet (Ungarn) stürzte am Dienstag die Mauer eines Nachbarhauses ein. Von 100 auf dem Bau beschäftigten Maurern wurden zehn vollständig verschüttet und über 30 verwundet. Einer der Verschütteten war sofort tot, die anderen hat man, trotz der sofort vorgenommenen Rettungsarbeiten, unter dem Schutt noch nicht hervorzuziehen können. Militär und Feuerwehr sind zu den Hilfsarbeiten aufgerufen worden.

In Debrszin (Ungarn) stürzte beim Bau eines Hauses ein Gerüst ein, wodurch acht Arbeiter in die Tiefe gerissen wurden. Zwei der Abgestürzten wurden lebensgefährlich, die übrigen schwer verwundet.

Die Nichten eines Senators als Diebinnen.

Aus Rom wird gemeldet: In Florenz wurden am 24. d. M. zwei junge Damen verhaftet, die in einem Juwelierladen für 2000 Lire Schmuckgegenstände gestohlen hatten. Beide waren an demselben Tage aus einem vornehmen Konneninstitut der Stadt entlassen worden, angeblich, weil sie neurasthenisch waren. Es handelt sich um die Nichten des Senators Garofalo, früheren Oberstaatsanwalts und bekannten Theoretikers der kriminalanthropologischen Schule. Die Mädchen sind 16 und 17 Jahre alt.

Kleine Notizen.

Ein Berliner Professor ertrank. Bei einer Ruderpartie auf dem Hartzsee in Neckenburg verunglückte der Direktor des anorganischen Instituts an der Technischen Hochschule in Charlottenburg, Professor Hugo Erdmann. Das Boot fand man flussaufwärts treibend, von dem Verbleib des Professors ist nichts bekannt. Es wird angenommen, daß er ertrunken ist.

Eine schwere Bluttat verübte am Sonntag in Marienthal im Kreise Tempeln der Schmied Marowski. Bei einem Streite mit seiner Frau, der Dienstmagd Emma Lau, erschlug er diese und tötete sich darauf selbst durch einen Schuß in die Schläfe.

Im Namen des Königs! Am Dienstagmorgen wurde in Götting der Hilfsgerichtsdienster Scholz, der im Februar seine Geliebte ermordet hatte, hingerichtet.

Zusammenstoß. Unweit der Station Peterswalde in Oesterreich fuhr ein Güterzug in einen Personenzug. Ein Waggon des Personenzuges wurde vollständig zertrümmert, 13 Personen sind verwundet.

Fünf Personen verbrannt. In der Nacht zum Dienstag brannte in Dam in Ostpreußen ein Wohngebäude nieder. Vier Polen und ein Meiereigehilfe sind in den Flammen umgekommen.

Schneefall im Boralpengebiet. Wie ein Telegramm aus Wien meldet, ist in den Tiroler Alpen ein großer Schneefall eingetreten. Viele Touristen sind eingeschneit.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriger Kollege, der Kutsher

August Frömelt

verstorben ist. 69/19
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Rigdorfer Gemeindefriedhofes am Mariendorfer Weg aus statt.

Nachruf.

Ferner den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener

Otto Schreiber

am 24. d. Mts. im Alter von 19 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.
Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsbüro Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gürtler

Gustav Tröger

am 27. Juni an Lungenerkrankung verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 30. Juni, vormittags 11 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Rigdorf, Hermannstraße, aus statt.
Nege Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Freitag, den 1. Juli 1910, abends 8 Uhr,

im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 4:

Anherordentliche General-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Aufstellung der Kandidaten zur Wahl der Beisitzer des Verbandsvorstandes und der Kommissoren zur Verbandsklasse. 2. Bericht vom Verbands-tage in Erfurt. 3. Diskussion. 24/5
Die Wahl der Beisitzer findet Sonnabend, den 2. Juli, von nachmittags 4-8 Uhr abends, in folgenden Lokalen statt: 1. Gewerkschaftshaus, 2. Bericht, Ritterstraße 75. 3. Weimerei, Bölowstraße 58. 4. Futter, Weinstraße 11. 5. Franke, Kristallstraße 63.
Nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches kann gewählt werden.
Wer länger als 6 Wochen reist, kann nicht wählen.
Die Ortsverwaltung.
NB. Die ausgesprochenen Extrastener für die ausgesperrten Bauarbeiter sind hiermit aufgehoben.
Jedes Mitglied muß 5 Extramarken gestellt haben.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht,

daß unser Kollege, der Maschinenarbeiter

Ernst Brandt

am 26. Juni gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Dorstheenschlucht-Kirchhofes in Reinickendorf, Schachneuberstraße 1/2, aus statt. 65/13
Die Ortsverwaltung.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Vaters, Groß- und Schwelgeraters) 59402

Ernst Ulrich

sagen wir allen, besonders dem Berliner Raucherbund und den anwesendenswerten unseren innigsten Dank.
Die Hinterbliebenen.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Bruders und Schwagers sagen wir allen Kollegen und Parteigenossen unseren innigsten Dank. 59412

Die Hinterbliebenen:

Familie Krüskowitz u. Geschwister, Ewinemänder Straße 91.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schick, sauerh. Zutaen, von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 21 (Stadt. Börse).

Danksagung.

Für die vielen Beweise untrger Teilnahme und die Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben, unvergesslichen Vaters

Otto Wolf

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, vor allem den Kollegen der Brauereien Vahnhöfer und Könnigsstadt, unseren herzlichsten Dank.
Die trauernde Witwe
Minna Wolf
nebst Kindern.
78/20
Von der Reise zurück.
Dr. med. Moritz, Schivelbeiner Straße 11.

Kredit

Monat 10 M. liefert eleg. Herrengarderobe u. Maß (billigste Preise) Schneidemeister, Lindenstr. 110. Kasse 10 Proz. Rabatt.

Westmanns Trauermagazin

Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemstraße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).
Sohler, Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleiher etc. v. einfachsten bis zum hochlegant. Genre u. korbat niedrigsten Preisen.

Sonder-Abteilung: Maßanfertigung in 10 bis 12 Stunden.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters sage ich allen Freunden, Bekannten und Kollegen meinen innigsten Dank.

Witwe Martha Schulz

nebst Angehörigen.
27575

Gute Reise!

Gratias auf Wunsch 2/3, in Stoff zu einem Rock bei Einkauf von nur 12 M. an.

Sehr wichtig für die Reise!

Bis zum 2. Juli cr., abends 9 Uhr
Extra-Verkaufstage für
Original-Modelle □ Kopien □ Reise-Muster
speziell auch für starke Figuren!
Bast-, Gambia-, Selde-, Leinen- etc. Mäntel
Cheviot-, Bast-, Leinen-, Basts- etc. Kostüme
Loden-Kostüme und -Pelzinnen
elegante, leichte, luftige Kleider, Blusen u. Röcke
passend für Promenade und Gesellschaft, dem Zwecke entsprechend billig u. schick, in jeder denkbaren Größe bei
WESTMANN
Mohrenstr. 37a Gr. Frankfurter Strasse 115
nahe Jerusalemstr. nahe Andreasstrasse.
Die Preise sind ermässigt z. T. bis auf ein Fünftel d. Saison-Preise
von 20 auf 4, 5, 6 u.s.w. von 100 auf 32, 35, 40 u.s.w.
von 35 auf 7, 9, 10 u.s.w. von 120 auf 44, 48, 52 u.s.w.
von 60 auf 12, 15, 18 u.s.w. von 200 auf 60, 65, 70 u.s.w.
von 100 auf 20, 25, 30 u.s.w. von 400 auf 80, 90, 100 u.s.w.

Trauer-Westmann

(gest. I. gesch.)
Extra-Abteilung für schwarze Konfektion: Mäntel, Kleider, Röcke, Blusen etc.

Trotz Tabaksteuer - Erhöhung

verkaufen wir unsere vorzüglichen Zigarrenmarken zu bekannt billigsten Engrospreisen.

Nebenehende Original-6 1/2 Pl. Zigarre „Don Ernesto“ mild und pikant Mk. 4.85.

Kl. Mexiko . . . 100 Stück 3.—
Don Pedro 3.50
Goldadler . . . 100 Stück 4.50
Deliciosa 5.—
Nicht unter 100 St. von einer Sorte, 400 St. franko Deutschl. Nachn., Nichtausg. nehmen zurück.

Czollek & Geballe

Zigarren Berlin G., Neue Promenade 7 Tr. Engros, vis-a-vis Haupting. Stadthnhof Börse.
Geöffnet bis 8 Uhr abends, auch Sonntags geöffnet.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes

Erwin Pawlaczyk

sagen wir allen Angestellten der Firma Pfeifer (Ober-Schöneweide) und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband unseren herzlichsten Dank.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Anton Pawlaczyk.

Frack-Verleih-Institut:

Friedrichstr. 115/1, a. Orabg.
Tel. Erg. 104, Gehof 1.50, Dose 1.00, Beste 50 Pf.

Blumen- und Kranzbinderei

von Robert Meyer,
nur Mariannen-Strasse 2.

Kein Laden, nur 1 Tr.

Kein Laden, nur 1 Tr.

Kein Laden, nur 1 Tr.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 69, vorn über Treppen - Fahrstuhl - wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 6 bis 7 1/2 Uhr nachmittags statt. Jeder Anrufer ist ein Buchstabe und eine Zahl als Wortzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

— R. N. 50. Geschäftliche Angelegenheiten können im Briefkasten nicht behandelt werden. — **Arthur Conis.** 1. Solche Stellen vermittelt der Transportarbeiterverband, 2. und 3. Das ist sehr unterschiedlich. — G. R. 10. Eine Zusammenstellung über das von Ihnen Gemänschte

finden Sie in „Die Unteroffizier-Karriere oder Militärämter-Karriere“ von J. Cronau, Verlag August Schöne, Berlin W., Bendlerstr. 13. — G. R. 96. Rein — R. G. 49a. Nach einem solchen Mittel wird allerdings längst geforscht. Und ist ein solches jedoch noch nicht bekannt geworden. Die genannte Fachzeitschrift könnte Ihnen vielleicht nähere Auskunft erteilen. — **Post 44.** 1, 2 und 3. Zentralverband der Handlungsgehilfen und „Beihilfen“, Neue Königstr. 36. G. R. Friedenau. Frage nicht verständlich. — **Anna 1910.** In den Vertrag ist Ihre Obekau gebunden. Sie haften nicht für deren Schulden, auch wenn sie minderjährig ist. Den Preis erfahren Sie beim Buchhändler. — **W. 73.** 1, 2 Wochen, 2 Pa. 3 Pa. — **Lehrmädchen.** Unkenntnis des Gesetzes schützt nicht vor Strafe. — **88 W.** Rein.

— 101 Lindenbaum. 1. Schriftlicher Vertrag bei R. für oder G. und Genehmigung des Vormundschaftsrichters. 2. Rein. — G. D. 100. 1. 1,50 R. 2. Ja. — **W. 73.** Ja. — **H. B. 11.** Rein — **R. D. Ja.**

Eingegangene Druckschriften.

Die Ziele der Frauenbewegung. Von Frau Dr. V. Harbise u. 30 GSt. Größere, Zürich.

Unter den Borgia. Von R. Boh. 4 R., geb. 5 R. — **Sommerferien in Tirol.** Von H. Wolfslager. 50 Pf., geb. 1 R. D. Joml Berlin.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, den 29. Juni.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Neues König. Opern-Theater.
Götterdämmerung.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Die Laune des Verliebten. Judith und Holofernes. Sammer'sche Liebeswälder. Lesing. Kasernenluft.
Römische Oper. Der Regimentskapitän.
Neues Schauspielhaus. Der Flieger.
Kleines. Nur ein Traum. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Berliner. Taifun.
Neues. Renaissance.
Neues Operetten-Theater. Der Graf von Luxemburg.
Thalia. Charles's Lante.
Heidel. Dem gehört Helena? Koffelserie. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Schiller O. (Schiller-Theater.) Die Förster-Christi.
Schiller Charlottenburg. Die Katakomben.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Sherlock Holmes.
Volksgarten. Geschlossen.
Waldhalla. Das Leutnantsmündel.
Metropol. Falloch 11 — Die große Reue.
Golies Caprice. Pariser Eben. Das Veröhnungsfest. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstr. 48/49.
Heute Mittwoch 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.



Letzte Tage!
des sensationellen
Juni-Programmes.



Neues Programm!
La Tortajada
in ihrer neuesten Schöpfung:
„Abenteuer eines Toreros“.
Kaufmanns Lady Cycle Troupe
Amann
Mimiker und Charakteristiker
und eine Kette
hervorragender Kunstkräfte.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Täglich:
**Konzert, Theater,
Spezialitäten.**

Folies Caprice
Anfang 8 1/2 Uhr.
Pariser Eben.
Der Athlet.
Die heusche Coinette.
Das Veröhnungsfest.

Schweizer-Garten
Am Königstor —
Am Friedrichshain.
**Täglich: Theater- und
Spezialit.-Vorstellung**
Jeden Abend 7 1/2 Uhr:
Prinz Pinne.
Gr. Ausstattung-Oper. m. Ballett.
Jeden
Mittwoch:
Kinderfest.
Volkshelustigungen. Tanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Volksgarten-Theater
früher Weimann.
Badstr. 8, Behm u. Bellermaunstraße.
**Täglich: Konzert, Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung.** Das neue
Riesenfest. Nur Aufführung gelangt:
Robert und Bertram.
Waffe mit Gesang u. Tanz in 4 Bild.
Zed. Donnerst.: Gr. Brillant-Feuerw.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Zum Schluß:
Künstler d. Landstraße.
Hr. Burleske von Meysal.
Anfang
montags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 37, Ecke Alexanderstr.
(Inhaber: Max Schindelhauer.)
Im herrlichen Naturgarten täglich:
H. a.: Eise Wulfenia, Soufflette.
Paul Mattinot, Banquetreuer.
Emmy und August Clever, das
heute Duettistenpaar der Welt.
Anf. Wochent. 7 1/2, Sonnt. 5 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Schiller-Theat.)
Gottscheid-Oper.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Erstaufführung bei Anwesenheit des
Komponisten Georg Jarno:
Die Förster-Christi.
Operette in 3 Akten.
Text von Bernhard Buchbinder.
Ende 10 1/2 Uhr.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Freischütz.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Förster-Christi.

Schiller-Theater (Charlottenburg).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Katakomben.
Auffspiel in 4 Akten von Gustav Davis.
Ende 10 1/2 Uhr.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Bibliothekar.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Bibliothekar.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor.
Täglich: Große Militär-Konzerte.
Jeden Dienstag nachmittags 3—6 Uhr:
Frei-Vorstellung
der beliebten
Apollo-Sänger.

„Pharus-Sommer-Theater“
Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhardt.
Berlin N., Müllerstr. 142.
Täglich: Im herrlichen Naturgarten Bei Regen im Theatersaal!
Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung
20 Künstler-Attraktionen. Stets wechselndes Familien-Programm.
Außerdem jeden Freitag: **Die beliebten Apollo-Sänger.**
Anfang Sonntags 4 Uhr. Wochentags 6 Uhr.

Achtung! Diez' nur Achtung!
Seeterrasse Lichtenberg
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.
Größtes und schönstes Lokal Berlins.
Bei ungünstiger Witterung
Schutz für 8000 Personen. — **Täglich:**
Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Auftreten der
besten Turnweilkünstler der Welt The Liepeltz
[siehe der neuesten und größten Sensationen der Gegenwart: Die Reise
um die Erde in **Saltomortale v. 10 Meter Höhe**
mit dem Fahrrad in den See.
3 Gads, die phänomenalen Exentrio-Cascadours? Die fünf Sinne?
Vorzügl. autom. Scherz. — **Marga Harlessy**, brillante
Tänzerin-Transformationskünstlerin. — **M. Margim**, hervorragende Burlesque-
Pantomime-Tuist. **Krill**. — **Leopold Rosser**, Original-Comorist
mit ihren wunderbaren aktuellen politisch-satirischen Schlägen und das
neue beste Programm Berlins.
Jeden Sonntag:
Riesen-Land- und Wasser-Feuerwerk.
Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamteintritt 20 Pf. Kinder frei.

Luna Park
**TERRASSEN
HALENSEE**
Größter Vergnügungspark
des Kontinents.
Originelle Attraktionen. Die gr. Sehenswürdigkeit Berlins.
Sonnabend, den 2. Juli:
Elite-Tag! Großes Monster-Konzert!
ausgeführt von 3 Militärkapellen u. d. Translatour-Orchester.

Billige Sonderfahrten. Von der Michaelbrücke:
Woltersdorf. Freitag 9 1/2 Uhr nach Wernsdorf.
Krausenburg und Woltersdorf. Sonnabend 9 1/2 Uhr
abends: Gr. Wunderscheinfahrt nach Strand-Restaurant am Riggelsee. Preis
für alle Fahrten 50 Pf., Kinder 25 Pf. Reederei Zachow. Tel. IV. 5621.

Nur ganz kurze Zeit. Alt-Boxhagen.
Zirkus Carlo-Curty a la **Hagenbeck.**
Ab Dienstag, den 28. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Täglich: Große Elite-Gala-Vorstellungen.
Mittwochs, Sonnabends und Sonntags: 4 Uhr und
2 Vorstellungen: 8 1/2 Uhr.
Nur allerbeste Kräfte. Pracht Programm.
Linie 76, 79, Hochbahn-, Ringbahn-Verbindung.

Volgt-Theater
Geundbrunnen Badstr. 58.
Heute Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr:
Große Elite-Vorstellung.
Ueberr großen Teich.
Gr. Lebensbild mit Ges. und Tanz in
4 Akten von Adolf Philipp.
Das große Juni-Programm.
Größte Spezialitäten
Stoffenöffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.

Neue Freie Volksbühne
Extra-Vorstellung im Neuen Operetten-Theater
Sonntag, den 3. Juli, nachmittags 3 Uhr:
Die Dollarprinzessin
Operette in drei Akten von Leo Fall.
Karten a 1,50 R. inkl. Zettel und Garderobe sind für Mitglieder
und Gäste in allen Bahnhöfen und in der Geschäftsstelle, Rödener
Straße 68, zu haben. 150/2*

Max Kliems Sommertheater
und Festsäle.
Inh.: **Rudolf Krüger.**
Hasenheide 13/15, vis-à-vis v. Turnpl.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.
Artist. Leitung: **Walter Grünwitz,**
Kapellmeister: **Max Wolffhelm.**
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**
Anfang: Wochent. 6 Uhr, Sonnt. 7 1/2 Uhr.

Puhlmanns Theater
Sohänh. A. 148 — Kastanien-A. 97/99.
Abends 7 Uhr:
Große Extra-Elite-Vorstellung!
Königin Louise.
Baterländisches Schauspiel in 4 Akten.
Louise. Käte Reich.
Napoleon I. Dir. Karl Reich.
Vorher und nachher:
Die brillanten Spezialitäten!
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 20—30 Pf.
Elite-Ball.
Freitag: Kinder-Freudenfest.
Sonnabend: Die oberen Zehntausend.

Freitag, den 1. Juli:
**Sensationeller
Besuch in Berlin!**
Erstes Auftreten der
zusammengewachsenen
**Schwestern Blazek
und ihrem Kinde**
welches am 16. April 1910
geboren wurde, im
Passage-Panoptikum.
Die junge Mutter und
ihre Kind werden in der
besonders für sie auf-
gebauten Wohnstube
von 11—1 Uhr mittags
und von 3—7 Uhr abends
zu sehen sein.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Täglich:
Im Reiche des Mars
Spezialitäten, Konzert u. Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

ZOO-LOGISCHER GARTEN
Täglich:
**Großes Militär-
Doppel-Konzert**
Eintritt 1 Mark.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder
unter zehn Jahren die Hälfte.

Ausstellungshallen-
Kino am Zoo
Nachm. 6 Uhr: Mit Sven Hedin
durch Zentral-Asien.
0,30, 0,50, 0,50, 1 M.
Abends 8 Uhr: Mit Sven Hedin
durch Zentral-Asien.
Samuran. 0,50, 1, —, 2, —, 3M.
Für Abends: Vorverkauf
bei Wertheim, Leipzigerstraße
und sämtlichen Vorverkaufs-
filialen.

**Große Ausstellung
für Bauindustrie u. Feinkeramik**
Baumschulenweg bei Berlin.
Stadtbahnstation, 26 Minuten
vom Bahnhof Friedrichstraße.
Täglich von 10—8 Uhr geöffnet.
Eintritt 1 M., Sonntags 50 Pf.
Der Clou der Ausstellung:
**Römische Villa mit Kaiser-
palast.**

**Sommer-Theater
Café Bellevue**
am See und
Bahnhof Stralau-Rummelsburg.
Täglich:
Spezialitäten
Theater, Konzert.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang montags 7 Uhr.
Sonntags 4 Uhr.

Ohne Extra-Entree!
Eintritt für die gesamten
Räume 50 Pf., Kinder und
Soldaten 25 Pf.
Nur wenige Tage!

**CIRCUS
Cyril Haté**
Das Monstrum aller europäisch Zeit-Circusse
Rixdorf-Berlin, Pflügerstr.
Telephon: Rixdorf 808.

Mittwoch, den 29. Juni
nachm. 4 u. abends 8 1/2 Uhr:
**Gala-
2 Vorstellungen 2**
In den Nachm.-Vorstellungen
sahen Kinder unter 12 Jahren
und Mütter vom Feldwibel
abwärts halbe Preise.

BBB
Brunnenstraße 16.
Das neue Riesen-Programm.
**Lehrreich
Unterhaltend
Amüsant.**
Gr. Orchester, Saal u. Garten.
Eintritt 30 Pf.

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Am Park täglich Doppel-Konzert.
Eintritt: 10—8 Uhr 1 R., v. 6 Uhr ab
50 Pf., Sonntags 50 Pf. Dauer: 6 St.

Lessing-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Kasernenluft.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: **Taifun.**
Morgen: **Taifun.**

Neues Theater.
Heute abends 8 Uhr:
Renaissance.
Morgen;
Renaissance.

Lustspielhaus.
Abends 9 Uhr:
Das Leutnantsmündel
Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Sonntag nachmittags 3 Uhr zu er-
mäßig. Preisen: **Die Dollarprozessin.**

**Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.**
Heute, den 29. Juni, abends 8 Uhr:
Sherlock Holmes.
Defestinsomödie i. 4 Akt u. Ferd. Donn.
Donnerstag zum letztenmal:
Sherlock Holmes.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Zum letztenmal:
Wacht- u. Schließgesellschaft
Schwank in 3 Akten von Franz u. Winter.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr.
Morgen zum erstenmal: **Der
Schuldbeter.** Schwank in 3 Akten
von H. D. Weber.
Auf der Gartenbühne: **Theater-
Vorstellung. Spezialitäten. Gr.
Konzert.** Anfang 4 1/2 Uhr.

Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene
gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

An die Partei- und Gewerkschafts-Genossen!

In der nächsten Woche soll der Arbeiterkampf von Groß-Berlin Gelegenheit gegeben werden, zu der sie aufs engste ergründenden Frage der Reichsversicherungsordnung Stellung zu nehmen.

Zu diesem Zwecke findet am Dienstag, den 5. Juli, eine Flugblattverbreitung statt, während am Donnerstag, den 7. Juli, eine Anzahl Versammlungen in Aussicht genommen sind.

Die Gewerkschaften werden ersucht, bei ihren Veranstaltungen auf die geplanten Protestversammlungen Rücksicht zu nehmen.

Die Berliner Gewerkschaftskommission. Der Aktionsausschuss.

Partei-Angelegenheiten.

Steglich-Friedenau. Der Ausflug nach der „Römerschanze“ in Redlig bei Potsdam findet am nächsten Sonntag, den 3. Juli, statt. Abfahrt nach Wannsee präz. 1/2 9 Uhr vormittags. Für Rückzügler bis 1/2 11 Uhr im „Fürstenthor“, Wannsee, Königstr. 40. Fußpartie an der Habel über Pfaueninsel, Moorlake, Sackrow, um 4 Uhr nachmittags. Führung und Vortrag des Genossen Schäfer über: „Die Entstehung und die neuesten Ausgrabungen der Römerschanze“. Außer den Wahlvereinsmitgliedern Gäste willkommen.

Der Bildungsausschuss.

Aldershof. Am Sonntag, den 3. Juli, findet eine Besichtigung der Kalk- und Zementindustrie-Ausstellung in Voamschulweg statt. Wir ersuchen die Genossen, welche sich daran beteiligen wollen, sich wegen der vorherigen Besichtigung von Eintrittskarten beim Genossen Pigner, Genossenschaftsstr. 7, zu melden. Preis der Eintrittskarten 80 Pf. Treffpunkt Sonntagvormittag 9 Uhr im Jugendheim, Wis-mardstr. 11.

Der Vorstand.

Erker. Heute Mittwoch, 8 1/2 Uhr abends: Bes- und Diskussionsabend. Genossinnen und Genossen, agitiert für regen Besuch!

Der Vorstand.

Hohen-Neuendorf (Nordbahn). Am Donnerstag, den 30. Juni, abends 1/2 9 Uhr, findet im Lokal von Bäcker, Stolper Straße 27, eine Zusammenkunft von Genossinnen und Genossen statt. Tagesordnung: 1. Der beste und billigste Einkauf von Lebens- und Genussmitteln. Referent Genosse Viebold. 2. Aussprache über Frauenbesuch, Diskussions- und Vortragabend. Referent Genosse Albrecht.

Reinickendorf-Ost. Gegen die vom Landrat geforderte Erhöhung des Kommunalzuschlages um 25 Proz. auf 125 Proz. findet am Donnerstag, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus“, Residenzstr. 1/2, eine Protestversammlung der Reinickendorfer Steuerzahler statt. Hierzu heute abend von den bekannten Stellen aus Flugblattverbreitung. Genossinnen und Genossen! Agitiert für Massenbesuch!

Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Eine Prügelleistung.

Wie in der 288. Knaben-Gemeinschaft (Senefelderstraße) vorgekommen ist, wurde von uns in Nr. 140 (18. Juni) gewürdigt. Wir nahmen dabei Bezug auf das folgende Arztattest vom 18. Juni:

„Der Knabe Otto F. wurde mir heute in der Sprechstunde vorgeführt, weil er von dem Herrn Rektor seiner Schule geschlagen worden sei. Am Gesicht findet sich bei ihm ein über beide Hüften ziehender roter, an den Rändern bläulicher Striemen, am rechten Oberarm ein dessen anderer Seite ein zweiter, der in weiter Ausdehnung von einer blauen Blutunterlaufung umgeben ist.“

Rektor der 288. Gemeinschaft ist Herr Giller. Von ihm war Otto F. am 15. Juni geprügelt worden. Zunächst deshalb, weil er zu spät zur Schule gekommen war, und hinterher nochmals deshalb, weil er, nach Hause zurücklaufend, seiner Mutter gefogt hatte, der Rektor habe ihn heimgeschlagen. Gegenüber dem Attest des Arztes hat nun Herr Rektor Giller den Wunsch gehabt, sich zu rechtfertigen. Er rief den Vater nach der Schule und belehrte ihn, daß er, der Rektor, dem Jungen über das Gesicht nur einen einzigen Schlag gegeben habe, die anderen Schläge aber auf das Konto des Lehrers Rebe zu setzen seien. Daraufhin ließ der Vater sich bereit finden, dem Rektor eine Erklärung zu unterschreiben, durch die er hiervon Kenntnis nimmt und gleichzeitig ihm sein Vertrauen ausdrückt. Der Vorgang ist ungewöhnlich und mancher wird dazu verwundert den Kopf schütteln. Dem Herrn Rektor war es, nehmen wir an, vor allem darum zu tun, mit diesem Schriftstück vor seine Behörde hinstreten zu können, die vermutlich die Angelegenheit unterläßt. Er hat es aber für rasmal gehalten, auch uns aufzusuchen und uns die Vertrauenserklärung mitzuteilen. Wir erfüllen ihm wohl einen Wunsch, wenn wir sie hiermit veröffentlichen. Der Vater hat ihm folgendes unterschrieben:

„Ich habe heute den Rektor der 288. Gemeinschaft persönlich gesprochen in Angelegenheit meines Sohnes Otto. Veranlassung dazu war die Zeitungsnote vom Sonnabend, den 18. Juni 1910. Der Rektor erklärt, Otto habe nur einen Schlag über das Gesicht von ihm erhalten, und ich habe keine Ursache, die Glaubwürdigkeit des Herrn Rektors Giller in Zweifel zu ziehen. Die anderen Schläge erhielt der Junge nach Aussage des Herrn Rektors von seinem Herrn Lehrer aus anderen Ursachen. Herr Rektor Giller sieht sich durch die Zeitungsnote verletzt. Ich habe aber nicht die Absicht gehabt, den Herrn Rektor beleidigen zu wollen. Nachdem ich nun Herrn Rektor Giller persönlich gesprochen habe, habe ich das Vertrauen, daß mein Sohn Otto bei ihm in guten Händen aufgehoben ist.“

Hierzu wären an der Prügelleistung, über deren Folgen das Arztattest sich äußert, zwei Pädagogen beteiligt. So meint es Herr Rektor Giller, aber wir können natürlich nicht wissen, ob Herr Lehrer Rebe ihm darin beistimmt. Wie weit Herr Rebes Anteil an der Prügelleistung gehen mag, darüber haben wir inzwischen Ermittlungen vorgenommen. Als festgestellt kam gelten, daß am 13. Juni Herr Rebe dem Jungen, weil sein Diktat zu fehlerhaft war, über das Gesicht drei Stockhiebe gab. Ein bißchen sülernisch scheint es ja dabei zugegangen zu sein; wenigstens wird uns gesagt, daß Otto F. von vier Jungen gehalten worden sei, weil er sich nicht bücken wollte. Nebenbei bemerkt: eigenartig ist das Verfahren, bei der Abstrafung eines Schülers die Mitschüler als Helfer zu verwenden. Zu den drei Hieben nun, die am 13. Juni Herrn Rebes Stock verarbeitete, kam am 15. Juni als vierter der eine Hieb von Herrn Giller's Stock. Wer da am kräftigsten zugehauen hat und von welchen Hieben die durch den Arzt attestierten Spuren herrühren, das mögen Herr Giller und Herr Rebe untereinander ausmachen.

Rektor Giller hat sich übrigens keineswegs auf den einen Hieb beschränkt. Nach dem Wortlaut der von dem Vater unterschriebenen Erklärung könnte es so scheinen, wie wenn Herr Giller die oben mitgeteilten Verletzungen des Jungen tatsächlich nur mit einem einzigen Hieb bestraft hätte. Es ist aber festgestellt, daß Herr Giller — und das hat auch er selber uns zugegeben — schon vorher den Jungen sogleich in Gegenwart der Mutter, die ihn zur Schule zurückgebracht hatte, dreimal mit dem Stock auf die Hand geschlagen hat. Von diesen drei Hieben spricht die Erklärung wohl deshalb nicht, weil nicht auch sie von dem Arzt begutachtet worden sind. Zwischen den einzelnen Hieben setzte Herr Giller immer wieder das Verhör fort, um aus dem Jungen herauszubringen, daß nicht der Rektor ihn nach Hause geschickt habe. Immer wieder rief er: „Du lägst!“, bis der Junge endlich eine zufriedenstellende Antwort gab.

Unklar bleibt manches an dem Verhalten des Jungen. Zu prüfen wäre noch, ob nicht das ganze Vorkommnis veranlaßt worden ist durch des Rektors Gewohnheit, für Verspätungen Prügel zu verordnen. Auf das bestimmteste wird uns versichert, daß zu spät kommende Jungen sich bei dem Rektor melden müssen, um im Wiederholungsfall ihre Prügel in Empfang zu nehmen. Sie können ihrem Schicksal nicht entgehen, da bei Beginn der ersten Unterrichtsstunde die Tür des Schulhauses zur Sicherung vor Diebstählen geschlossen wird, so daß sie die Klode ziehen müssen und hierdurch sich selber denunzieren. Anscheinend hat Otto F., als er zu spät kam, durch die Furcht vor des Rektors Stock sich so verwirren lassen, daß er vollständig kopflos wurde und dementsprechend handelte.

Wenn die diesjährigen Sommerferien der Schulen anfangen, darüber sollte heute, ein paar Tage vor ihrem Beginn, eigentlich keine Meinungsverschiedenheit mehr bestehen. In der Bevölkerung sind aber noch im letzten Augenblick Zweifel darüber geweckt worden, ob wirklich der Schulunterricht schon Ende dieser Woche oder erst Mitte nächster Woche geschlossen wird. Einige Zeitungen haben nämlich ganz plötzlich geäußert, „auf vielfache Anfragen“ die Nachricht bringen zu sollen, daß die Ferien erst am 6. Juli beginnen und am 12. August enden. In der Tat waren diese Termine ursprünglich für die höheren Lehranstalten und auch für die Gemeindefschulen festgesetzt worden, aber weil die Wochenmitte als Ferienanfang und Ferienende un bequem gefunden wurde, so entschied man sich nachträglich für den 1. Juli und den 9. August. Das scheint manchen Leuten wieder entfallen zu sein, auch denen, die auf die „vielfachen Anfragen“ antworten. Die Stadtverordnetenversammlung hat bereits im Frühjahr vom Magistrat durch Vorlagen zur Kenntnisnahme die Mitteilung erhalten, daß für die höheren Schulen und bald darauf auch für die Gemeindefschulen diese Veränderung der Ferien bewilligt worden war. Also, es bleibt dabei: alle Schulen schließen den Unterricht am 1. Juli und nehmen ihn wieder auf am 9. August.

Religionsunterricht für Schulkinder. Die städtische Schuldeputation macht die Direktoren der Gemeindefschulen auf eine Verfügung des Provinzial-Schulkollegiums aufmerksam folgenden Inhalts: „Wenn ein noch nicht 14 Jahre altes schulpflichtiges Kind in einer anderen Konfession als der des Vaters unterrichtet werden soll, so ist es erforderlich, daß beide Eltern eine dahingehende Erklärung persönlich vor dem Vorsteher der Polizeiverwaltung — in Berlin des zuständigen Polizeireviere — oder vor dem Landrat, Amtsrichter oder Notar ausdrücklich zu Protokoll abgeben. Diese Bestimmung findet nicht nur bei Waise, sondern auch in denjenigen Fällen Anwendung, in denen beide Eltern derselben Konfession angehören. Nur nach Vorlegung einer solchen Urkunde ist das Kind dem betreffenden Religionsunterricht zuzuwenden. Die Schulkommis-sionsvorsitzer sind demnach nicht mehr, wie früher, zur Entgegennahme derartiger protokollierter Erklärungen befugt. Ist der Vater eines schulpflichtigen Kindes gestorben, so hat weder die Mutter noch der Vormund das Recht, das Kind in einem anderen Bekenntnis als dem des Vaters zu erziehen, es sei denn, daß derselbe jene Erklärung bei Lebzeiten abgegeben hat.“

Auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmung diese Verfügung des Provinzial-Schulkollegiums sich stützt, ist nicht ersichtlich gemacht.

Um die innere Einrichtung des Zirkus Schumann in Berlin handelte es sich in einem Rechtsstreit zwischen Direktor Schumann und dem Oberpräsidenten. Um das Zirkusgebäude sich auch außerhalb der Zirkuszeit nützen zu lassen, wollte Herr Schumann nach Schluß der Saison darin Varietésaufführungen geben. Es sollte die vorhandene Bühnenvorrichtung dazu benutzt werden. Da das Publikum im Variététheater aber gewöhnt ist, vor der Bühne zu sitzen, so sollten alle dazu ungeeigneten Plätze nicht benutzt werden. Dagegen beabsichtigte Schumann, die große Manege nach Überbedeckung mit Brettern mit gerade verlaufenden Stuhlreihen zu versehen. Der Polizeipräsident verweigerte zu dieser, für die Dauer der geplanten Variétéaufführung beabsichtigten Veränderung der Inneneinrichtung die Genehmigung. Das Recht, bei Aufrechterhaltung des üblichen Zustandes des Zirkus darin Varietésaufführungen zu geben, wurde Schumann nicht bestritten und konnte auch nicht bestritten werden, da er die erforderliche Konzession besitzt.

Nach vergeblicher Beschwerde beim Oberpräsidenten klagte Schumann beim Oberverwaltungsgericht auf Aufhebung der polizeilichen Verfügung, durch die ihm die Erlaubnis zu der erwähnten Einrichtung der großen Manege verweigert worden war. Das Oberverwaltungsgericht wies die Klage mit folgender Begründung ab: Es handle sich um die Einrichtung der Manege zu Sitzplätzen auf erhöhtem Holzboven. Das sei eine bauliche Anlage, die der Genehmigung bedürfe. Diese sei mit Recht aus folgenden Gründen verweigert worden. In Betracht komme die Polizeiverordnung über die bauliche Anlage, die innere Einrichtung und den Betrieb von Theatern, öffentlichen Versammlungsräumen und Zirkusanlagen. Sie bestimme für Zirkusse im § 99: „Die Plätze für die Zuschauerplätze sind in konzentrischer, durch feste Schranken von einander getrennte Ringe einzuteilen und jeder dieser Ringe durch radial ansteigende Stufengänge in Abschnitte zu zerlegen.“ Aus dieser Bestimmung folge, daß der Zirkus durch Beseitigung seiner konzentrischen Plaqueinteilung seines Charakters als Zirkus entleert werde und den Charakter eines Theaters erhalte. Dann aber müsse er auch den Anforderungen entsprechen, die die Verordnung an Theater stelle. Zum Beispiel müßte das Bühnenhaus, für das außerdem noch besondere Vorschriften gegeben seien, dem Zuschauerraum getrennt sein. Ferner müßte die Bühnenöffnung gegen den Zuschauerraum durch einen, in senkrechter Richtung zu bewegenden Schutvorhang (eiserner Vorhang) raudicht und feuersicher abgeschlossen werden können. Diesen und noch anderen an Theater gestellten Anforderungen entspreche der Zirkus nicht. Da Sch. diese Anforderungen auch gar nicht erfüllen wolle, so habe ihm die Erlaubnis zu einer baulichen Anlage, welche den Zirkuscharakter aufhebe und dem Zirkus den Charakter eines Theaters geben muß, verweigert werden müssen.

Zum Zwecke wissenschaftlicher Erforschung der höheren Luftschichten läßt man kleinere oder größere mit Gas gefüllte Luftballons steigen oder auch Drachen vom Winde emporheben, welche Instrumente tragen, die selbsttätige Aufzeichnungen über die Temperatur, die Feuchtigkeit, die Windstärke usw. ausführen. Da diese Ballons usw. zu klein sind, um Menschen tragen zu können, so wird vorausgesetzt, daß sie — von verständigen Leuten gefunden — in zweckmäßiger Weise behandelt und aufbewahrt und schließlich an den Eigentümer zurückgeschickt werden.

Eine aufsehenerregende Szene spielte sich gestern nachmittag in der dritten Stunde im Berliner Landgerichtsgebäude in der Grunerstraße ab. Dort wurde vor der Abteilung für Rechtshilfsachen ein Alimentionstermin abgehalten. Nach dessen Beendigung gab der Besitzer Johann Alexander Dupin aus Sicht bei Schlochau fünf Revolverkugeln auf seine frühere Frau, das Dienstmädchen Anna Ulma aus der Aniprodstr. 6 ab. Das Mädchen wurde mehrfach verletzt und nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, wo es sich einer Operation unterziehen muß. Der Täter versuchte zu fliehen, wurde aber von Gerichtsdienern festgehalten und dem Polizeipräsidenten zugeführt.

Badebiede. Durch ein Lotterielos betrogen haben sich zwei Badebiede, die gestern von der Tegeler Kriminalpolizei festgenommen wurden. In der Badeanstalt in Tegel wurden seit längerer Zeit fortgesetzt Diebstähle verübt. In einer Biede, die den Langfingern unter andern in die Hände fiel, befanden sich auch zwei Lose der preussischen Klassenlotterie. Diese wurden einem Kollektor zur Erneuerung vorgelegt, waren aber bereits gespart. Es ergab sich, daß ein Straßenbahnbeamter sie von einem jungen Manne gekauft hatte. Das war nach den weiteren Ermittlungen ein Schloffer Hans Sig, der mit einem Schreiber Arthur Sahr ständig verkehrte und auf großem Fuße lebte. Die beiden wurden nun beobachtet und als die Badebiede entlarvt und gestern festgenommen. Sig und Sahr waren die eifrigsten Badebiede. Sie blieben stets lange im Bade und „arbeiteten“ in der Weise, daß immer einer aufpasste, während der andere stahl. Sie merkten sich die Zellennummer von Leuten, bei denen sie Geld vermuteten, warteten dann ab, bis die Leute weit genug in den See hineingeschwommen waren und schritten nun zur Ausführung ihres Planes. Während einer im Wasser blieb, ließ sich der andere ganz dreist von dem Bademeister die Jelle des Opfers öffnen, oder stieg über die Verkleidung hinweg in die Jelle ein. Die Werte, Portemonnaies, Uhren und dergleichen klemmte der Dieb solange in die Achselhöhle ein, bis er Gelegenheit fand, sie in seine eigene Jelle zu bringen. Die Verhafteten haben das ganze Treiben eingeräumt und wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Im Tegeler Forst erschossen hat sich ein unbekannter etwa 40 Jahre alter Mann. Der Lebensmüde, jedenfalls ein Berliner, wurde von Spaziergängern mit durchschossener Schläfe aufgefunden. Die Leiche wurde nach der nahen Friedhofshalle gebracht.

Ein schwerer Straßenzugunfall hat sich gestern abend auf dem Potsdamer Platz zugetragen. Der zwanzigjährige Beamte Erwin Fall, Tiergartenstr. 2 wohnhaft, hatte versucht während der Fahrt über den Potsdamer Platz von einem Straßenzugwagen der Linie 14 herunterzuspringen. Er kam dabei zu Fall und wurde von dem folgenden Anhängewagen mitgerissen und an beiden Oberarmen schwer verletzt. Auf der Rettungswache in der Köthener Straße erhielt der Verunglückte die ersten Notverbände.

Bei einem Zusammenstoß eines Rehlwagens mit einem Straßenzugwagen schwer verunglückt ist gestern der 33jährige Kutscher Gustav Hamann, am Ostbahnhof 15 wohnhaft. Er passierte mit seinem Fuhrwerk gegen 10 Uhr abends die Gerichtstraße und fuhr in der Nähe des Hopplages unmittelbar vor einem herannahenden Straßenzugwagen auf die Gleise, um diese noch vor dem Bahnwagen zu kreuzen. Obwohl der Führer des Straßenzugwagens sofort bremste, erfolgte der Zusammenstoß mit solcher Gewalt, daß G. in weitem Bogen auf das Straßenpflaster geschleudert wurde, wo er bewegungslos liegen blieb. Der Kutscher, der außer einer blutenden Kopfverletzung und Hautabschürfungen an Armen und Beinen eine Gehirnerschütterung erlitten hatte, erhielt auf der Unfallstation in der Badstraße Notverbände und wurde dann nach dem Rudolf-Birchow-Krankenhaus übergeführt. Der Bahnwagen blieb unbeschädigt.

Ein neuer Cholerafall auf Bahnhof Ruhleben ist festgestellt worden. Es handelt sich, wie aus Spandau gemeldet wird, um eine Verwandte des verstorbenen russischen Arbeiters Kalinowski, die diesem bei seiner Erkrankung in den ersten Stadien beigegeben hatte. Die Leiche wurde gestern früh in aller Stille an der Seite des Kalinowski auf dem Selbstmörderfriedhof in Schilddorn unter ähnlichen Vorkehrungen beerdigt, wie bei dem ersten Fall. Das Pflegepersonal wies bisher keine Erkrankungssymptome auf. Man hofft, daß die Seuche jetzt keine weitere Opfer fordern wird, um so mehr, als von den Seebäfen und den Binnenstationen, die von den beiden berührt worden sind, Choleraerkrankungen nicht mehr gemeldet wurden.

Die Einbrecher mit dem Böttich, die in dem Kontor der Manufakturwarenhandlung von Heimann, Weller u. Co. 6000 M. aus dem Geldschrein erbeuteten, sind von der Kriminalpolizei festgenommen worden. Es handelt sich um die Geldschrankdiebe Will Freier, Otto Müller und Fritz Radel, die der „Weddingkolonne“ angehören und in einer Laube an den Rehbergen hausten und ihre Wohnungen am Wedding haben. Die Verhafteten bestreiten den Einbruch.

Mit Benzin vergiftet hat sich am Dienstag der Rentner E. Karole in der Urbanstr. 178. Obwohl sofort nach Entdeckung der Tat Wiederbelebungversuche angestellt wurden, auch die Feuerwehr dann noch Sauerstoff benutzte, waren alle Bemühungen ergebnislos.

Geschebert wurde am Montag ein invalider Buchdrucker, der, auf dem Wege nach Frohnau und Stolpe begriffen, sich infolge Ermüdung unweit der nach Nikolawald führenden Chaussee im Walde niedergelegt hatte und eingeschlossen war. Als er erwachte, fehlte ihm die silberne Taschenuhr und Ridellette mit Verloque. Zur Warnung teilen wir diesen Vorgang mit.

Einen erheblichen Verlust erlitt am Sonntag abend zwischen 12—1 Uhr ein Arbeiter, der auf dem Wege von der Tübingerstraße, Ecke Schleifische Straße, bis zur Gubener Straße 88 (ehem. Jemande in einem Portemonnaie befindliche Barische von 21,50 M. verlor. Der Finder wird um Abgabe an Georg Juria, Gubener Straße 88, bei Späth, gebeten.

Zeugen gesucht. Personen, die gesehen haben, wie am Freitag, den 20. Juni, früh 6 1/2 Uhr, am Gorkijer Bahnhof ein Mann von einem Postauto totgefahren wurde, werden gebeten, ihre Adresse an Frau Lieve, Dieffenbachstr. 83, Hof III, abzugeben.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Die Stadtverordnetenversammlung bewilligte zunächst, nach einem Referat des Genossen Bernstein, 4000 M. für Stadtbüchereien, die infolge Mehrbeleuchtung und Mehrbedarf an Heizungs-mitteln entstanden waren. Abban wurde mitgeteilt, daß bei Ein- und Umstellungen sowie Klassenverlegungen in Zukunft möglichst darauf Rücksicht genommen wird, daß die Kinder derjenigen Volksschulen überwiesen werden, die in ihrem Wohnbezirk liegen. — Die Notwendigkeit, das Rieselfeld weiter auszubauen wurde allgemein anerkannt und die hierzu erforderlichen 600 000 M. bewilligt. — Die Bewilligung der Familienzulagen für städtische Arbeiter wurde angenommen, zugleich wurde darauf hingewiesen, daß es nunmehr an der Zeit sei, mit den Auszahlungen zu beginnen. Ebenfalls zugestimmt wurde der Erhöhung der Löhne für Gärtner. Vom Magistratsvertreter wurde erklärt, daß auch die Arbeiter eine Lohnerhöhung erhalten sollen, doch müsse der Magistrat diese Frage erst noch erwägen, da sie nur generell zu regeln sei. —

Des weiteren sei der Magistrat dem Wunsche, für die Volkshaltung eine Deputation zu wählen, nicht beigetreten, da nach seiner Ansicht eine Deputation die Geschäfte erschwere und zu einer wesentlichen Steigerung der Kosten beitrage. Stadtbürgermeister v. D. 13 e w s i (Viz.) wandte sich in scharfen Worten gegen diese Auffassung und meinte, daß der Magistrat wohl nur einen Konflikt heraufbeschwören wolle. Bürgermeister v. A n k e n s e i n erklärte, der Vorredner habe seine Mitarbeit immer dann eingestellt, wenn es nicht nach ihm gegangen sei. Man müsse mit den vorhandenen Kräften rechnen und die seien gegen eine geschlossene Organisation. Die Deputation würde nur hemmend. Genosse W e r n s t e i n meinte, es sei nicht anzuerkennen, daß durch eine Deputation die Abende verteuert werden. Der Magistrat sollte die Einsetzung einer Deputation noch einmal in Erwägung ziehen. Dieser Antrag wurde angenommen. — Dann erfolgte der Bericht über die Petition der Gastwirtschaftlichen. Stadtv. Dr. Jacoby (Viz. Vg.) beantragte, den ersten Teil der Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen. Danach fördert die Gemeinde die kostenfreie Arbeitsvermittlung für gastwirtschaftliches Personal, indem sie Vereine der Arbeitgeber und der Angestellten anregt, ihre Nachweiskarten an den von der Gemeinde eingerichteten öffentlichen Arbeitsnachweis anzuschließen. Zur Unterstützung einer derartigen Vermittlungsstelle, die unter paritätischer Leitung stehen könnte, soll ein bestimmter Betrag im Etat eingestellt werden. Dagegen soll der andere Teil, der die Inhaber von gastwirtschaftlichen Betrieben verpflichtet, das Trinkgeldwesen abzuschaffen und dafür Minimallöhne zu zahlen, dem Magistrat als Material überwiesen werden. Genosse K o l l e n b a u e r wies darauf hin, daß es notwendig sei, den Arbeitsnachweis nach dem neuen Gesetz, betreffs der Stellenvermittlung, zu regeln. Der privaten Stellenvermittlung sei der ungeheuer hohen Vermittlungsgebühren wegen das Handwerk zu legen. Einige Vertreter konnten nicht einsehen, daß anstatt Trinkgeld feste Sätze gewährt werden sollen. — Für die Beleuchtungsanlage der Untergrundbahn ist von den Aufsichtsbehörden ein zweiter Speisestapel angeordnet worden. Die Mehrkosten für die Anlage betragen 12 000 M. und wurden bewilligt. — Die Errichtung eines zweiten Ständesamts ist erforderlich, da das vorhandene den Anforderungen bei weitem nicht mehr genügt und häufig Anlaß zu Beschwerden an die Aufsichtsbehörden gegeben hat. Das zu errichtende Standesamt soll im Hause Brunnenstraße 72, Ecke der Eisenacher Straße, untergebracht werden. Die Vorlage wurde einem Ausschuss überwiesen. — Stadtv. G o t t s c h a l l (Viz.) beschwerte sich, daß ihm als Grundbesitzer von städtischen Beamten so viel Scherereien bereitet und er bei der Polizei benachteiligt wird. — Stadtrat Licht bemerkte, daß die Angriffe vollständig berechtigt seien. Einem hierauf gestellten Antrag, der Magistrat wird ersucht, eine Dienstaufweisung für die städtischen Beamten zu erlassen, wozu Anzeigen an die Behörden nur von dem zuständigen Magistratsdeputierten zu verfügen und auch von diesem oder auch dem Herrn Oberbürgermeister zu unterzeichnen sind, wurde zugestimmt. — Von der sozialdemokratischen Fraktion war ein Dringlichkeitsantrag eingebracht, der verlangte, daß auf dem sogenannten Insektiviertel, möglichst an der Kolonnenbrücke, ebenso in der Haupt- u. Ede Eisenacher Straße eine Bedürfnisanstalt errichtet werden möge. Nachdem Genosse B ä u m l e r den Antrag begründet hatte, teilte der Magistratsdeputierter mit, daß die Verhandlungen mit dem Eisenbahnministerium wegen Ueberlassung eines Platzes auf der Insel bereits im Gange seien. Die Anstalt in der Hauptstraße werde in kürzester Zeit wieder hergestellt. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. In den Ausschuss zur Wahl eines Stadtbaurats wurden die Genossen B ä u m l e r, D ö b l, W o l l e r m a n n, in den Ausschuss betreffs Abkommens mit dem „Schöneberger Tageblatt“ die Genossen K ü t e r und W o l l e r m a n n, und Genosse E m i l G u e n als Armenpfleger für die 6b Armenkommission gewählt. Der öffentlichen folgte eine geheime Sitzung.

Charlottenburg.

Lehrstellenermittlung. Der städtische Arbeitsnachweis Charlottenburgs, der mit dem freiwilligen Erziehungsbeirat der Stadt in ständiger Verbindung steht, betreibt auch die Vermittlung von Lehrstellen für zur Entlassung kommende Schulkinder. Im Interesse einer sachgemäßen Auswahl von Lehrstellen werden diese zur möglichst frühzeitigen Angabe des von ihnen erwählten Berufes veranlaßt. So sind schon jetzt Knaben angemeldet, die für Michaelis 1910 eine Lehrstelle suchen und zwar nicht nur in den Metallgewerben, als Maschinenbauer, Maschinenflösser, Mechaniker, sondern auch im Baugewerbe, als Dachdecker, Tischler, sowie als Gärtner, Maurer, Blühenmacher, Feinher, Schiffsjunge, Kaufmann usw. Die Lehrbetreuer — Handwerksmeister, Fabrikherren usw. — werden gebeten, von dieser Einrichtung Gebrauch zu machen und freitruendende Lehrstellen anzumelden. Auch eine Anzahl Mädchen haben sich gemeldet, die eine Lehrstelle als Buchhalterin, Feinseerin, Maschinenführerin, Schneiderin oder Putzmacherin suchen; ferner auch solche, die bereit sind, Dienstmädchenstellen anzunehmen, in denen sie sich für den häuslichen Beruf vorbereiten können. Die Vermittlung erfolgt im städtischen Arbeitsnachweis, Charlottenburg, Kirchstr. 5, nahe der Luisenbrücke, und in der Zweigstelle für weibliches Hauspersonal am Wittenbergplatz 4, Ecke Woywitschstr. 8, und zwar kostenlos für Lehrbetreuer wie für Lehrstellenjuchende.

Rixdorf.

Ein dreifacher Diebstahl ist am Sonnabendnachmittag von einem etwa 30-jährigen Manne am Rixdofdamer 15 ausgeführt worden. Derselbe entwendete von dem dortigen Holzplatz einen einem Kohlenhändler gehörigen vierdrähtigen Plattenwagen. Eine Frau will gesehen haben, daß der Mann mit dem Wagen nach der Hülensbrücke zu gefahren ist. Der Eigentümer des Wagens bittet diejenigen, die darüber Auskunft geben können, dies bei Mittel, Lohmühlenstraße 30, zu melden.

Lichtenberg.

Von Einbrechern wurde vorgestern Nacht die Glaubenskirche am Wagnerplatz heimlich betreten. Die Täter haben die nördliche Eingangstür mittels Nachschlüssels geöffnet und gelangten durch eine unverhoffte Vortür in das Innere. Hier versuchten die Diebe eine am hinteren Teil des Altars befindliche Tür zu einem Schrank zu erbrechen, in dem sich eine ganze Anzahl silberner Leuchter und anderer wertvoller Kirchengeräte befanden. Dies ist ihnen jedoch anscheinend nicht gelungen, worauf die Einbrecher einen zweiten Versuch sprangten, in dem die Altar- und Kanzeldecken aufbewahrt werden. Die Spitzbuben, die es anscheinend auf Silberzeug abgesehen hatten, vernichteten die wertvollen Beden. Gestohlen ist nichts weiter als eine dem Küster gehörige Mütze. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Zempelhof.

In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung gab der Vorsitzende zunächst bekannt, daß die Klage der Terraingesellschaft „Industriegebiet Zempelhof-Berlin“ gegen die Gemeinde wegen Streichung in der Wählerliste 1909 in allen Instanzen zumungunsten der Gesellschaft ausgefallen sei. Der Grund liege in einer Lücke in der Gesetzgebung, weil bei Erlass der Landgemeindeordnung Gesellschaften mit beschränkter Haftung überhaupt noch nicht bestanden. Dadurch ist auch das Mandat des Direktors dieser Gesellschaft erloschen, weil er in Zempelhof keinen Wohnsitz hat. — Wegen Ueberfüllung der unteren Klassen werden an den beiden Gemeindefschulen zwei neue Lehrstellen errichtet. Für den Ankauf von Schriften, die bei den bevorstehenden großen patriotischen Schulfeiern verschont werden, wurden 300 M. bewilligt. Ferner wurde für Schülerwanderungen eine Summe zur Verfügung gestellt. Diefelbe soll sich in möglichen Grenzen bewegen, da dies nur ein Versuch sein soll. Nachdem in dem Ausbau der Germaniastraße durch das ablehnende Verhalten einiger Anlieger Verzögerungen eingetreten waren, ist nunmehr ein Vertrag mit dem Schöffen Lehne und dem Wöhlmannschen Erben zustande gekommen und das erforderliche Gelände zur Verfügung gestellt worden. Es wird die Germaniastraße bis nach

Straße 88 ausgebaut werden, und zwar mit 28 Meter Breite. Bemerkenswert ist, daß die Straße könne unbedenklich vorläufig nur auf der einen Seite gepflastert werden, bis die Adjazenten Interesse an einer einseitigen Straße haben. Man könne nicht zur Expropriation schreiten, auch werde die Gemeindefasse zu erheblich belästet, sondern müsse warten, bis auch diese anderen Adjazenten etwas für die Allgemeinheit tun werden.

Friedrichshagen.

In der letzten Gemeindevertretersitzung wurde zunächst Herr R e k t o r S c h r e i b e r zum Mitglied der Armenkommission gewählt. Die Reformökonomie wurde dem bisherigen Pächter für 100 M. (bisher 850 M. pro Anno) zugesprochen. Die Straßen 38, 39 und 40 (Neu-Kamerun) sollen, da sich die Anlieger bereit erklärt haben, sämtliche Kosten und Lasten zu tragen, noch in diesem Jahr reguliert werden. Die Verbindungsstraße 12 im oberen Teil der Friedrichstraße soll ebenfalls sofort in Angriff genommen und das darauf befindliche Wohnhaus abgebrochen werden; die Baufristigkeit an dieser Straße wird voraussichtlich noch in diesem Herbst beginnen. Die Kolonie Hirschgarten soll an die Wasserleitung angeschlossen werden, wenn sich die Besitzer zur Zahlung von 40 Pf. pro Kubikmeter Wasser bereit erklären; eine Herabsetzung des Preises ist aber vorgesehen, sobald ein genügender Abfall vorhanden sein wird. Eine lebhaftere Debatte rief ein Antrag der Schuldeputation hervor, welcher fordert, daß zum 100-jährigen Sterbetage der Königin Luise 400 Wäcker à 20 Pf. zur Verteilung an die besten Schüler der Volks- und höheren Schulen zur Verteilung gelangen. Genosse S t e p h a n und nach ihm auch mehrere Bürgerliche bekämpften diesen Antrag entschieden. Der Antrag wurde dann auch abgelehnt, dafür aber ein Antrag W o r l i n g: 50 M. zur Anschaffung besserer Wäcker für die Schülerbibliothek zu bewilligen, die auf diesen hochwichtigen Tag Bezug nehmen, gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen. — Ein Antrag der Privatbadgesellschaft um eine Beihilfe für das diesjährige Wettschwimmen im Müggelsee wurde einstimmig abgelehnt. Bekanntlich hatte die Mehrheit in der vorletzten Sitzung dem „Nachklub Müggelsee“ zu seiner Wettfahrt einen Wanderpreis im Werte von 100 M. bewilligt. Der vorliegende Antrag war nur die Folge dieser Bewilligung. Unsere Genossen bemängelten seinerzeit den Antrag. Ein Antrag des Gemeindevorstandes, die probeweise Anlegung von Rasenflächen in der Friedrichstraße betreffend, wurde abgelehnt. — Es folgte darauf eine geheime Sitzung.

Zegel.

Du sollst nicht prügeln! Ueber Pädagogen, die mit ihren Schülern nicht ohne Prügel fertig werden können, wird auch bei uns geflagt. Zu ihnen gehört ein Lehrer F i n k, der an der Gemeindefschule in der Tresdowstraße seines Amtes waldet. Eine Ohrfeige, die er vor jetzt 14 Tagen in der Rechenstunde einem Schüler D. gab, ist den Eltern zum Anlaß schwerer Vorwürfe gegen ihn geworden.

Nachdem D. am 14. Juni jene Ohrfeige bekommen hatte, klagte in der darauffolgenden Nacht sich Schmerzen im Ohr an. Auch am andern Tage machten diese Schmerzen sich bemerkbar, während D. in der Schule saß. Da er den Kopf in die Hand schloß, so fragte Herr F i n k ihn, was ihm fehle. D. antwortete, er habe doch gestern eine Ohrfeige bekommen, und nun tue ihm das Ohr weh. Herr F i n k wollte nicht glauben, daß die Schmerzen von der Ohrfeige herrührten. Auch erklärte er, er erinnere sich gar nicht, dem Jungen eine Ohrfeige gegeben zu haben. Als er hörte, daß D. gebadet habe, sprach er davon, daß die Schmerzen im Ohr durch eingedrungenes Wasser verursacht sein könnten. Am nächsten Morgen ging D. zu Herrn F i n k in die Wohnung, um zu melden, daß er noch immer Ohrenschmerzen habe und der Schule fern bleiben müsse. Jetzt führte Herr F i n k kurz entschlossen ihn noch an demselben Morgen zum Schularzt Dr. K o e s e r, um durch ihn das Ohr besichtigen zu lassen. Dem Schularzt soll Herr F i n k gesagt haben, es sei ja möglich, daß er eine Ohrfeige gegeben habe, aber er wisse es nicht genau. Daß er tatsächlich eine Ohrfeige gegeben habe, ist und auch von Mitschülern D.'s bestätigt worden. Herr Dr. K o e s e r untersuchte den Jungen und erteilte dann eine Auskunft, die D. dahin verstand, er solle sich nur den Schmutz aus dem Ohr waschen, dann werde es schon wieder gut werden. Lehrer F i n k meint, der Arzt habe nicht von „Schmutz“, sondern von „Schmalz“ gesprochen, aber dieser Streit ist am Ende höchst gleichgültig.

Die Eltern beruhigten sich nicht bei dem Bescheid des Schularztes, sondern hielten es für nötig, einen privaten Arzt zu Rate zu ziehen. Frau D. wurde in Sorge versetzt, besonders durch den Umstand, daß mit einem Blatenausschlag, den sie in das Ohr einführte, Spuren von Blut herausgeholt wurden. Aus den Angaben des privaten Arztes, der das Ohr untersuchte, zog sie den Schluß, daß in der Tat im Ohr ein Bluterguß und auch Eiter und sogar eine Verletzung des Trommelfells festgestellt sei. Dieser Arzt überwies dann den Jungen an einen Spezialarzt für Ohrenleiden, der nach nochmaliger Untersuchung eine zweckentsprechende Behandlung einleitete. Von ihm ist jetzt den Eltern das folgende vom 27. Juni datierte Attest gegeben worden: „Der Schüler E r i c h D. leidet an akuter Mittelohrentzündung nach Verletzung und kann bis auf weiteres die Schule nicht besuchen.“ Wir müssen uns genügen lassen an der Wiebergabe der Ansichten der drei Ärzte. Wir selber sind natürlich nicht in der Lage zu beurteilen, wie D. zu seinem Ohrenschaden gekommen sein kann. Daß der Spezialarzt „Mittelohrentzündung nach Verletzung“ annimmt und attestiert, wird der Schularzt, der zu dem Jungen von „Schmutz“ (oder „Schmalz“) sprach, gewiß interessieren. Mit der Möglichkeit einer Verletzung scheint übrigens im voraus der Rektor W ä l l e r gerechnet zu haben, denn die Frau D. die Sache vortrug. Herr W ä l l e r hatte aber auch sogleich eine Erklärung, die von der Annahme der Eltern abweicht. Der Junge werde wohl, meinte er, sich auf der Straße geduldet haben. E r i c h D. selber sagt aus, daß diese Vermutung durchaus unzutreffend sei.

Die Angelegenheit wird ja noch den Behörden zu tun geben, so daß eine amtliche Ermittlung über die Art des Ohrenschadens sowie über die vermutliche Ursache zu erwarten ist. Wie aber auch der Ausgang dieser Affäre sein möge, sie wird so oder so den prügeln den Pädagogen zur Lehre dienen können. Wieder klingt aus ihr der Warnruf heraus: „Du sollst nicht prügeln!“

Sohen-Schönhäusen.

Die vorigen Monat von der Gemeindevertretung beschlossene und dem Landrat zur Genehmigung überfandte Aufbauplansteuerordnung ist von letzterem mit dem Bemerkten zurückgekehrt worden, daß nach einem Ministerialerlaß für patriotische Festlichkeiten die Steuer nicht erhoben werden dürfe. In der letzten Gemeindevertretersitzung kam es hierüber zu einer längeren Debatte. Nachdem Genosse T h i e l e diese sonderbare Anschauung gebührend beleuchtet hatte, wurde das Verlangen des Landrats, patriotische Feste steuerfrei zu belassen, mit 8 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Neben anderen minder wichtigen Dingen wurde noch Kenntnis gegeben, daß auf der Industriehahn Zegel-Friedrichsfelde die Abfertigungsgebühren auf 10 Tonnen von vier auf zwei Mark herabgesetzt worden sind.

Nowawes.

Der umfangreiche Erweiterungs- und Umbau des an das hiesige Oberlinhaus angegliederten Krüppelhauses ist nunmehr vollendet und seiner Bestimmung übergeben worden. Bei der Einweihung, die natürlich vorwiegend einen kirchlichen Charakter trug, gab der Leiter

des Hauses, Pastor Hoppe, einen historischen Überblick über die Entwicklung desselben. Er führte aus, daß zum erstenmal im Jahr 1880 ein verfallener Krüppelhaus aus Berlin, den seine Anstalt aufnehmen wollte, im Oberlinhaus Unterkunft fand, was zur Folge hatte, daß bald nach dem weiteren Bekanntwerden dieser Tatsache auch für zahlreiche andere Krüppelkinder Aufnahme gesucht an das Oberlinhaus gelangten. Bei dem beschränkten Raum des Hauses wurden zwei Weberhäuser zur Aufnahme dieser Kinder eingerichtet, bis im Jahre 1894 das für 80 Betten bestimmte Kinderkrüppelhaus entstand, dem im Jahre 1899 der Bau des Schulhauses und im Jahre 1901 des Handwerkerhauses folgte. Durch die starke Frequenz der Anstalt, die zuletzt von 120 Insassen bewohnt wurde, obwohl sie nur für 80 eingerichtet war, wurde der jetzt vollendete Erweiterungsbau notwendig, der die Summe von 145 000 M. gekostet hat. In seiner jetzigen Einrichtung verfügt das Haus über ein photographisches Atelier, ein Röntgenlabor, einen orthopädischen Saal, 16 neue Zimmer, vier heizbare Veranden, ein Sonnenbad, sowie einen reichlich ausgestatteten Spielraum für die Kinder und ist mit Zentralheizung und elektrischem Licht versehen. Das Haus beherbergt jetzt 223 Krüppel beiderlei Geschlechts, von denen sich im Kinderhause 131 befinden. Im Handwerkerhause wohnen 64 Krüppel, und zwar 49 Lehrlinge und 15 Stiche, im Mädchen-Krüppelheim 28 erwachsene Mädchen. Im ganzen sind durch die Anstalt bisher 652 Krüppel gegangen, wovon 94 gestorben sind: Von den 335 Entlassenen sind 170 teils geheilt, teils ungeheilt nach Hause gegangen, während 74 Krüppel in anderen Anstalten Aufnahme fanden. 34 Pflegekinder haben die Gefellenprüfung bestanden; 27 Mädchen ernähren sich ganz oder teilweise, während 30 männliche Krüppel ebenfalls so weit gebessert wurden, daß sie einen Teil ihres Lebensunterhalts erwerben können. Giebt man den elenden körperlichen Zustand in Betracht, in welchem sich die Pflegekinder bei der Aufnahme befinden, so läßt sich nicht verkennen, daß für viele derselben der Aufenthalt in der Anstalt von günstigstem Einfluß auf ihr körperliches Befinden gewesen ist.

Aus der Frauenbewegung.

Frauen als Gewerbeberichtigungsbeisitzerinnen. Ueber dieses Thema sprach der Vorsitzende des Verbandes der Arbeitgeber der vereinigten Berliner Konfektionsbranchen Emil W e r n s t e i n im genannten Verbands. Er wies darauf hin, daß die Zahl der erwerbstätigen Frauen von Jahr zu Jahr eine respektable Steigerung aufweise. So habe sich zum Beispiel im Regierungsbezirk Potsdam in den letzten fünf Jahren die Zahl der männlichen Arbeiter um 24 Proz. vermehrt, die der weiblichen dagegen um 86 Proz. Und in Preußen habe man die Beobachtung gemacht, daß während der letzten Jahre die Zahl der beschäftigten Männer in den Fabriken um 1,92 Proz. sank, die der beschäftigten Frauen jedoch nur um 0,49 Proz. — Soweit ganz schon! Herr W e r n s t e i n will aber das Gewerbeberichtigungsrecht nur den Arbeitgeberinnen beziehungsweise Betriebsinhaberinnen“ gewährt wissen. Er begründet dies mit deren Selbstständigkeit in der Geschäftsführung und ihrem sachmännischen Urteil in Betriebsangelegenheiten. Das ist wieder eine bürgerliche Halbwelt, die bekämpft zu werden verdient. Denn ganz abgesehen davon, daß ein moderner Mensch jedem Klassen- und Privilegiertenrecht unympathisch gegenüber stehen muß, würde doch gleich die Frage auftauchen, ob nicht verschiedene Mittelpersonen wie Direktoren, Filialleiterinnen und dergleichen, die vielfach einen viel größeren Ueberblick und größere geschäftliche Routine besitzen müssen, als eine nur pro forma existierende „Arbeitgeberin“, mindestens das gleiche Recht erhalten müßten. Herr W e r n s t e i n konstatiert selbst die immer größere Fertigkeit und Gewandtheit, die sich die Frau auf allen ihr zugewiesenen Arbeitsgebieten angeeignet habe. Demnach muß man auch dafür sein, daß alle erwerbstätigen Frauen das aktive und passive Wahlrecht erhalten. Alle bürgerlichen, insbesondere die aus liberalen Kreisen kommenden Forderungen, zeichnen sich regelmäßig durch verbläffende Halbwelt aus.

Die italienische Mutterschaftsversicherung.

Rom, 25. Juni 1910. Als notwendige Ergänzung des Frauenschutzgesetzes vom Jahre 1902, das den Frauen nach der Entbindung die industrielle Arbeit untersagte, wurde vor vielen Jahren das Gesetz für die Mutterschaftsversicherung eingebracht. Dieses Gesetz sichert jeder Arbeiterin — soweit sie in den Bereich der Schutzbestimmungen fällt — nach jedem Abort oder jeder Entbindung eine Unterstützung von 40 Lire. Drei Viertel der Summe werden der Berechnung nach durch die Beiträge der Arbeiterinnen, ebensoviel durch die der Unternehmer und zwei Viertel durch staatlichen Zuschuß aufgebracht. Es ist das erste Mal, daß der italienische Staat mit dem Grundsatze bricht, bei Maßnahmen zugunsten der Arbeiterschaft nicht in die eigene Tasche zu greifen. Der Minister für Handel und Industrie, R a m e r i, zeigte die Annahme des Gesetzes durch die Kammer dem Sekretär der Konföderation der Arbeit, Genossen R i g o l a, durch ein Telegramm an, in dem hervorgehoben wurde, daß das Gesetz im Sinne der Forderungen der Konföderation den Staatszuschuß festsetze.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Donnerstag, den 7. Juli: Ausflug mit Kindern nach Treptow. Treffpunkt von 3 Uhr ab in Ludwigs Parkrestaurant. Eintritt pro Kind 10 Pf., Schätze und Mäße gratis. Erwachsene erhalten Freikarten im Verein.

Les- und Diktierklub „Süd-Ost“. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Reibhardt, Köhler Straße 59: Mitgliederversammlung. Wille willkommen.

Sozialdemokratischer Les- und Diktierklub „Seine“. Heute abend 8 1/2 Uhr: Sitzung bei Grünberg, Kodenbergstr. 8.

Witterungsbericht vom 28. Juni 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch man	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in 5 m Höhe	Stationen	Barometer hoch man	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in 5 m Höhe
Swinemünde	755	SW	5	bedeckt	14	Caparanda	752	D	2	Regen	11
Hamburg	754	SE	5	Regen	12	Bercksdorf	751	SE	1	bedeckt	13
Berlin	757	SE	3	bedeckt	16	Seiffen	756	SE	5	bedeckt	16
Frankfurt a. M.	759	SE	3	Dunst	14	Herborn	746	SE	1	wolkig	11
München	763	SE	5	halb bb.	15	Wetzlar	750	SE	4	bedeckt	14
Wien	763	SE	11	heiter	16						

Wetterprognose für Mittwoch, den 29. Juni 1910. Vielwolbig mit einzelnen Regenschauern bei ziemlich lebhaften westlichen Winden und wenig veränderter Temperatur.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am 27. 6.	seit 26. 6.	Wasserstand	am 27. 6.	seit 26. 6.
Remel, Mühl	49	+3	Saale, Großh.	124	+4
Regel, Jüterbog	49	0	Saale, Spandau	37	+4
Beichl, Thon	2	+2	Saale, Rathenow	25	+2
Ober, Rathow	170	+36	Spree, Spremberg	70	0
• Profen	100	-7	Bestow	76	-1
• Frankfurt	112	-6	Weser, Minden	-64	+1
• Barthe, Schimm	-23	+1	• Minden	9	-1
• Landsberg	-44	+1	• Rhein, Magdeburg	656	+4
• Rega, Bordenau	-25	-2	• Raab	435	-5
• Elbe, Reimnitz	10	+6	• Rölln	430	-2
• Dresden	-117	+4	• Roder, Heilbrunn	183	+43
• Brehm	136	-19	• Rain, Berchtesg.	190	+7
• Raggeseburg	180	-5	• Rojel, Trier	189	+58

+) + bedeutet Hoch, — Fall. Unterpegel.

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance

Credit-Haus Moabit

Lubascher & Rosenheimer

Fritz Schnicke

Goldtröpfchen

Sinalco (Bilzbrause)

Si-Si

Bäckereien, Konditor

Oskar Hanke's Brotbäckerei

Hankes Brotbäckerei

Carl Kappler

Kunze, Grossbäckerei

Rich. Liebenow

Mache, Carl

Ulbrich

Badenanstalten

Bad Frankfurt

Bad Invalidenstr. 16

Bad Invalidenstr. 16

Erscheint 2 mal wöchentlich

Wende, A.

Beordigt-Anst. Sargm.

Beleucht-Gegenst.

Berufskleidung

Wilh. Scholem

Schuch, M.

Palzenhofer Brauerei

Berliner Bock-Brauerei

Brauerei „Germania“

Oscar Basch

Brauerei Königstadt

Brauerei Pfefferberg

Kaiser-Brauerei A. G.

S. D. Moewes

Phönix-Brauerei

Richter & Co.

Roland

Schlossbrauerei

Bezugsquellen-Verzeichnis

Butter, Eier, Käse

J. F. Assmann

Oskar Beck

A. Däweritz

Carl Franke

F. Hagen

Hasse, Wilh.

Kosmalla, E.

Maeding, J.

Müller, Ernst Max

Nordstern

Pomorski, Paul

Schröter, R.

Cacao, Chocolate

Cylix, G.

Seiffert, Erich

Teichmann, N.

Cigarrenhandlungen

Carl Spitzer

Eisen- u. Stahlw. Waff.

Berliner Fleisch-Consum

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehlau

Fleisch- u. Wurst-Centrale

Wilh. Vogel

Wühle, Gust.

Grammoph., Sprechm.

Hoche, W.

Hoyer, A.

Jendrosch & Co.

Jahre, M.

Look's Rollschuh

Phonographen-Ratz

Pietsch, Hugo

Haus- u. Küchengeräte

Dähnert, O.

Fleischer u. Wurstw.

Berliner Fleisch-Consum

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehlau

Fleisch- u. Wurst-Centrale

Wilh. Vogel

Wühle, Gust.

Grammoph., Sprechm.

Hoche, W.

Hoyer, A.

Jendrosch & Co.

Jahre, M.

Look's Rollschuh

Phonographen-Ratz

Pietsch, Hugo

Haus- u. Küchengeräte

Dähnert, O.

Kaufhäuser

Unterstehende Geschäfte

Sie kaufen reell auch nach Maß

Hüte, Mützen u. Pelzw.

Bazar Norden

Hüte, Mützen u. Pelzw.

Paul Just

Kaseltitz

Rüger, Berthold

Lips, Chamissoplatz 8

Lutz, Herm.

Martens, Franz

Karl Mercier

Michaelis, Paul

Miosch, Adolf

Müller, G.

München, Rob.

Mumigkeit, G.

Albert Nass

Nauck, Wilh.

Willy Roatze

Willy Robbe

Wittenbeck, Fr.

Wurl, Gebr.

Korbwar, Kinderweg

Meitzners

Krankenbedarfsartik.

Linoleum u. Wacht.

Rausch, Rich.

Manufakturwaren

Belwe, Nchf. Otto

Graff & Heyn

Grünberg Nachf. M.

Hoffmann, M. Ernst

Seidel, M.

Mehlhandlungen

M. Anders

O. Erhardt

Froese, Ernst

Gaeger, Otto

Grossien, Gebr.

Hammerstädt, G.

Bandagen, Gummw.

Berliner Kindl

Westmann

Carl Pollnow

Meesters, Th.

Kaufhaus Gebr. Preuß

W. Cranhé

Fortsetzung siehe nächste Seite

Achter Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

München, 25. Juni 1910.

Es wird in die Beratungen der zum Statut gestellten Abänderungsanträge einbezogen. Einem Antrag der Statutenberatungskommission entsprechend werden alle Anträge, die sich auf die Abschnitte: Weisheit und Beitrag beziehen, abgelehnt.

Angenommen wurde ein Antrag Berlin, nach dem, wenn die Arbeitslosigkeit die Folge einer Waffentübung ist, diese bei der Berechnung in Anrechnung zu bringen ist. — Die Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen soll je nach der Dauer der Mitgliedschaft bei 26 Wochen 9 M. und bei 260wöchentlicher Mitgliedschaft 14 M. pro Woche betragen. Ferner kann 1 M. pro Kind gewährt werden bis zu den Höchstbeträgen von 15 bis 20 Mark. Da bisher schon bei 13wöchentlicher Mitgliedschaft Unterstützung bezogen werden konnte, erließen verschiedene Redner darin eine Verschlechterung, was am Hauptvorsitzenden Leipzig bestritten wurde. Der Antrag der Kommission wurde angenommen. Die Gemahregelungenunterstützung wird ebenfalls nach dem Antrag des Vorstandes festgesetzt. In besonderen Fällen ist der Vorstand berechtigt, den Unterstützungsbeitrag bis zu 3 M. in der Woche zu erhöhen.

Bei den Bestimmungen über die Lokalverwaltungen wird einem Antrag des Vorstandes zugestimmt, wonach für die richtige Berechnung und Ablieferung der Gelder die Vorstandsmitglieder der Ortsverwaltungen dem Hauptvorstande gegenüber verantwortlich zu machen sind.

Den Bericht über die Revisionskommission erstattete Starke-Dresden. Der Vorstandsvorlage über die Gehaltsregelung hat sich die Revisionskommission im wesentlichen angeschlossen. Danach sind die Beamten in vier Klassen eingeteilt. Die besoldeten Vorstandsmitglieder und Redakteure sollen 200 M. Anfangsgehalt bekommen, steigend nach jedem Dienstjahre um 10 M. bis 250 M. monatlich. Die Hilfsarbeiter im Verbandsbureau sollen 170 M. Anfangsgehalt bekommen, steigend bis 200 M.; ebenso die Gauvorsteher. Das Anfangsgehalt der Lokalbeamten soll 150 Mark betragen, steigend wie bei den anderen Gruppen, aber nur bis zu 180 M. In diesen Sätzen kommen noch Ortszuschläge von 10 und 20 M. Die Zahlstellen werden verpflichtet, diese Mindestsätze zu bezahlen. Bei der Abstimmung wird die Gesamtvorlage des Vorstandes mit den von der Kommission beantragten Änderungen und unter Annahme eines Antrages, daß die leitenden Zahlstellenbeamten den Gauvorstehern im Gehalt gleichgestellt werden mit 100 gegen 41 Stimmen angenommen. Die neuen Sätze sollen möglichst sofort, spätestens aber bis 1. Oktober in Kraft treten.

Dem Vorstand zur Erwägung überwiesen wurde ein Antrag Magdeburg: Der Vorstand hat sich mit der Generalkommission über die Gründung einer Gewerkschaftsbank ins Einvernehmen zu sehen. — Ueber den Verlauf der Gewerkschaftskongresse in Hamburg und Berlin erstattete Raith-München Bericht. — Zum nächsten Gewerkschaftskongress wurden 19 Delegierte gewählt. — Zum Internationalen Holzarbeiterkongress werden gewählt: Leipzig, König Kahler, und Glode-Berlin, Reumann-Hamburg und Raith-München. — Die bisherigen Vorstandsmitglieder sowie die Gauvorsteher wurden einstimmig wiedergewählt.

Der nächste Verbandstag findet in Berlin statt. Mit einem Resümee über die vom Verbandstag geleisteten Arbeiten und einem Bericht aufgenommenen Hoch auf den Deutschen Holzarbeiter-Verband wurde der 8. Verbandstag geschlossen.

Gerichts-Zeitung.

Urteil gegen Graf Dr. von Zeppelin.

Der Polarfahrer Theodor Lerner hatte eine Polarexpedition geplant. Mittel hierfür hatte er sich bereits verschafft. Während seiner Vorbereitungen kam er bekanntlich mit Graf Dr. v. Zeppelin überein, mit diesem und Professor Dr. Hergesell aus Strahburg eine Polarexpedition zu unternehmen. Statt sich auf eigene Kraft zu verlassen, hielten die Herren es für angemessen, ein Komitee, den sogenannten Arbeitsauschuss zuzuziehen. Ehrenvorsitzender oder Protektor des Komitees wurde Prinz Heinrich. Zu den Managern, die nunmehr als eine Art Nacene der Expedition nach außen hin erscheinen sollten, gehörte der Geheim Oberregierungsrat Dr. Otto Kewald. Lerner, dem auch an der Mitwirkung des Prinzen Heinrich lag, war damit einverstanden, daß er als Generalsekretär der Polarexpedition nach außen hin fungierte. Dem Graf Zeppelin wurden allerlei Gerüchte gegen Lerner hinterbracht. Er oder der Arbeitsauschuss erklärte deshalb unter Bedauern, Herrn Lerner die Stellung kündigen müssen. Lerner vertat den Standpunkt, daß der Arbeitsauschuss ihm gar nichts zu sagen habe, daß vielmehr zwischen Zeppelin, Hergesell und ihm der alte Vertrag fortzuwähren, nachdem alle drei als Gleichberechtigte, er als Leiter, fungieren sollten. Energischen Schritten von ihm gelang es, dahinterzukommen, wer Verdächtigungen gegen ihn ausgestreut hatte. Die deshalb angestregten Beleidigungsklagen schweben noch. Außerdem strengte Lerner gegen Grafen v. Zeppelin und Professor Hergesell beim Landgericht Stuttgart eine Zivilklage an. Sein Klageantrag ging dahin:

1. Königlich Landgericht wolle feststellen, daß die Parteien vertraglich übereingekommen sind, mit Zeppelin-Luftschiffen von der Groß-Bai respektive einem anderen Punkte auf Spitzbergen als Operationsbasis aus gemeinsam eine arktische Expedition zu veranstalten zur Erforschung der Atmosphäre arktischer Breiten, zur geographischen Erforschung unbekannter arktischer Gebiete möglichst weit von der Operationsbasis entfernt, zur Vornahme meteorologischer und ozeanographischer Untersuchungen in der Arktis.

2. Daß die Parteien vertraglich übereingekommen sind, daß bei dem gemeinsamen, zu 1. erwähnten Unternehmen der Kläger die notwendigen und voraussichtlich auf zwei Jahre erstreckenden Vorexpeditionen mit Polarschiffen zur Errichtung von Proviandstationen, Gasflaschen und Benzindepots persönlich leiten und während der Dauer der Vorbereitungen die Exekutive der gemeinsamen Beschlüsse haben solle.

Die Beklagten zogen durch die Art ihrer Prozeßführung die Verhandlung und Urteilsfällung hinaus. Das Gericht legte ihnen deshalb vor einigen Monaten die Kosten, die die Vertagung erforderte, auf. Gestern ist nun das Urteil des Landgerichts gefällt. Es geht, wie uns ein Telegramm mitteilt, dahin:

Die Beklagten haben dafür zu sorgen, daß der Kläger in einer seiner Polarerfahrung entsprechenden Stellung an den von ihnen beabsichtigten Expeditionen teilnehmen darf. Mit seinen Mehransprüchen wird der Kläger abgewiesen.

In der Hauptsache hat also der Kläger gewonnen. Mit seinen weitergehenden Ansprüchen scheint er deshalb abgewiesen zu sein, weil er den ursprünglich vereinbarten Gesellschaftsvertrag durch seine Zustimmung dazu verändert hatte, daß er als Generalsekretär fungierte.

Wird das Urteil rechtskräftig, so würde, falls keine Einigung zustande kommt, die Zwangsvollstreckung aus dem Urteil durch Geldstrafen herbeizuführen sein.

Der Peary-Prozess vor dem Berliner Landgericht.

In der Klage, über deren Inhalt wir gestern berichteten, erklärte sich gestern das Gericht für zuständig und beschloß eidlische Vernehmung des Dr. Cool. In der Begründung hieß es: Die Klage ist dem Beklagten, als er in einem Berliner Hotel wohnte, ordnungsmäßig zugeestellt worden. Angesichts des Umstandes, daß der Beklagte eine Reise von Amerika nach Berlin unternommen habe, sei anzunehmen, daß er in Besitz großen Reisegepäcks, mithin genügender Vermögensstücke gewesen sei. Der Gerichtshof sei daher auf Grund des § 23 der Zivilprozessordnung zuständig. Da das Eigentumsrecht des Klägers bestritten worden ist, hat der Gerichtshof beschloffen, Dr. Cool eidlich vernehmen zu lassen. Nachdem festgestellt sein wird, vor welchem Gericht Dr. Cool zu vernehmen ist, wird von Kläger ein Kostenvorschuß eingefordert werden.

Heringsdorfer Strandkutsch,

der geeignet war, eine junge Dame stark zu kompromittieren und auch seinen Weg in Berliner Gesellschaftskreise gefunden hatte, lag einer vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg verhandelten Privatklage zu Grunde. Im Herbst 1908 brachte die Klatschgeschichten zugängliche „Große Glode“ eine völlig haltlose Notiz, daß ein Fräulein Stranz, die mit ihren Eltern in Heringsdorf weilte, mit dem Sohne eines Berliner Vörsenfürsten durchgegangen sei. Zwei um Rat angegangene Rechtsanwältinnen rieten ab, wegen dieses Blattes wegen Beleidigung vorzugehen, damit die, wenn auch absolut unwahre Sache nicht erst in der Öffentlichkeit breitgetreten werden sollte. Dagegen brachte die „Große Glode“ in ihrer nächsten Nummer den von ihr geforderten Widerruf unter dem Ausdruck des Bedauerns mit der Erklärung, daß die Verdächtigungen auf bössartigen Klatsch zurückzuführen seien. Da aber das böswillig aufgebrauchte Gerücht weitere Verbreitung fand, so strengte, als man im Frühjahr 1910 erfuhr, daß eine ältere Dame, Frau R., die seit 27 Jahren den Sommer regelmäßig in Heringsdorf verlebte, die beleidigende Äußerung zu einem ihr verwandten Offizier getan habe, Fräulein Stranz gegen diese Dame die Beleidigungsklage an. Im Termin vor dem Schöffengericht regte der Vorsitzende einen Vergleich an, indem er die Haltlosigkeit der läßlichen Nachrede hervorhob und betonte, daß ausweislich der Akten auch nicht das geringste vorliege, wodurch die Klägerin ihre Mädchenehre irgendwie verletzt gefühlt haben könnte. Nach dieser Erklärung des vorstehenden Richters versicherte der Vertreter der Privatklägerin, daß seiner Klientin nur an der gerichtlichen Klarstellung der Angelegenheit gelegen sei. Die Privatklägerin gab sich schließlich mit folgender zu Protokoll gegebenen Erklärung der Angeklagten zufrieden: „Die Angeklagte bedauert, veranlaßt durch ein Gerücht und eine Zeitungsnotiz, eine Äußerung getan zu haben, daß die Privatklägerin mit einem Herrn der Gesellschaft durchgegangen sei und erklärt, daß sie heute davon überzeugt sei, daß der Privatklägerin nichts Ehrenrühriges vorgeworfen werden könne.“

Ämtlicher Marktbericht der Königl. Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr genügend, Geschäft flau, Preise unverändert. Milch: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise betriebliegend. Geflügel: Zufuhr in Grenzen reichlich, sonst knapp, Geschäft ruhig, Preise etwas nachgebend. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Erdfrüchte: Zufuhr reichlich, besonders in Gurken, Geschäft schleppend, Preise wenig verändert.

2^{te} u. letzte Reise-Woche

Schluß: Sonnabend

Besonders günstige Angebote

Schluß: Sonnabend

Spiel-Höschen 90 Pf. u. 1.75

Herren-Kleidung

- Reise-Anzüge 40,- 30,- 27,- 9.-
Reise-Ulster 50,- 40,- 38,- 18.-
Loden-Anzüge m. kurz od. lang. Hose 30,- 27,- 21,- 15.-
Leichte Joppen 8,- 6,- 5,- 4.50 85 Pf.
Beinkleider haltbare praktische Muster 7,- u. 3.20
Staub-Mäntel 8,-, 6.50, 6.75, 4.25 2.75

Knaben-Kleidung

- Wasch-Anzüge 6,-, 4.50, 3.90 90 Pf.
Wasch-Hosen 2.50, 2,-, 1.75 40 Pf.
Wasch-Blusen gestreifte Muster 2.50, 1.50, 1,- 50 Pf.
Stoff-Hosen 5,-, 4.50, 3.75 65 Pf.
Lod.-Pelerinen f. Knab. u. Mädch. 9,-, 8.50, 7.50 5.-
Mützen 2.50, 2,-, 1.50, 0.95, 0.75, 0.40 25 Pf.

Reise-Artikel

- Rucksäcke 7,-, 6,-, 5,- 90 Pf.
Reise-Mützen Aparte neue Must. Große engl. Form. 75 Pf.
Reise-Hemden so lange Vorrat reicht 2.-
Westen-Gürtel 8,-, 2.00, 2,- 75 Pf.
Loden-Hüte 4.90, 4,-, 3.40, 2.90 1.90
Kragen in 11 neuesten Formen 4fach. Das 1/2 Dtlad. 1.75

Echt englische Gummi-Mäntel Mode und grün 13.50

Loden-Pelerinen für Herren u. Damen, mit abknöpfbare Kapuze u. Tragbändern 8.- 9.50 15.- 22.50

Strand-Anzüge Moderne Flanelle Bast-Imitate 17.50 13.- 6.- 22.50 16.50 14.50

Bozener Mäntel □ Havelocks □ Wetter-Mäntel

BaerSohn

Chausseestraße 29-30 Gr. Frankfurterstr. 20

11. Brückenstraße 11 Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Hauptkatalog No. 39 (neueste Moden) auf Wunsch kostenlos und portofrei.



Wäsche und Hüte werden in unserem Geschäftshause Große Frankfurterstr. 20 noch nicht geführt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin, Hauptbüro: Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Donnerstag, den 30. Juni 1910, abends 8 1/2 Uhr
Branchen-Versammlung
der Elektromonteur und Helfer Berlin und Umgegend
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 7.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Adolff Busch über: Die Reichsversicherungsordnung (Unfallversicherung). 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Beschlüsse.
An Inbetracht des äußerst wichtigen und lehrreichen Vortrages werden die Kollegen ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Donnerstag, den 30. Juni 1910, abends 8 1/2 Uhr,
Versammlung
der Gold- und Silberarbeiter
im Dresdener Garten, Dresdener Straße 45.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen F. Pfeiffer über: Richard Dehmel (mit Rezitation). 2. Verhandlungsangelegenheiten und Beschlüsse.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
118/1
Die Ortsverwaltung.

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. Greif-Apothek, Barnimstraße 23. — München: Schützen-Apothek. — Stuttgart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 113/8

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Bezirk Groß-Berlin.

IV 3348 Arbeitsnachweis: Engelauer 15. I 2632. Bureau: Engelauer 15. Fernsprecher: Amt IV, 2382, 4747.

Mitglieder aller Branchen und aus allen Distrikten!

Donnerstag, den 30. Juni 1910, abends 8 1/2 Uhr:
Außerordentliche General-Versammlung.
in „Kellers Fest-Sälen“, Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung:
1. Wahl von sieben Beisitzern zum Verbandsvorstand.
2. Wahl von vier Revisoren für die Hauptkassa.
3. Geschäftliches.

Bei der wichtigen Tages-Ordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Das Mitgliedsbuch ist mitzubringen und am Eingang des Saales vorzuzeigen. Wer mit seinen Beiträgen länger als 10 Wochen im Rückstande ist, hat keinen Zutritt.

Die Bezirksverwaltung. J. U. A. Werner.

Kauf-Überzeugung!

macht wahr; ich bitte Brautleute und Hochzeitsgäste, vor jedem Kaufabschluss sich von der unerreichten Größe und Leistungsfähigkeit meiner altrenommierten Möbelfabrik durch unangefasste Besichtigung zu überzeugen. Meine Kleinfachware erfordert entsprechende Auswahl aller Möbelarten, welche ich zu wirklich billigen Preisen direkt an das Preispublikum verkaufe. 73/19

Möbel - Polsterwarenfabrik
M. Hirschowitz,
Skalitzer Straße 25
an der Hochbahn.

Verband der hausgewerblichen Hilfsarbeiter

Deutschlands. Zweigverein Berlin u. Umgegend.
Mittwoch, den 29. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal IV):

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung vom Verbandstag. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Eintritt.
Um recht rege Beteiligung ersucht
Der Zweigvereinsvorstand.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Vorwärtsleser erhalten ausnahmsweise diese Woche 10 Prozent Extrarabatt selbst bei Gelegenheitskäufen.

Wahnsäge, 33,00 bis 35,00. Fertige Herrenanzüge 8,50. Anzugteile Gelegenheitskauf. Verkauf an Private. Vorwärtsleser 5 Proz. Zuschlag. Kottbusserdamm 16/17, Hochbahn. 9708

Wandkleidhaus Krebber, Küstner-Platz 7, (postbilliger Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Böhsenverkauf, Herrenverkauf, Damenverkauf, Schmuckwaren, Goldschmied, Silberarbeiten, verfallene Pländer. 9492R

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes. Teppichlager Brunn, Kadefcher Markt 4, Bahnhof Börs. (Wieder des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Stoffe-Kaufhaus (postbillig) wegen Aufgabe der Verkaufsräume Kohlfraße 2

Anzugstoffe, jede Preislage, Meter 2, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Wahnsäge, 33,00 bis 35,00. Fertige Herrenanzüge 8,50. Anzugteile Gelegenheitskauf. Verkauf an Private. Vorwärtsleser 5 Proz. Zuschlag. Kottbusserdamm 16/17, Hochbahn. 9708

Wandkleidhaus Krebber, Küstner-Platz 7, (postbilliger Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Böhsenverkauf, Herrenverkauf, Damenverkauf, Schmuckwaren, Goldschmied, Silberarbeiten, verfallene Pländer. 9492R

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes. Teppichlager Brunn, Kadefcher Markt 4, Bahnhof Börs. (Wieder des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Stoffe-Kaufhaus (postbillig) wegen Aufgabe der Verkaufsräume Kohlfraße 2

Anzugstoffe, jede Preislage, Meter 2, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Wahnsäge, 33,00 bis 35,00. Fertige Herrenanzüge 8,50. Anzugteile Gelegenheitskauf. Verkauf an Private. Vorwärtsleser 5 Proz. Zuschlag. Kottbusserdamm 16/17, Hochbahn. 9708

Wandkleidhaus Krebber, Küstner-Platz 7, (postbilliger Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Böhsenverkauf, Herrenverkauf, Damenverkauf, Schmuckwaren, Goldschmied, Silberarbeiten, verfallene Pländer. 9492R

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes. Teppichlager Brunn, Kadefcher Markt 4, Bahnhof Börs. (Wieder des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Stoffe-Kaufhaus (postbillig) wegen Aufgabe der Verkaufsräume Kohlfraße 2

Anzugstoffe, jede Preislage, Meter 2, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Wahnsäge, 33,00 bis 35,00. Fertige Herrenanzüge 8,50. Anzugteile Gelegenheitskauf. Verkauf an Private. Vorwärtsleser 5 Proz. Zuschlag. Kottbusserdamm 16/17, Hochbahn. 9708

Wandkleidhaus Krebber, Küstner-Platz 7, (postbilliger Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Böhsenverkauf, Herrenverkauf, Damenverkauf, Schmuckwaren, Goldschmied, Silberarbeiten, verfallene Pländer. 9492R

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes. Teppichlager Brunn, Kadefcher Markt 4, Bahnhof Börs. (Wieder des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Stoffe-Kaufhaus (postbillig) wegen Aufgabe der Verkaufsräume Kohlfraße 2

Anzugstoffe, jede Preislage, Meter 2, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Günstige Gelegenheit! Gangbares Schaufgeschütz zum Inventarpreis zu verkaufen. Rixdorf, Steinmehlfraße 98. 27385*

Möbel. Möbelangebote, gebrauchte und neue Einzelmöbel und ganze Einrichtungen, einfache, eleganteste Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, betteten gewesen, verfallen, postbillig. Nischenlager, 5 Etagen. Möbelspeicher et. Reise Königstr. 5/6, Fabrikgebäude. Teilzahlung gestattet. Sonntags geöffnet.

Wichtig für Sommerwohnungen, Gasthöfe, Brauereien und Pensionate. Möbel, gebraucht, neue und verfallene gewesene. Kleiderständer 18,00, Bettstühle mit Federunterlage 15,00, Kommode 12,00, Biermörtelstühle 20,00, Garderobenspiegel 33,00, Ruhebett mit Decke 17,00, Ausziehbett 16,00, Wäschegarnitur 65,00, Küchenstuhl 15,00, Stühle 2,00, Ausziehbett 14,00, Herrenschreibtisch 28,00, Ledersessel 8,00, Bücherschrank, Speisezimmer, Herrenzimmer. Elegantes Schlafzimmer komplett 250,00. Federbetten, Gardinen, Bilder, bunte Möbel, Teppiche. Geben auch Möbel auf Teilzahlung. Stargardt, Rottfingerringstraße 69. 251/12*

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Wunderschönes Speisezimmer, eich, mit großem Kübel, Korb, Sofa, Umbau mit Kristallspiegel, 4-Jug. Tisch, 6 Ledersesseln, komplett, 635 Mark. Lagerung und Transport frei! R. Hirschowitz, Engelauer 15, an der Hochbahn! 9318

Möbel-Einrichtungen (postbillig). Paul Meier, Petersburgerstraße 69.

Ueberfüllung der Lagerräume verkaufe zu Spottpreisen komplette Wohnungs-Einrichtungen, Schlafzimmer, Kochstellen, Büchereien 68,—, Jugendstil-Schänke 62,—, eich nussbaum, Schreibtische, Ausziehtische 14,50, Umbau, Kristallglas 28,—, Wäschelose, Nischenstuhl in Gelegenheitskäufen. Möbelspeicher, Rixdorf, Engelauer 15, 9718*

Fahrräder. Arbeiter-Radfahrer erhalten zehn Prozent Rabatt im Fahrradgroßhaus Charlottenburg, Bismarckstraße 62. *
Herrenfahrrad, Damenfahrrad einmal bemalt 35,00. Holz Blumenstr. 36b. 1683R*

Brennaborräder unter günstigen Abzahlungsbedingungen. Louis Barth, Dresdenstraße 10a. 921R*

Fahrrad, wie neu, notgebrungen, billig! Frau Christoph, Friedenau (Bannseebahn), Sachfenwalddstraße 3. 921R*

Pianino, vorzügliches, tadelloser erhalten, ist sofort ganz billig zu verkaufen. Französischer 15, I geraden. 66/2*

Pianino, hohes, 120,00, (Vorwärtsleser Rabatt.) Turmstraße 8 I (Teilzahlung.) 74/12*

Pianino, vorzügliches, tadelloser erhalten, ist sofort ganz billig zu verkaufen. Französischer 15, I geraden. 66/2*

Pianino, hohes, 120,00, (Vorwärtsleser Rabatt.) Turmstraße 8 I (Teilzahlung.) 74/12*

Pianino, vorzügliches, tadelloser erhalten, ist sofort ganz billig zu verkaufen. Französischer 15, I geraden. 66/2*

Pianino, hohes, 120,00, (Vorwärtsleser Rabatt.) Turmstraße 8 I (Teilzahlung.) 74/12*

Pianino, vorzügliches, tadelloser erhalten, ist sofort ganz billig zu verkaufen. Französischer 15, I geraden. 66/2*

Pianino, hohes, 120,00, (Vorwärtsleser Rabatt.) Turmstraße 8 I (Teilzahlung.) 74/12*

Pianino, vorzügliches, tadelloser erhalten, ist sofort ganz billig zu verkaufen. Französischer 15, I geraden. 66/2*

Pianino, hohes, 120,00, (Vorwärtsleser Rabatt.) Turmstraße 8 I (Teilzahlung.) 74/12*

Pianino, vorzügliches, tadelloser erhalten, ist sofort ganz billig zu verkaufen. Französischer 15, I geraden. 66/2*

Pianino, hohes, 120,00, (Vorwärtsleser Rabatt.) Turmstraße 8 I (Teilzahlung.) 74/12*

Pianino, vorzügliches, tadelloser erhalten, ist sofort ganz billig zu verkaufen. Französischer 15, I geraden. 66/2*

Pianino, hohes, 120,00, (Vorwärtsleser Rabatt.) Turmstraße 8 I (Teilzahlung.) 74/12*

Pianino, vorzügliches, tadelloser erhalten, ist sofort ganz billig zu verkaufen. Französischer 15, I geraden. 66/2*

Pianino, hohes, 120,00, (Vorwärtsleser Rabatt.) Turmstraße 8 I (Teilzahlung.) 74/12*

Pianino, vorzügliches, tadelloser erhalten, ist sofort ganz billig zu verkaufen. Französischer 15